

SICHERHEITSPOLITIK-BLOG FOKUS



LISA BOGERTS · MARTIN SCHMETZ

WIE UNSERE ZUKUNFT ENTSTEH T

KRITISCHE PERSPEKTIVEN ZU FLUCHT
UND MIGRATION NACH EUROPA

WIE UNSERE ZUKUNFT ENTSTEHT

KRITISCHE PERSPEKTIVEN ZU
FLUCHT UND MIGRATION NACH

LISA BOGERTS • MARTIN SCHMETZ
(Hrsg.)



1. Auflage 2015, Onlineversion

Frankfurt am Main

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Dieses Werk erscheint unter der Creative-Commons-Lizenz »BY-SA 3.0 DE«: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>



Sie dürfen:

- das Werk bzw. den Inhalt vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Abwandlungen und Bearbeitungen des Werkes bzw. Inhaltes anfertigen
- das Werk kommerziell nutzen

Umschlagfoto: © Lisa Bogerts

Umschlaggestaltung und Satz: Martin Schmetz und Lisa Bogerts

Inhalt

Einleitung <i>Lisa Bogerts und Martin Schmetz</i>	1
The Refugee Crisis and Our Connected Histories of Colonialism and Empire <i>Gurminder K. Bhambra</i>	5
Grenzen der Demokratie? Eine kritische Perspektive auf die Mediendebatte zu Flüchtlingen <i>Sybille de la Rosa</i>	13
»Die Flüchtlinge«, »die Rassisten« und »Wir« Zu den Ambivalenzen im aktuellen Flüchtlingsdiskurs <i>Ellen Kollender und Janne Grote</i>	21
Flüchtlinge als »Gegenstand« in der Feldforschung? Forschungsethische Reflexionen zu Möglichkeiten, Risiken und Limitierungen <i>Ulrike Krause</i>	33
EU-Subventionen als Fluchtursache <i>Heribert Prantl</i>	43
Beyond #refugeeswelcome: The Spectre of Racist Violence and Lessons from Refugee Resistance in Germany <i>Joshua Kwesi Aikins and Daniel Bendix</i>	45
Too much pressure. Germany seen from the perspective of a migrant seeking work <i>Rukaya K. (Project.Shelter)</i>	53
»Kunst ist zwecklos«. Zur Rolle politischer Kunst angesichts von Migrations- und Flüchtlingspolitik <i>Lisa Bogerts</i>	57
Syrian Refugees in German Cities. Resettlement Dynamics and its Impact on the Urban Structures across the City <i>Ghiath Al Jebawi</i>	67

»We will rise« Die Stimmen der Geflüchteten in der aktuellen »Willkommenskultur« hören <i>Larissa Fleischmann</i>	77
»Politisch Verfolgte genießen Asylrecht«... Wirklich? <i>Patrice Poutrus</i>	87
Von der Kunst, nicht dermaßen begrenzt zu werden Handlungsmacht von Geflüchteten als selbstorganisierte Prozesse <i>Johanna Bröse</i>	95
Alles, bloß kein Terrorismus <i>Robin Schröder</i>	105
Flüchtlingsrechte sichern! Sicherheit und Menschenrechte im Umgang mit Flüchtlingssituationen <i>Svenja Gertheiss</i>	115
AutorInnen	123
Frühere Beiträge aus der Reihe Blogfokus des Sicherheitspolitik-Blogs	128

Einleitung

Lisa Bogerts und Martin Schmetz

Schon seit Jahren nimmt weltweit die Zahl der Flüchtenden und MigrantInnen stark zu und an den Außengrenzen der Europäischen Union (EU) spielen sich unfassbare Dramen ab. Aber erst im Spätsommer 2015, als täglich Tausende Menschen an den Bahnhöfen eintrafen, schien in Deutschland das Thema Flucht ins kollektive Bewusstsein zu rücken. Nun endlich diskutiert die Öffentlichkeit darüber, wie dringlich es ist, die Konsequenzen und Ursachen von Flucht und Vertreibung als gemeinsame Aufgabe wahrzunehmen.

Aber so allgegenwärtig die mediale und politische Debatte auch gerade ist, so sehr kann man in ihr Blindflecken und Verzerrungen wahrnehmen. Ein gesellschaftlich verankerter Rassismus und ein diffuses Bedrohungsgefühl äußern sich nicht nur diskursiv: Die Zahl der Gewalttaten gegen MigrantInnen und Geflüchtete nimmt massiv zu, Angriffe auf Asylunterkünfte gehören zum Alltag.¹ PolitikerInnen, die sich für Geflüchtete einsetzen, werden attackiert und bedroht.² Menschen, die vor Gewalt, Armut und Perspektivlosigkeit fliehen, sind hier nicht nur neuen Bedrohungen ausgesetzt; sie werden auch noch beschuldigt, selbst eine zu sein.³ Mitnich-

1 <http://www.sueddeutsche.de/politik/gewalt-gegen-fluechtlinge-jeden-tag-verletzen-rechtsradikale-einen-menschen-1.2796772>; letzter Zugriff: 22.12.2015.

2 siehe u. a. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-10/bernaeu-morddrohung-andre-stahl-buergermeister-dresden>; letzter Zugriff: 22.12.2015.

3 Diehl, Jörg (2015): Migration und Terrorgefahr: Hunderttausende Flüchtlinge, zehn Verdächtige, in: Spiegel Online, 3.11.2015, <http://www.spiegel.de/politik/>

ten herrscht Konsens darüber, dass die Migrationsgesellschaft eine unausweichliche Realität ist, die man nicht bekämpfen kann. Nur Wenige sind sich bewusst, dass die meisten Menschen nationalitätsbedingte Privilegien nichts anderem als dem Zufall der Geburt verdanken. Jenseits der Medienbilder des ›Helfer-Wirs‹ und der viel gelobten ›Willkommenskultur‹ haben Rassismus und rechte Gewalt in Deutschland eine neue tragische Dimension erreicht.

Für eine reflektierte Debatte über Flucht, Migration und Ankommen sind fundierte Argumente, kritische Perspektiven und alternative Sichtweisen nötig. Eine Blogreihe (»Blogfokus«), die im Herbst 2015 auf dem Sicherheitspolitik-Blog veröffentlicht wurde⁴ hatte es sich zum Ziel gemacht, zu dieser Debatte beizutragen. Vierzehn AutorInnen, die zu Flucht und Migration forschen, lieferten aktuelle und greifbare Diskussionsbeiträge zu Aspekten, die bis dahin wenig beleuchtet waren. Dieses Buch vereint sämtliche Beiträge dieses Blogfokus. Als Teil der E-Book-Reihe des Sicherheitspolitik-Blogs möchte es, ergänzend zu klassischen Publikationsformaten, sozialwissenschaftliches Wissen schnell und weitgehend barrierefrei einer interessierten Öffentlichkeit verfügbar machen.⁵

In den Kapiteln dieses Buches kommen sowohl die Perspektiven von Forschenden mit deutschem oder anderem EU-Staaten-Pass zum Tragen als auch von solchen, die selbst eine Migrations- oder

deutschland/fluechtlinge-behoerden-kennen-nur-zehn-faelle-mutmasslicher-terroristen-a-1060674.html; letzter Zugriff: 22.12.2015.

4 <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/blogforum-wie-unsere-zukunft-entsteht-kritische-perspektiven-zu-flucht-und-migration-nach-europa/>; letzter Zugriff: 22.12.2015.

5 An dieser Stelle möchten wir uns besonders bei der Redaktion des Flüchtlingsforschungsblogs, bedanken. Um den Blogfokus einem weiteren LeserInnenkreis zugänglich zu machen, wurden einige Beiträge in Kooperation diesem Blog gepostet. Als Publikations- und Austauschplattform des »Netzwerks Flüchtlingsforschung« trägt er seit seiner Gründung im Februar 2015 elementar zur deutschsprachigen Debatte bei; s. <http://fluechtlingsforschung.net/blog/>; letzter Zugriff: 22.12.2015.

Fluchtgeschichte haben. Vier Aspekten kommt dabei besondere Aufmerksamkeit zu:

- einer kritischen Reflexion des aktuellen medialen und politischen Diskurses,
- der Verantwortung europäischer Staaten, Geflüchtete und MigrantInnen aufzunehmen,
- der Sicherheit von Geflüchteten und MigrantInnen und
- ihrer Selbstorganisation und agency (Handlungsmacht).⁶

Es werden, konkreter, Aspekte wie etwa die koloniale Verantwortung Europas zur Aufnahme von Geflüchteten und MigrantInnen, die Frage nach fremdenfeindlichen Attacken als Akten von Terrorismus, die Alltags-Hindernisse wie auch die Proteste von Geflüchteten und MigrantInnen in Deutschland diskutiert. Eine kritische Betrachtung des Mediendiskurses und der im ›Helfer-Wir‹-Narrativ deutlich werdenden Rassismen soll genauso wenig ausgespart werden wie die Selbstreflexion der Forschung über Geflüchtete.

Die Beiträge fokussieren auf Flucht und Migration nach Europa, insbesondere nach Deutschland. Dabei sollte aber keinesfalls vergessen werden, dass sich rund 89%⁷ der weltweiten Fluchtbewegungen außerhalb Europas abspielen. Länder, die unmittelbar von Krisen und Konflikten betroffen sind bzw. an diese angren-

6 Da viele der Beiträge mehrere dieser Aspekte behandeln, wird hier bewusst darauf verzichtet, das Buch in entsprechende Teile zu gliedern.

7 In diesen Zahlen des UNHCR mit Stand vom Juni 2015 wird die Türkei, als größtes Aufnahmeland weltweit, mit zu Europa gezählt. Der genaue Wortlaut: »Ende 2014 waren 59,5 Millionen Menschen auf der Flucht. [...] Insgesamt wurden in Europa mit Ende des Jahres 6,7 Millionen Menschen gezählt, die zwangsweise ihre eigentliche Heimat bzw. Heimatregion verlassen mussten: Ein Viertel davon waren syrische Flüchtlinge in der Türkei.«

zen – und zumeist weniger reich sind als Deutschland⁸ –, stehen ungleich größeren Herausforderungen gegenüber.

>Kritisch< sind die Beiträge also nicht im Sinne von >asylkritisch<, sondern hinsichtlich der politischen Entwicklungen und vieler Argumente, die im aktuellen medialen Diskurs anfallen oder eben ausbleiben. Auf einem >Sicherheitspolitik<-Blog erschien der Blogfokus nicht deshalb, weil wir Flucht und Migration noch weiter >versicherheitlichen<, also als Sicherheitsbedrohung darstellen wollen. Sondern weil wir uns dezidiert um die Sicherheit der Menschen – unabhängig von Nationalität und Aufenthaltsstatus – sorgen, die in diesem Land auf eine bessere Zukunft hoffen. Das bedeutet: unsere gemeinsame Zukunft, die gerade entsteht und maßgeblich davon beeinflusst wird, wie wir die aktuellen Herausforderungen gesellschaftlich verhandeln und als Chance nutzen.

8 Deutschland hat weltweit das vierthöchste Bruttoinlandsprodukt (s. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/157841/umfrage/ranking-der-20-laender-mit-dem-groessten-bruttoinlandsprodukt/>). 86% der Geflüchteten weltweit befinden sich derzeit in Ländern des Globalen Südens, d. h. in sogenannten >Entwicklungsländern < (s. <http://www.unhcr.org/556725e69.html>, S. 2.).

The Refugee Crisis and Our Connected Histories of Colonialism and Empire¹

Gurminder K. Bhabra

Attempts to address the current crisis often seek to make distinctions between >refugees< and >migrants< and between refugees/migrants and citizens. But, I suggest, these distinctions are part of the problem. Part of the solution is to rethink our histories of >national states< – and the rights and claims they enable – through a >connected sociologies< approach that acknowledges the shared histories that bring states and colonies together.

The crisis – or tragedy – currently playing out on, and within, the borders of Europe cannot have escaped anyone’s attention. Especially not after pictures of the body of the 3 year old Syrian boy, Alan Kurdi, circulated around the world.² Equally shocking, although in a different way, were the images of refugees being taken, without their knowledge, to camps on trains in Hungary.³ The crisis is not

1 published on October 1, 2015 at <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/2015/10/01/the-refugee-crisis-and-our-connected-histories-of-colonialism-and-empire/>.

2 Gunter, Joel (2015): Alan Kurdi Death: A Syrian Kurdish Family Forced to Flee, BBC News, 4.9.2015, <http://www.bbc.com/news/world-europe-34141716>; last accessed 1.10.2015.

3 Graham-Harrison, Emma/Nolan, Dan (2015): Hungarian Police and Refugees in Standoff after Train Returns to Camp, in: The Guardian, 4.9.2015, <http://www.theguardian.com/world/2015/sep/03/hungary-train-diverts-refugees-back-to-camp>; last accessed 1.10.2015.

new, but is newly gaining traction within European news media and wider political and public opinion. It is confused with ongoing debates on immigration, the free movement of people within the EU, and the nature of our obligations within international refugee law. While these are distinct issues, they are also, as I will go on to suggest in conclusion, profoundly connected through our shared histories of colonialism and neo-colonialism.

The immediate context for the current situation is the war in Syria and conflicts across North Africa and the Middle East – conflicts within which Europe has played a central role. Caught between Assad and ISIS, and the violence and destruction perpetrated by both, Syrians have been fleeing in historical numbers and seeking refuge in neighbouring countries. Turkey, with an existing population of 74 million, has taken in close to two million refugees from Syria; Lebanon has taken in over a million, despite only having a population of 4.5 million.⁴

Europe, on the other hand, has been largely bickering over how many refugees to take, whether they are genuinely escaping conditions of war, or speculating on how these >floods< or >swarms< of >migrants< would irreducibly alter the face of Europe. With a couple of notable exceptions – Sweden⁵, primarily, and more recently, Germany⁶ – European Union (EU) member countries seem to have been more interested in scaremongering than honouring their treaty obligations to refugees under international law.⁷

All EU countries are signatories to the 1951 Convention on Refu-

4 <http://data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php>; last accessed 1.10.2015.

5 http://syrianrefugees.eu/?page_id=622; last accessed 1.10.2015.

6 <http://www.theguardian.com/world/2015/sep/07/germany-to-spend-an-extra-6bn-to-fund-record-influx-of-800000-refugees>; last accessed 1.10.2015.

7 Weaver, Matthew (2015): Refugee Crisis: EU Splits Exposed at Emergency Summit – as it Happened, 24.10.2015, <http://www.theguardian.com/world/live/2015/sep/24/refugee-crisis-eu-splits-exposed-at-emergency-summit-live-updates>; last accessed 1.10.2015.

gees and the subsequent 1967 Protocol. This means that we are obligated, by law and not just by moral conscience, to comply with their substantive provisions and to offer refuge and protection to people fleeing political or other forms of persecution. These obligations initially fall upon the country where refugees first enter, but the Schengen Agreement implies entry in one country is entry in all participating in that agreement (though this is technically restricted for asylum seekers, the lack of internal border controls makes it difficult to police in practice). In addition, European Union membership entails common responsibility.⁸ This has been a particularly divisive issue in the UK which has an >opt out< from such common responsibilities given that it is not in Schengen. Many formerly communist countries (the Czech Republic, Slovakia, Hungary and Romania) are also resisting the proposal for quotas that would enable the responsibilities for refugees to be shared among EU states.⁹

What many post-communist countries seem not to be mindful of is that their own rhetoric against accepting refugees feeds into a broader discourse in many Western European countries about limiting the internal movement of European citizens. After all, this is precisely what the UK is seeking to negotiate prior to its proposed referendum on EU membership, with mobile workers from former communist states a particular concern. Within the EU, free movement is a right for all citizens and it is the numbers of Eastern Europeans moving to the West that have primarily concerned right-wing parties like the UK Independence Party.¹⁰ If Europe does not

8 <http://www.ecre.org/refugees/refugees/refugees-in-the-eu.html>; last accessed 1.10.2015.

9 <http://www.aljazeera.com/news/2015/09/eu-attempt-resolve-refugee-quota-dispute-150922044717786.html>; last accessed 1.10.2015.

10 Mason, Rowina (2015): Nigel Farage: Indian and Australian immigrants better than eastern Europeans, in: *The Guardian*, 22.4.2015, <http://www.theguardian.com/politics/2015/apr/22/nigel-farage-immigrants-india-australia-better-than-eastern-europeans>; last accessed 1.10.2015.

share its responsibilities towards refugees, the likely outcome will be restrictions on the movement of all people within the EU with the repercussions particularly severe on the populations of Eastern European countries.¹¹

While refugees have rights under international law, people who come for other reasons are labelled as migrants and deemed not to have any claims upon the states to which they are seeking entry. Instead, they are often regarded within the popular press and wider public opinion with suspicion¹² (and worse) as here only for the benefits¹³ that are otherwise the preserve of legitimate citizens (it was not until recently, for example, that the British media stopped appending the word >bogus< to the designation >asylum seeker<).

The UK's Foreign Secretary, Philip Hammond, recently talked about >marauding migrants< coming to Europe and threatening our quality of life.¹⁴ His full quote was:

»The gap in standards of living between Europe and Africa means there will always be millions of Africans with the economic motivation to try to get to Europe. ... So long as there are large numbers of pretty desperate migrants marauding around the area, there always will be a threat to the tunnel security. ... Europe can't protect itself, preserve its standard of living and social infrastructure if it has to absorb millions of migrants from Africa.<<

11 Graham-Harrison, Emma/Kingsley, Patrick (2015): UN Warns European Unity at Risk as Borders Close to Refugees, in: The Guardian, 19.9.2015, <http://www.theguardian.com/world/2015/sep/19/refugees-croatia-hungary-borders-europe>; last accessed 1.10.2015.

12 Shackle, Samira (2015): How Did it Become Acceptable for Britain to Treat Refugees so Badly?, in: New Statesman, 9.11.2015, <http://www.newstatesman.com/world/europe/2015/09/how-did-it-become-acceptable-britain-treat-refugees-so-badly>; last accessed 1.10.2015.

13 Trevon, Alan (2015): Theresa May Maintains Tough Stance on >Economic Migrants<, in: The Guardian, 22.9.2015, <http://www.theguardian.com/world/2015/sep/22/theresa-may-tough-stance-economic-migrants-europe>; last accessed 1.10.2015.

14 <http://www.bbc.com/news/uk-politics-33842861>; last accessed 1.10.2015.

In a similar vein, Jürgen Habermas – one of the most prominent and respected commentators on the question of Europe – has suggested, in his book *»Europe: The Faltering Project«*¹⁵, that ‘the painful transition to post-colonial immigrant societies’ within Europe is occurring alongside >the humiliating conditions of growing social inequality< associated with the pressures of globalized labour markets.

While the tone of the two may be different, in both statements migrants are presented as responsible for the decline of the welfare and social settlement within Europe and for increasing social and economic inequality within the continent. There is no discussion by either Hammond or Habermas of the desperate conditions elsewhere that force people to migrate; conditions, historically created, for the most part, by European colonial powers.

Just as Western countries (their media and many politicians) fail to connect the geo-politics of war and displacement to their own foreign policies, so they fail to see that the gap in living standards between Europe and other countries is not a natural gap. The economic motivation that drives poorer people to migrate has been produced and continues to be reproduced by practices emanating from richer countries and their own deficient understandings of their global dominance. Europe’s relatively high standard of living and social infrastructure have not been established or maintained separate from either the labour and wealth of others, or the creation of misery elsewhere.

Attempts to address these issues frequently seek to make distinctions between >refugees< and >migrants< but it is these distinctions that are part of the problem. While *Al Jazeera* has recently set out why it will no longer use the term >migrant< and prefers, instead, to talk about people crossing the Mediterranean as >refu-

15 Habermas, Jürgen (2009): *Europe: The Faltering Project*, Cambridge.

gees¹⁶, I would wish to make a stronger argument. One that recognises our obligations to people coming to these shores, whether as refugees or migrants, by virtue of our connected histories of colonialism and neo-colonialism. Otherwise, the purpose of the distinctions is to divide people into those who >deserve< our obligation and those who do not (just as there are attempts at distinctions otherwise between the >deserving< and >undeserving< poor).

Migrants and refugees, by definition, are excluded from the history of the state understood in national terms and thus from the history of belonging to the political community that enjoys rights and claims upon that state. This exclusion from the history of belonging is then used to justify their exclusion in the present from entry to those states and from sharing in its wealth and resources.

Maintaining a distinction between migrant/refugee, on the one hand, and citizen, on the other, however, is based on an erroneous historical understanding that separates states and colonies. In contrast, I argue for the need to understand the contemporary crisis in the context of the connected histories that bring states and colonies within a single frame.

Europe's posited others have always been very much a part of Europe's broader imperial histories and its neo-imperial present.¹⁷ As such, we need an urgent reconsideration of the presentation of people as >other< and of the ways in which they are treated within Europe's societies and polities.

The failure to properly understand and account for Europe's colonial past, cements a political division between >legitimate<

16 <http://www.aljazeera.com/blogs/editors-blog/2015/08/al-jazeera-mediterranean-migrants-150820082226309.html>; last accessed 1.10.2015.

17 Salami, Minna (2015): The EU's >Eurafica< Roots, in: Al Jazeera 6.9.2015, <http://www.aljazeera.com/indepth/opinion/2014/09/eus-eurafica-roots-colonialism--20149611334511463.html>; last accessed 1.10.2015.

citizens with recognized claims upon the state and migrants/refugees without the rights to make such claims (or, for the latter, only those rights recognised in international law). If belonging to the history of the nation is what traditionally confers rights upon individuals (as most forms of citizenship demonstrate) then, I argue, it is incumbent upon us to recognise the connected histories and sociologies¹⁸ that would see migrants/refugees as already having claims upon the states they wish to enter. It is this that would enable different ways of addressing the crises that we currently face.

At this point, some would argue: why should those EU countries which don't have an imperial past be held accountable for the historical legacies of those countries that do?

The EU is not only constituted by colonial states, that is, by states with individual colonial pasts. Rather, as Peo Hansen and Stefan Jonsson have argued in their timely project »*Eurafrica*«¹⁹, the EU (or the European Economic Community) was predicated on the very idea of bringing Africa as a >dowry to Europe<; that is, Africa's natural resources – its land, labour, and markets – were seen to be available for the European project and were deemed to be central to any possibility for its future success.

The issue, then, is not only about the colonies brought to the European project by individual European states, but the fact that the very European project itself was based upon the idea of the joint colonization of Africa as a European endeavour. Any state that joins the EU, takes on not only the benefits of membership but has

18 Bhambra, Gurminder K. (2014): *Connected Sociologies*, London, Chapter 7: Sociology for an >Always-Already< Global Age, pp. 146-151, <https://www.bloomsburycollections.com/book/connected-sociologies/ch7-sociology-for-an-always-already-global-age>; last accessed 1.10.2015.

19 Hansen, Peo/Jonsson, Stefan (2014): *Eurafrica: The Untold History of European Integration and Colonialism*, London.

to share in the responsibilities emanating from the continuing legacies of its shared colonial history.

Europe, being the wealthiest continent on the planet, can afford to take in more refugees and migrants. Indeed, as I have argued, Europe's wealth is not unrelated to the poverty and misery in other places that produces people as refugees and migrants.

If we want a different Europe in the present and the future, then we need to narrate the colonial past of its constituent countries and the implications of the colonial past in the very project of Europe itself. We need to acknowledge the imperial past as the very condition of possibility of Europe and European countries today – with all the rights, duties, and obligations to reparatory justice that that entails.

Grenzen der Demokratie?

Eine kritische Perspektive auf die Mediendebatte zu Flüchtlingen¹

Sybille de la Rosa

In den medialen Auftritten von PolitikerInnen dominieren Darstellungen von Flüchtlingen als Probleme. Gleichzeitig lassen sich in den Medien Bemühungen beobachten, die darauf abzielen, Flüchtlinge nicht als Problem – welcher Art auch immer –, sondern als die Lösung für bestimmte Probleme zu verstehen. Beides ist problematisch und ersetzt nicht einen öffentlichen Diskurs über die Frage, ob unser Verständnis von Demokratie und Selbstbestimmung möglicherweise überholt ist und nach einer Neuauflage verlangt, welche das Verhältnis zwischen dem Selbstbestimmungsrecht von Nationalstaaten und den (Menschen-) Rechten von Personen neu bestimmt.

Narrative Rahmungen in der öffentlichen Debatte

Die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen verwies im September auf die Notwendigkeit, flexibel zu handeln und Ausnahmen zuzulassen, um humanitäre Dramen an unseren Grenzen verhindern zu können.² Sie erweckt damit den Eindruck, als handle es sich

1 online erschienen am 5.10.2015 auf <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/2015/10/05/grenzen-der-demokratie-eine-kritische-perspektive-auf-die-mediendebatte-zu-fluechtlingen/> und auf dem Flüchtlingsforschungsblog.

2 <http://www.zeit.de/news/2015-09/06/migration-nach-csu-kritik-von-der-leyen-verteidigt-entscheidung-merkels-06145802>; letzter Zugriff: 5.10.2015.

um eine Ausnahmesituation, die nach einer einmaligen spontanen Anstrengung verlangt. EU-Kommissionschef Juncker warb für eine zeitlich unbegrenzte Quotenregelung, welche die Flüchtlinge auf die EU-Staaten gerecht aufteilen soll und rahmt die Flüchtlinge als europäisches Lastenverteilungsproblem.³ Bundeskanzlerin Angela Merkel verwies auf die Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen, die Rettung der Flüchtlinge in einer »nationalen Kraftanstrengung« zu ermöglichen, und dabei schnell und unbürokratisch zu sein.⁴

Es liegt nicht in meiner Absicht, diese Äußerungen zu kritisieren, denn sie sprechen pragmatische Aufgaben an, die gelöst werden müssen. Aber ich möchte auf die narrative Einrahmung von Äußerungen aufmerksam machen, die derzeit im Mediendiskurs kursieren. Während Angela Merkel eine nationale Problemrahmung für ihren Aufruf wählt und Junckers Ansatz von der Idee einer gerechten Verteilung von Lasten zehrt, ist Ursula von der Leyen bestrebt, auf die Dramatik und die zeitliche Begrenztheit des »Problems« hinzuweisen.

Mit der Rahmung von Flüchtlingen als «Problem» kontrastiert die Rahmung der Flüchtlinge als »Problemlösung«, die an anderer Stelle vorgenommen wird: In der *Zeit* erschien ein Artikel von Sabine Rückert, der dazu aufrief, Flüchtlinge als die Lösung des Problems der Überalterung Deutschlands zu betrachten, und Deutschland davor zu bewahren, zu einem »Winterland des Alters« zu werden.⁵ Ulf Poschardt, stellvertretender Chefredakteur

3 <http://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/eu-kommissionschef-juncker-will-fluechtlingsquote-fuer-alle-eu-laender-13565523.html>; letzter Zugriff: 5.10.2015.

4 <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise-merkel-fordert-nationale-kraftanstrengung-13789391.html>; letzter Zugriff: 5.10.2015.

5 Rückert, Sabine (2015): Freunde gesucht. Die Flüchtlinge sind ein Glück für Deutschland. Wir müssen es erkennen und gegen Widersacher verteidigen, in: *Die Zeit*, 6.8.2015, <http://www.zeit.de/2015/32/fluechtlings-integration-voel>

der *Welt*-Gruppe, ruft in seinem Artikel »Was hilft Flüchtlingen am besten? Der Neoliberalismus!« zu einem »kühl ökonomischen Bick« auf das Flüchtlingsdrama auf und argumentiert dann forsch für ein Einwanderungsgesetz, welches «jene (und nur jene) ins Land lässt, die gebraucht werden».⁶

Vielleicht sind die beiden letzten Vorschläge gut gemeint, aber sie implizieren die Unterscheidung zwischen erwünschten, weil ökonomisch verwertbaren Flüchtlingen und unerwünschten, weil ökonomisch nicht verwertbaren Flüchtlingen. Es sollte aber nicht vergessen werden: Es geht nicht primär um ArbeitsmigrantInnen, sondern um von der Genfer Konvention geschützte Flüchtlinge, die vor dem Krieg in Syrien flüchten und die einen völkerrechtlichen Anspruch auf Schutz und Unterstützung haben.

Man mag ja glauben, dass der Neoliberalismus im Bereich des Marktes seine Berechtigung hat. Jedoch hat seine zunehmende Ausweitung bis in politische Fragen hinein Konsequenzen für unser Selbstverständnis der Demokratie und sollte nicht unreflektiert hingenommen werden. Aber ausgerechnet die demokratische Perspektive⁷ ist in der öffentlichen Debatte bisher kaum eingenommen worden.

Grenzen der Demokratie

Die Debatten politischer TheoretikerInnen wie James Bohman, Joseph H. Carens und Michael Walzer, die seit vielen Jahren zu

kerwanderung; letzter Zugriff: 5.10.2015.

6 Poschardt, Ulf (2015): Was hilft Flüchtlingen am besten? Der Neoliberalismus!, in: *Welt*, 8.8.2015, <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article144954231/Was-hilft-Fluechtlingen-am-besten-Der-Neoliberalismus.html>; letzter Zugriff: 5.10.2015.

7 s. de la Rosa, Sybille (2015): Warum wir EuropäerInnen keine guten DemokratInnen sind, in: <http://fluechtlingsforschung.net/warum-wir-europaerinnen-keine-guten-demokratinnen-sind/>; letzter Zugriff: 5.10.2015.

offenen Grenzen und globaler Demokratie vor allem in den USA geführt werden, zeigen, dass die Exklusion von Menschen aus nationalen Gemeinschaften weder ein rein nationales Problem, noch ein zeitlich eng begrenztes Lastenproblem ist. Vielmehr ist es ein grundlegendes Konstruktionsproblem von nationalstaatlichen Demokratien. Vor allem die prinzipielle Anerkennung der Menschenrechte setzt aber die Exklusionspraktiken demokratischer Nationalstaaten unter Rechtfertigungsdruck.

Während Michael Walzer 1983 in seinem Buch »*Spheres of Justice. A Defence of Pluralism and Equality*«⁸ noch das demokratische Selbstbestimmungsrecht über den Schutz der Flüchtlinge stellte, hat der liberale Theoretiker Joseph Carens schon wenige Jahre danach in seinen Vorträgen darauf hingewiesen, dass die liberale Forderung nach (Bewegungs-)Freiheit (Freizügigkeit) unter der gleichzeitigen Anrufung der Menschenrechte kein konsistentes Argument generieren kann, welches den Ausschluss von Flüchtlingen rechtfertigen würde.⁹ Denn wer die Idee der Menschenrechte ernst nimmt und ein Recht auf (Bewegungs-)Freiheit einfordert, kann das Ende der (Bewegungs-)Freiheit an Grenzübergängen nicht rechtfertigen, es sei denn im Rückgriff auf pragmatische, aber eben nicht demokratische Argumente, so Carens.

Aber nicht nur unter liberalen TheoretikerInnen kommen Zweifel über die nationalen Exklusionspraktiken auf. Auch der republikanische Theoretiker James Bohman hat in seinem Buch »*Democracy across Borders*«¹⁰ gezeigt, dass durch die Anerkennung der Menschenrechte eine menschliche Gemeinschaft, die über nationale Gemeinschaften hinausweist, gleichzeitig vorausgesetzt

8 Walzer, Michael (1983): *Spheres of Justice. A Defence of Pluralism and Equality*, New York, NY.

9 Carens, Joseph (2013): *The Ethics of Immigration*, Oxford.

10 Bohman, James (2010): *Democracy across Borders. From Dêmos to Dêmoi*, Cambridge, MA.

und konstituiert wird, – also etwas, was Walzer noch für unmöglich gehalten hatte. Die Menschenrechte, so Bohman, beziehen sich auf menschliche Eigenschaften, welche bis auf einige Ausnahmen zwar bisher nur von nationalen Institutionen geschützt und gewährleistet werden, denn Inhalte von menschenrechtlichen Völkerrechtsverträge werden erst für die Menschen zugänglich, wenn Staaten die Verträge unterzeichnen und in nationales Recht umsetzen. Aber in ihrem Anspruch implizieren die Menschenrechte nicht nur die Idee alle Menschen zu schützen, sondern auch von allen Menschen anerkannt zu werden. Daher entsteht durch die Anerkennung der Menschenrechte, so Bohman, eine menschliche Gemeinschaft, deren Rolle neben der Rolle von nationalen Gemeinschaften expliziert werden muss. Ansätze für deren Institutionalisierung bestehen nach Bohman bereits. Insbesondere im Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und in der Unterordnung europäischen Rechts unter die Menschenrechte sowie in der Möglichkeit für Nicht-EU-Bürger den Gerichtshof anzurufen, sieht er die Institutionalisierung und Konstituierung der menschlichen Gemeinschaft gegeben.

Bohman konstatiert jedoch, dass die Anerkennung einer menschlichen Gemeinschaft nicht zwangsläufig zu offenen Grenzen führt, dass aber die Debatte darüber, wer als Mitglied in einer demokratischen Gemeinschaft verstanden werden soll und wer nicht, dem demokratischen Prinzip nicht äußerlich ist. Die Frage danach, wer mitbestimmen darf und wer nicht, bildet vielmehr das Herzstück der demokratischen Idee. Als wichtigsten Schritt auf dem Weg zu einer menschlichen Gemeinschaft und angemessenen Institutionen sieht Bohman die Öffnung der EU-Institutionen für Gerechtigkeitsforderungen mittels deliberativer Arenen, in denen auch Nicht-EU-BürgerInnen ihre politischen Forderungen an die Regierenden herantragen können (Bohman 2010: 128) und die Möglichkeit, EU-Institutionen durch eine demokratische Verfas-

sung und Gesetzgebung zu verändern und weiter zu demokratisieren.

Aus Bohmans Überlegungen zur grenzüberschreitenden Demokratie folgt jedoch viel mehr für den Umgang mit Flüchtlingen, als er selbst in seinen Texten nahelegt. Denn es lässt sich das Argument daraus ableiten, dass den Flüchtlingen die Möglichkeit gegeben werden muss, ihre Forderungen in entsprechenden Foren vorzutragen¹¹ und in den politischen Diskurs einzuspeisen, bevor über ihren Ausschluss oder Einschluss entschieden wird. Eine demokratische Gemeinschaft, die sich an den Menschenrechten und damit an einer menschlichen Gemeinschaft orientiert, kann diese Entscheidung also nicht treffen, ohne die Betroffenen in den deliberativen Prozess miteinbezogen zu haben. Weiterhin lässt sich mit Bohman argumentieren, dass die Entscheidung über Inklusion und Exklusion die Menschenrechte der Betroffenen nicht verletzen darf. Das heißt, dass die Mitglieder einer politischen Gemeinschaft nicht völlig frei in ihrer Entscheidung sind, sondern die Anerkennung der Menschenrechte aller Menschen als ihrer demokratischen Entscheidung vorgängig akzeptieren.

Quo Vadis?

Die Aufgabe, um deren Lösung und Diskussion es nationalen oder europäischen DemokratInnen also in meinen Augen gehen müsste, wäre die institutionelle Einbindung von Repräsentationsmöglichkeiten für Flüchtlinge in die lokale, nationale und europäische Politik. Es ist zentral, die Positionen der Flüchtlinge in den politischen Diskurs miteinzubeziehen, um dann auf der Basis der mit

11 Schmalz, Dana (2015): Von sichtbarer und unsichtbarer Gewalt. Politik an der Grenze, in: <http://fluechtlingsforschung.net/von-sichtbarer-und-unsichtbarer-gewalt-politik-an-der-grenze/>; letzter Zugriff: 5.10.2015.

den Flüchtlingen geführten Debatten weiterführende Entscheidungen treffen zu können. Diese Entscheidungen müssen sich jedoch an den Menschenrechten als Richtlinie orientieren. Das heißt, dass EU-BürgerInnen und die Regierenden die Entscheidung, Menschenrechten den Vorrang vor ihrem demokratischen Selbstbestimmungsrecht zu geben, bestätigen und damit die weitere Konstituierung einer menschlichen Gemeinschaft unterstützen könnten.

»Die Flüchtlinge«, »die Rassisten« und »Wir« Zu den Ambivalenzen im aktuellen Flüchtlingsdiskurs¹

Ellen Kollender und Janne Grote

Die vehemente Verurteilung der verbalen und gewaltvollen Übergriffe auf Geflüchtete, die zivilgesellschaftliche Solidarität, mit der Geflüchtete an Bahnhöfen, in Vereinen und Nachbarschaften Willkommen geheißen werden, die kleinen und großen Gesten privater Flüchtlingshilfe – all dies sind wichtige Signale gegen rassistische Hetze und Abschreckungspolitik. Der Flüchtlingshilfediskurs bleibt dennoch ambivalent und lässt sich aktuell an mindestens drei Fragen diskutieren: Wann verfehlen Positionierungen >gegen Rechts< das Ziel, rassistische Verhältnisse in der Gesellschaft aufzubrechen? Wann läuft das private Engagement im Flüchtlingsbereich Gefahr, politisches Handeln zu ersetzen? Und welche Schwierigkeiten gehen mit der Konjunktur des >Helfer-Wirs< einher? Eine Gratwanderung.

¹ zuerst erschienen am 14.9.2015 im MiGAZIN (<http://www.migazin.de>), einem unabhängigen Online-Magazin mit Themen rund um Integration und Migration in Deutschland; erneut veröffentlicht am 12.10.2015 auf <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/2015/10/08/die-fluechtlinge-die-rassisten-und-wir/>.

»Unaufgeklärt« – »dumm« – »mitleidlos«: Die Verurteilung rassistischer Positionen greift zu kurz!

»...solange es Leute gibt, die nichts können, nichts wissen und nichts geleistet haben, wird es auch Rassismus geben. Denn auch diese Leute wollen sich gut fühlen und auf irgendetwas stolz sein. Also suchen sie sich jemanden aus, der anders ist als sie und halten sich für besser. Oder sie sind bekloppterweise stolz darauf, >Deutsch< zu sein, wozu keinerlei Leistung ihrerseits nötig war.« (Farin Urlaub)²

Mit Statements wie diesen haben in den vergangenen Tagen und Wochen viele bekannte Persönlichkeiten zu den rassistisch motivierten Ausschreitungen und Anschlägen in Heidenau, Tröglitz und andernorts Position bezogen. Hunderttausendfach wurden die Äußerungen von Joko und Klaas³, Kebekus⁴ und Co. in den Sozialen Medien geklickt, geliked, geteilt.⁵ Im Duktus sind sich die veröffentlichten Gegenpositionen erstaunlich ähnlich. Über Bezeichnungen wie »Pack« (Sigmar Gabriel)⁶, »Vollidioten« (Oliver Kalkofe)⁷, »mitleidlose Dumpfbacken« (Axel Milberg), »dumme Minderheit« (Henry Maske) und »unaufgeklärter Mob« (Iris Ber-

2 <http://www.rollingstone.de/farin-urlaub-ueber-rassismus-das-komplette-interview-veroeffentlicht-754961/>; letzter Zugriff: 8.10.2015.

3 <https://www.youtube.com/watch?v=tBHMzCOn2Sk>; letzter Zugriff: 8.10.2015.

4 <https://www.youtube.com/watch?v=Zk227q94AgM>; letzter Zugriff: 8.10.2015.

5 siehe u. a. Adorján, Johanna (2015): Being Til Schweiger, in: FAZ, 16.8.2015, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/fluechtlingsdebatte-being-til-schweiger-13750545.html> und <https://www.youtube.com/watch?v=i9kv-rmvGKg>; letzter Zugriff: 8.10.2015.

6 Gathmann, Florian (2015): Gabriel über Rassisten in Heidenau: »Das ist Pack«, in: Spiegel Online, 24.8.2015, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/heidenau-sigmar-gabriel-besucht-fluechtlingsunterkunft-a-1049582.html>; letzter Zugriff: 8.10.2015.

7 <http://www.handelsblatt.com/panorama/aus-aller-welt/kalkofe-ueber-fremdenhass-parolen-groelende-vollidioten/12256074.html>; letzter Zugriff: 8.10.2015.

ben)⁸ wird hier eine radikale Abgrenzung von den selbsternannten ›Asylkritiker_innen‹ der Nation betrieben.

Die Formulierungen treffen den Nerv des aktuellen Diskurses ›gegen Rechts‹. In einem Artikel der Huffington Post wurde das eingangs zitierte Statement von Farin Urlaub gar als die »perfekte Erklärung für Rassismus« angeführt.⁹ Aber ist das wirklich so? Welches Verständnis von Rassismus kommt hier und in den anderen ›Promi‹-Statements eigentlich zum Ausdruck?

Insgesamt wird Rassismus hier als ein Phänomen gefasst, das sich auf bestimmte Personengruppen in der Bundesrepublik eingrenzen lässt. Als Ursache eines so personifizierten Rassismus werden vor allem diejenigen genannt, die aufgrund ihrer vermeintlich selbstverschuldeten Arbeits- und Perspektivlosigkeit zu den ›Verlierern‹ der Gesellschaft gezählt werden (›die nichts können, nichts wissen und nichts geleistet haben‹). Mithilfe klassistischer Argumentationen wird hier Rassismus auf ein spezifisches Klientel projiziert, bei der Rechtschreibschwäche, Alkoholismus und rassistische Einstellungen scheinbar unmittelbar zusammenhängen.

In Anbetracht des immer offener artikulierten und gewaltbereiten Rassismus im Netz und auf der Straße sind emotionale Gegenpositionierungen wie die genannten nachvollziehbar und erscheinen notwendig. Sie erwecken aber immer auch den Eindruck, dass ›wir‹ uns nur stark genug von denjenigen abgrenzen müssen, die sich in der Gesellschaft offen rassistisch zu erkennen geben, um gegen Rassismus im Land vorzugehen. In dieser Logik

8 <http://www.bild.de/wa/ll/bild-de/unangemeldet-42925516.bild.html>; letzter Zugriff: 8.10.2015.

9 Christ, Sebastian (2015): Endlich! Die perfekte Erklärung für Rassismus ist gefunden – von einem Arzt, in: Huffinton Post, 24.4.2015, http://www.huffingtonpost.de/2015/04/24/erklaerung-rassismus_n_7134378.html; letzter Zugriff: 8.10.2015.

erscheint es auch unterstützenswert, wenn öffentlich gefordert wird, Rassist_innen >abzuschieben< oder >einzubuchten<, um sich dem Rassismus hierzulande zu entledigen.

Allerdings geht mit einem solchen Verständnis die Gefahr einher, Rassismus auf ein primär individuelles Einstellungsproblem zu reduzieren und dessen Mehrdimensionalität auszublenken. Aus dem Blick gerät die Vielschichtigkeit von Rassismus beispielsweise in Form der sich täglich tausendfach ereignenden (subtilen) rassistischen Anfeindungen.¹⁰ Aus dem Blick gerät auch das im öffentlichen Diskurs ständig reproduzierte völkisch-rassistisch-codierte Wissen, welches in seiner historischen Verwurzelung und institutionellen Verankerung – sei es auf dem Arbeits-¹¹ und Wohnungsmarkt¹² oder im Bildungssystem¹³ – gesellschaftliche Ausschlüsse aufrechterhält. Dabei müssten Erfahrungen¹⁴ und Studien¹⁵ der letzten Jahrzehnte eigentlich lehren, dass Rassismus ein tiefgreifendes Merkmal unserer Gesellschaft darstellt, das einem mehrheitsgesellschaftlichen >Uns< nicht einfach gegenübergestellt werden kann bzw. sich nicht auf eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe redu-

10 Nigatu, Heben (2013): 21 Racial Microaggressions You Hear On A Daily Basis, in: <http://www.buzzfeed.com/hnigatu/racial-microaggressions-you-hear-on-a-daily-basis#.erEk9J87x>; letzter Zugriff: 8.10.2015.

11 <http://www.svr-migration.de/publikationen/diskriminierung-am-ausbildungsmarkt/>; letzter Zugriff: 8.10.2015.

12 http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/Expertise_Wohnungsmarkt_20150615.pdf?__blob=publicationFile; letzter Zugriff: 8.10.2015.

13 <http://www.migazin.de/2010/04/22/institutionelle-diskriminierung-im-bildungs-und-erziehungssystem/>; letzter Zugriff: 8.10.2015.

14 Brausam, Anna (2015): Todesopfer rechter Gewalt seit 1990, in: <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/chronik-der-gewalt/todesopfer-rechtsextremer-und-rassistischer-gewalt-seit-1990/>; letzter Zugriff: 8.10.2015.

15 siehe z. B. die »Mitte«-Studien der Universität Leipzig zur rechtsextremen Einstellung in Deutschland, in: http://research.uni-leipzig.de/kredo/mitte_studien_pub.html; letzter Zugriff: 8.10.2015.

zieren lässt (siehe hierzu u. a. den aktuellen Staatenbericht der UN-Antirassismus-Kommission¹⁶).

Unter den aktuellen ›Promi‹-Statements fällt erstaunlicherweise kaum eine Position auf, die Rassismus als gesamtgesellschaftliches Problem benennt und diskriminierende Strukturen und Diskurse kritisiert. Die öffentlichen Äußerungen spiegeln damit ein gesellschaftlich dominantes Rassismus-Verständnis wider, das meist auf Rechtsextremist_innen beschränkt und institutionalisierte Formen von Rassismus und Diskriminierung schlichtweg ausblendet.¹⁷ Dies gilt auch für die Bundesregierung, die die Existenz eines institutionellen Rassismus hierzulande erst jüngst wieder in Frage gestellt hat.¹⁸ Die fortwährende De-Thematisierung und Tabuisierung einer indirekten, weil strukturell-überindividuellen Dimension von Rassismus prägt dabei maßgeblich ›unser‹ Rassismus-Verständnis und die Debatte darüber.

Zugleich ist ein solches individualisierendes Verständnis letztlich für viele wohl auch deshalb besonders zugänglich, weil sich dadurch Rassismus kritisieren lässt, ohne sich selbst, seine Arbeitskolleg_innen, Familienangehörigen oder Freund_innen damit in Verbindung bringen zu müssen. Dies erleichtert es, trotz der gegenwärtigen Zustände am gesellschaftlichen Bild einer »gleichberechtigten«, »modernen«, »aufgeklärten«, »demokratischen« Gesellschaft festzuhalten bzw. dieses Bild nicht infrage stellen zu müssen.

16 http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Pakte_Konventionen/ICERD/icerd_state_report_germany_19-22_2013_CoObs_2015_advanced_en.pdf; letzter Zugriff: 8.10.2015.

17 s. dazu verschiedene Beiträge auf dem Blog »elalem – Diskurse, Macht und Identitäten in der Migrationsgesellschaft« unter <http://elalemelalem.de/tag/diskriminierung-rassismus/>; letzter Zugriff: 8.10.2015.

18 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/054/1805435.pdf>; letzter Zugriff: 8.10.2015.

In welchem Verhältnis steht die neue Helfer-Identität zum staatlich-politischen Handeln?

Für die oben zitierten Statements ist auch typisch, dass darin in Abgrenzung zu den Rassist_innen häufig ein »zivilisiertes« (Marcel Reif)¹⁹, »weltoffenes« (Johanna Wanka)²⁰ und aus »christlicher Pflicht« (Peter Maffay)²¹ helfendes »Deutschland« beschworen wird. »Deutschland packt an! Engagiert, tatkräftig, zuversichtlich! Die Deutschen öffnen ihr Herz. Deutschland hilft!« – so die Ankündigung einer ZDF-Sendung zur deutschen »Flüchtlingshilfe«. Der Trailer²² gleicht einem Imagefilm, der ein deutsches »Helfer-Wir« in Szene setzt.

Dabei sind die Bilder von ehrenamtlichen Helfer_innen vor Erstaufnahmeeinrichtungen, an Bahnhöfen, in Sportvereinen und auf Nachbarschaftsfesten real. Sie setzen bis heute ein optimistisches und konstruktives Gegenbild zu den Abschottungs- und Ausgrenzungsparolen. Beeindruckend ist allerdings auch, wie schnell die Bilder der Helfer_innen die der Heidenau-Rassist_innen, der parallel vielerorts nach wie vor stattfindenden Neonaziaufmärsche und Pegida-Demonstrationen sowie rassistisch-motivierten Brandanschläge von der Bildfläche verdrängten. Innerhalb weniger Tage war plötzlich die Rede von einem Deutschland der »moralischen Autorität« – »So liebe ich Deutschland!²³« und »Deutsch-

19 <http://www.zdf.de/menschen-auf-der-flucht/prominente-engagieren-sich-40052604.html>; letzter Zugriff: 8.10.2015.

20 <http://www.bild.de/politik/inland/fluechtling/hoert-uns-zu-42375908.bild.html>; letzter Zugriff: 8.10.2015.

21 ebd.

22 <http://www.zdf.de/ZDF/zdfportal/programdata/82135b30-88d0-4093-8485-071385ec6b5a/110238cc-2191-479d-92a8-158968d26d1d?generateCanonicalUrl=true>; letzter Zugriff: 8.10.2015.

23 https://www.facebook.com/egonforever/photos/a.196372140395224.47892.160218737343898/1025936207438809/?type=1&__mref=message_bubble; letzter Zugriff: 8.10.2015.

land einig Helferland« sind nur zwei von vielen Hymnen, die bis heute auf das deutsche »Helfer-Wir« gesungen werden.

So wichtig die Gesten und das Handeln praktisch und symbolisch sind, so gilt es diese sowohl gegen eine emotionale Vereinnahmung zu schützen. Denn die gesellschaftliche Etablierung einer solchen Helfer-Identität ist zugleich in mehrerlei Hinsicht problematisch:

Erstens sprechen gegen die Vorzeigeland-Semantik in Sachen Flüchtlingspolitik schlichtweg zu viele Fakten. So nehmen zahlreiche Staaten in Europa und der Welt schon seit vielen Jahren weitaus mehr Geflüchtete im Verhältnis zur Bevölkerungszahl auf – und dies auch unter deutlich schlechteren ökonomischen Bedingungen.²⁴ Auch die Unterbringungssituation für viele Geflüchtete ist nach wie vor vielerorts unwürdig. Aktuell leben tausende Menschen in Lagerhallen ausrangierter Baumärkte ohne jegliche Privatsphäre. Eine dezentrale Unterbringung der Geflüchteten außerhalb von Sammelunterkünften wird dabei auch durch den millionenfachen Abbau von Sozialwohnungen der letzten Jahre erschwert.²⁵ Eine zunehmend räumliche und soziale Segregation von Geflüchteten und sogenannter Mehrheitsgesellschaft ist damit vorprogrammiert.

Nach dem jüngst beschlossenen Maßnahmenpaket der Bundesregierung²⁶ sollen alle Asylsuchenden in Erstaufnahmeeinrichtungen künftig wieder Sachleistungen statt Bargeld erhalten – eine Praxis, die nach jahrelanger politischer Auseinandersetzung²⁷ und

24 <http://mediendienst-integration.de/artikel/globale-migration-deutschland-ist-nicht-einwanderungsland-nummer-zwei.html>; letzter Zugriff: 8.10.2015.

25 http://web.gdw.de/uploads/pdf/publikationen/d_u_t/GdW_Daten_Trends_2014_kurz.pdf; letzter Zugriff: 8.10.2015.

26 http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/v_Dokumente_Dritter/2015-09-06_Ergeb.Koa-Ausschuss-1.pdf; letzter Zugriff: 8.10.2015.

27 <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/08/2014-08-27-asylbewerberleistungsgesetz-kabinet.html>; letzter Zugriff: 8.10.2015.

einem Verfassungsurteil²⁸ bis vor Kurzem noch als abgeschafft galt und die nun wieder als Teil einer Abschreckungs- und Ausgrenzungspolitik fungieren kann. Auch die vielfach dokumentierten Diskriminierungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie im Bildungssystem, von der auch noch die hier bereits langansässigen Eingewanderten sowie ihre Nachfolgegenerationen betroffen sind, sind mit der neu gelebten Willkommenskultur nicht plötzlich verschwunden.

Zweitens geht das ehrenamtliche Hilfesystem mit der Tendenz einher, dass es Bund, Länder und Kommunen nicht nur zeitweise entlastet, sondern dass darüber staatliche Verantwortungsbereiche zunehmend ins Private ausgelagert werden. Die individuelle Tat kann und darf die strukturellen Probleme letztlich jedoch nicht lösen. Darauf weisen auch Johanna Bröse und Sebastian Friedrich in der Zeitung *Analyse und Kritik* kritisch hin.²⁹ Die Autor_innen hinterfragen eine Vorstellung von gesellschaftlicher Solidarität, über welche die »Missstände« zunehmend »auf die Schultern einzelner Engagierter« ausgelagert werden. Zwar könne die »Integration« der Geflüchteten nicht allein staatlichen Institutionen überlassen werden. Letztlich seien es jedoch eben diese Institutionen, welche die Ressourcen dafür zur Verfügung stellen müssten. Hier auf müsse kollektiv stärker gedrängt werden.

Auch der *taz*-Autor Christian Jakob gibt zu bedenken, dass die beste Hilfe letztlich die sei, »die für gleiche Rechte sorgt. Für deren Umsetzung ist der Staat zuständig. Dazu kann man ihn drängen.

28 https://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/ls20120718_1bvl001010.html; letzter Zugriff: 8.10.2015.

29 Bröse, Johanna/Friedrich, Sebastian (2015): Der schmale Grat der Hilfe. Deutschland Die neoliberale Vereinnahmung der Flüchtlingshilfe muss stärker in den Blick genommen werden, in: *analyse & kritik - zeitung für linke Debatte und Praxis*, Nr. 607; http://www.akweb.de/ak_s/ak607/08.htm; letzter Zugriff: 8.10.2015.

Die zweitbeste Hilfe ist die, die bis dahin einspringt – und sich gleichzeitig überflüssig zu machen versucht«. ³⁰ Die aktuell vielfach von Politik und Medien zelebrierten Auszeichnungs- und Anerkennungs-Rituale ehrenamtlicher Helfer_innen scheinen allerdings eher die Bereitschaft zu erhöhen, sich als Bürger_in für das Schicksal der Geflüchteten selbst zu verantworten.

Drittens kann das >Helfer-Wir< einem paternalistischen Diskurs Vorschub leisten. In diesem werden Geflüchtete zu Objekten der Hilfe stilisiert und damit in gewisser Hinsicht in ein individuelles und strukturelles Abhängigkeitsverhältnis zur >Mehrheitsgesellschaft< gebracht. ³¹ Denn wenn die (mehrheits-)gesellschaftliche Akzeptanz und der rechtliche Aufenthaltstitel zunehmend direkt wie indirekt an Integrationsbereitschaft und -fortschritt der Geflüchteten gekoppelt wird, hat die Annahme bestimmter Hilfsangebote nicht mehr viel mit der freien Entscheidung der einzelnen Individuen zu tun. In diesem Zusammenhang lässt sich in Teilen auch beobachten, wie an die Geflüchteten eine bestimmte Erwartungshaltung gerichtet ist, die zwar grundsätzlich vom Verständnis für die besondere Situation der Leute begleitet wird, jedoch auch schnell in Missmut umschwingen kann. Was ist wenn die Person trotz Angebot und expliziter Einladung >einfach< nicht zum Deutschkurs erscheint? Was ist wenn sie einmal nicht >Danke< für den ihr gebotenen Freiwilligendienst sagt? Was, wenn sie sich »nicht zum Amt begleiten oder für ein Theaterstück casten« (s. Fn. 29) lassen möchte? Die Grenzen des Verständnisses und der Hilfsbereitschaft zeigen sich in Teilen auch dann, wenn Geflüchtete sich

30 Jakob, Christian (2015): Ein Sofa ist gut, Respekt ist besser, in: taz, 14.8.2015, <http://www.taz.de/!5220027/>; letzter Zugriff: 8.10.2015.

31 Für eine Übersicht mit weiterführender Literatur zu strukturellem Rassismus und Stereotypisierung, Weißsein und (neo-)kolonialen Verhältnisse, s. http://whi-techarity.de/index_files/Page396.htm oder <http://www.glokal.org/literaturempfehlungen/>; letzter Zugriff: 8.11.2015.

politisch selbstorganisieren, Strukturkritik üben und Rechte einfordern, die über eine warme Mahlzeit und ein Dach über dem Kopf hinausgehen.³²

Über das >Helfer-Wir< entstehen zudem Räume, in denen nicht nur Vorurteile abgebaut, sondern auch gesellschaftlich verankerte stereotype und ausgrenzende Logiken (s. Fn. 30) reproduziert werden können. Kürzlich bekamen wir mit, dass bei einer ehrenamtlich organisierten Spendenaktion in einer Erstaufnahmeunterkunft eine Schwarze Deutsche sowie eine muslimische Deutsche, die ebenfalls zur Unterstützung gekommen waren, schroff von anderen Helfer_innen auf Englisch zurückgewiesen wurden. Es wurde ihnen vermittelt, dass sie als >Geflüchtete< auf der >Helferseite< nichts zu suchen hätten.

Bei der gegenwärtigen Hilfs- und Solidaritätsbereitschaft sollte es um mehr gehen, als einzelnen Pegida-Fans ein >helfendes Wir< gegenüberzustellen. Die Reflexion über die Konsequenzen einer emotionalen Vereinnahmung im aktuellen Flüchtlings(helfer)diskurs kann dabei für strukturelle Veränderungsprozesse konstruktiv gemacht werden. Sie sollte sich dafür mit Fragen über gegenwärtige Diskriminierungs- und Rassismusverhältnisse verbinden, die in erster Linie bei der Gesamtgesellschaft anstatt bei einzelnen (rassistischen) Individuen ansetzen: Inwiefern hängen die aktuelle Einwanderungspolitik, der Helfer-Diskurs und die Stigmatisierung einzelner Flüchtlingsgruppen zusammen? Wie trägt in diesem Kontext struktureller Rassismus dazu bei, den Zugang zu Ressourcen und gesellschaftlicher Teilhabe nachhaltig zu regulieren? Wie können Hilfe, Solidarität und Zusammenhalt in einer Gesellschaft aussehen, damit sie langfristig auch zum Abbau von gesellschaft-

32 Statement der Flüchtlings-Selbstorganisation in Lagern von Rex Osa: »Flüchtlinge haben eine Stimme«, 30.1.2011, <http://www.thevoiceforum.org/node/1966>; letzter Zugriff; 8.10.2015.

lichen Diskriminierungsverhältnissen beitragen? Und wie kann den Geflüchteten ermöglicht werden, sich selbst aktiv in den Diskurs einzubringen und diesen mitzugestalten? Ein Sprechen über die Ambivalenzen des gegenwärtigen Flüchtling(helfer)diskurses kann die Debatte darüber voranbringen.

Flüchtlinge als »Gegenstand« in der Feldforschung?

Forschungsethische Reflexionen zu
Möglichkeiten, Risiken und Limitierungen¹

Ulrike Krause

Seit einigen Jahren ist ein Anstieg von Feldforschungsprojekten in den Sozialwissenschaften in Deutschland zu verzeichnen. Doch wie finden solche Projekte statt? Werden Flüchtlinge zu reinen Gegenständen der Untersuchungen oder können sie in die Forschung involviert werden?

Feldforschung

Seit einigen Jahren nimmt die Feldforschung in den Sozialwissenschaften im Allgemeinen sowie der Flüchtlingsforschung im Spezifischen zu, was Anne Menzel (2014: 365²) als »Feldforschungs-Boom« beschreibt. Die Feldforschung wird als Untersuchungsrahmen von spezifischen Forschungsgegenständen verstanden, bei dem soziale Phänomene in ihren »natürlichen«

1 in einer früheren Version zuerst erschienen am 20.6.2015 auf dem Flüchtlingsforschungsblog; <http://fluechtlingsforschung.net/fluechtlinge-als-gegenstand-in-der-feldforschung/>; in dieser erweiterten Version am 12.10.2015 erschienen auf <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/2015/10/12/fluechtlinge-als-gegenstand-in-der-feldforschung/>.

2 Menzel, Anne (2014): Zwischen Herrschaftswissen und Irrelevanz? Feldforschung und das Ringen mit der Policy-Relevanz, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung 3 (2), 264-83.

Räumen mithilfe unterschiedlicher qualitativer und/oder quantitativer Forschungsmethoden (wie z. B. partizipative Beobachtung, Interviews, Gruppendiskussionen, Umfragen) analysiert werden. Diese Vorhaben können äußerst kosten- und zeitintensiv sein, doch erlangen WissenschaftlerInnen dadurch tiefgreifende Einblicke in die komplexen Zusammenhänge der untersuchten Phänomene und können daraus Erkenntnisse generieren. Obgleich mit dem Begriff der »Feld«-Forschung häufig ferne Länder verbunden werden, können bspw. auch eine Bibliothek, ein Supermarkt oder die Nachbarschaft ein zu untersuchendes »Feld« darstellen.

Mit Blick auf die Friedens- und Konfliktforschung schreibt Susanne Buckley-Zistel (2012: 315³) dass die »Feldforschung dazu [dient], ein besseres Verständnis von Frieden und Konflikten zu gewinnen«. Dies kann äquivalent auf die Zwangsmigrations- und Flüchtlingsforschung und das bessere Verständnis von Flucht, Flüchtlingskontexten und Asyl übertragen werden. Da die Flüchtlingsforschung multi- und interdisziplinär ist, hängt die Art und Weise, wie Feldforschung umgesetzt wird, stark von der disziplinären Verortung und Ausrichtung ab (Krause 2015a⁴). So arbeiten z. B. medizinische und psychologische Studien oft mit Kontrollgruppen, während sozialwissenschaftliche Disziplinen häufig offen(er), explorativ(er) vorgehen.

3 Buckley-Zistel, Susanne (2012): »Ich bin dann mal weg.« Feldforschung im Studium der Friedens- und Konfliktforschung, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung 1 (2), 315-23.

4 Krause, Ulrike (2015a): Eine Forschung über Flüchtlinge? In Deutschland?, in: <http://fluechtlingsforschung.net/eine-forschung-uber-fluechtlinge-deutschland-2/>; letzter Zugriff: 12.10.2015.

Flüchtlinge als Forschungsgegenstand?

In der Flüchtlingsforschung wird seit einigen Jahren zunehmend eine Diskussion darüber geführt, wie Daten über Flüchtlinge in Feldforschungsvorhaben erhoben werden. Dabei wird die Art und Weise kritisch hinterfragt, wie Flüchtlinge in Forschungsprozessen integriert bzw. vernachlässigt werden.

Forschung über Flüchtlinge?

Hinter der Diskussion steht der Vorwurf, dass die Forschung vornehmlich *über* Flüchtlinge stattfindet oder -fand. Dadurch werden Flüchtlinge als Gegenstände der Untersuchungen aufgenommen, auf die sich bestimmte Forschungsfragen beziehen, und über den Informationen gesammelt werden sollen. Allenfalls werden Flüchtlinge jedoch durch verschiedene Interviewformen involviert, sodass sie lediglich als Informationsschatz (aus-)genutzt werden. Dies erscheint grundsätzlich gerechtfertigt und unvermeidlich zu sein, wenn WissenschaftlerInnen Flüchtlinge und ihre Lebensräume erforschen möchten.

Die Kritik der Forschung über Flüchtlinge konzentriert sich allerdings darauf, dass aus diesem Vorgehen eine hierarchische Distanz entsteht oder entstehen kann, die sich in Herrschaftsgefällen von Forschenden auf Erforschte offenbart (Doná 2007⁵). Demnach stehen die Forschenden scheinbar über den zu erforschenden Flüchtlingen, wodurch die »Nutzung« von Flüchtlingen als Datenquellen über einer Interaktion auf Augenhöhe steht.

Roland Girtler (2001: 16, 174⁶) spricht von der »Feldforschung mit Neugier und Abenteuer«, betont aber auch, dass Forschende

5 Doná, Giorgia (2007): The Microphysics of Participation in Refugee Research, in: *Journal of Refugee Studies* 20 (2), 210-29.

6 Girtler, Roland (2001): *Methoden der Feldforschung*, 4. Auflage, Wien.

InformantInnen nicht als Objekte degradieren dürfen und sich ihrer eigenen Rolle bewusst sein müssen. Zudem heben Karen Jacobsen und Loren Landau (2003: 47) hervor, dass Forschende, die Feldforschung in Flüchtlingslagern oder urbanen »Ghettos« in Afrika und Asien durchführen, oft methodische Herausforderungen mit der Suche nach »ground truth« rechtfertigen, obgleich dadurch Schäden verursacht werden können. Sie schlussfolgern, dass die Felderfahrungen keine Entschuldigung für falsche Methoden sein dürfen. Ein solches Vorgehen ist unreflektiert und aus einer Machtposition heraus gefährlich. Denn die Forschenden nehmen es hin, dass durch ihr Handeln Gefahren für die Teilnehmenden produziert werden können.

Die Forschung über Flüchtlinge bedingt somit einer objektivierenden Sicht auf Flüchtlinge (Doná 2007), durch die Flüchtlinge als homogene Masse passiver und hilfsbedürftiger Opfer mit vermeintlicher Geschlechterneutralität dargestellt werden (Krause 2015b⁸), was u. a. Liisa Malkki (1995⁹) und Stephen Lubkemann (2008¹⁰) kritisieren. David Turton spitzt dies mit den Worten zu:

»[...] we risk seeing them as a homogeneous mass of needy and passive victims. The truth is that there is no such thing as the >Refugee Experience< [...], and there is therefore no such thing as the >refugee voice<: there are only the experiences, and the voices, of refugees.« (Turton 2003: 7¹¹)

Doch wie lässt sich dies vermeiden?

7 Jacobsen, Karen/Landau, Loren B. (2003): The Dual Imperative in Refugee Research: Some Methodological and Ethical Considerations in Social Science Research on Forced Migration, in: *Disasters*, 27 (3), 185–206.

8 Krause, Ulrike (2015b): Flüchtlingsfrauen. (Un)sichtbar, (un)sicher und (un)abhängig?, in: <http://fluechtlingsforschung.net/fluechtlingsfrauen/>; letzter Zugriff: 12.10.2015.

9 Malkki, Liisa H. (1995): *Purity and Exile: Violence, Memory, and National Cosmology among Hutu Refugees in Tanzania*, Chicago.

10 Lubkemann, Stephen C. (2008): *Culture in Chaos. An Anthropology of the Social Condition in War*, Chicago.

11 Turton, David (2003): *Conceptualising Forced Migration* (RSC Working Paper Series 12), Oxford.

Forschung mit Flüchtlingen?

Eine zunehmende Anzahl von WissenschaftlerInnen, wie beispielsweise Block et al. (2012¹²), Hugman et al. (2011¹³) sowie Temple und Moran (2011¹⁴), spricht sich anstelle einer Forschung über Flüchtlinge für eine Forschung mit Flüchtlingen aus. Auf der Grundlage der wissenschaftlichen Diskussion unterscheide ich zwischen drei Arten des Einbeziehens von Flüchtlingen in Feldforschungsvorhaben: Interviewen, Involvieren und Konsultieren. Während sich das Interviewen auf die Datenerhebung bezieht, findet beim Involvieren eine Zusammenarbeit bspw. durch gemeinsame Datenerhebung statt. Das Konsultieren rahmt wiederum eine noch intensivere Zusammenarbeit, wobei u. a. gemeinsam mit Flüchtlingen überlegt wird, wie Forschungsfragen im Feld angegangen werden können.

Jeder dieser Ansätze bedarf zweifelsohne spezifischer forschungsethischer Überlegungen, damit die Forschung unbefangen bleibt – wobei an dieser Stelle anzumerken ist, dass jede Forschung von persönlichen Interessengebieten geleitet ist, die gewisse individuelle Neigungen reflektieren, sodass eine vollkommene Objektivität nicht möglich ist. Um mögliche einseitige Tendenzen zu vermeiden, bietet sich die Nutzung von intersektionalen Linien an, wodurch Personen unterschiedlichen Geschlechts und verschiedener Bildungsgrade, Herkunftsregionen, ethischer Zugehörigkeiten etc. systematisch eingebunden werden.

Ob beim Interviewen, Involvieren oder Konsultieren, es ist stets sicherzustellen, dass Flüchtlinge freiwillig an Projekten teil-

12 Block, Karen/Gibbs, Lisa/Riggs, Elisha/Warr, Deborah (2012): Addressing Ethical and Methodological Challenges in Research with Refugee-background Young People: Reflections from the Field, in: *Journal of Refugee Studies* 26 (1), 69–87.

13 Hugman, Richard/Pittaway, Eileen/Bartolomei, Linda (2011): When >Do No Harm< Is Not Enough: The Ethics of Research with Refugees and Other Vulnerable Groups, in: *British Journal of Social Work* 1 (7), 1271–87.

14 Temple, Bogusia/Moran, Rhett (Hrsg.) (2011): *Doing Research with Refugees: Issues and Guidelines*, Bristol.

nehmen und bereitwillig Informationen teilen, und dass sie wissen, dass sie ihre Teilnahme jederzeit beenden können. Mit besonderem Blick auf die involvierenden und konsultierenden Ansätze ist hervorzuheben, dass die Zusammenarbeit auf Vertrauensverhältnissen basiert. Wenn gemeinsam mit Flüchtlingen (konsultierend) Projekte konzeptualisiert werden, müssen die Forschenden nicht nur den Kontext, sondern auch die Personen gut kennen, um Möglichkeiten und Risiken abschätzen zu können.

Möglichkeiten, Risiken und Limitierungen

Obwohl die Planung und Durchführung eines Forschungsansatzes mit Flüchtlingen eine »Herkulesaufgabe« darstellt (Harrell-Bond/Voutira 2007: 296¹⁵), da stets die eigene Rolle im Feld sowie Schadensminimierung und Gefahrenvermeidung vor Augen gehalten werden muss, betonen einige WissenschaftlerInnen, dass ein solcher Ansatz zum *empowerment* (Temple/Moran 2011) und der Förderung der *agency* von Flüchtlingen dienen kann (Mackenzie et al. 2007)¹⁶. Andere WissenschaftlerInnen nehmen sogar an, dass daraus reziproke Vorteilsansprüche für Flüchtlinge entstehen können, da sich greifbare Vorteile für die teilnehmenden Personen ergeben (sollen) (Zwi et al. 2006¹⁷). Ich denke, dass die Forschung mit Flüchtlingen vielfältige Herausforderungen für die Forschenden, vor allem bezüglich der notwendigen Unbefangenheit umfasst, sie aber insbesondere auch die Möglichkeiten bietet, tiefgreifende

15 Harrell-Bond, Barbara E./Voutira, Eftihia (2007): In Search of >Invisible< Actors: Barriers to Access in Refugee Research, in: *Journal of Refugee Studies* 20 (2), 281-98.

16 Mackenzie, Catriona/McDowell, Christopher/Pittaway, Eileen (2007): Beyond >Do No Harm<: The Challenge of Constructing Ethical Relationships in Refugee Research, in: *Journal of Refugee Studies* 20 (2), 299-319.

17 Zwi, Anthony B. et al. (2006): Placing Ethics in the Centre: Negotiating New Spaces for Ethical Research in Conflict Situations, in: *Glob Public Health* 1 (3), 264-77.

Einblicke in Kontexte und Lebenswelten zu erlangen, vielfältige Daten zu erheben und Flüchtlinge als Menschen (und nicht nur als Flüchtlinge oder Forschungsobjekte) zu erfassen.

Doch jede Feldforschung ist unterschiedlich, abhängig von Kontext und Personen. Gerade weil seit einigen Jahren ein Feldforschungs-Boom unter WissenschaftlerInnen wie auch Studierenden in den sozialwissenschaftlichen Feldern zu verzeichnen ist, sind eben diese Kontexte und Personengruppen sorgfältig zu berücksichtigen. Denn Feldforschungsvorhaben in der Zwangsmigrations- und Flüchtlingsforschung finden sehr wahrscheinlich in konfliktiven Räumen statt und können Personen involvieren, die traumatisierende Ereignisse durchlebt haben. Psychologische Studien nehmen an, dass ca. die Hälfte aller Opfer von Vergewaltigungen, Kriegen, Vertreibung und Folter traumatisiert sind und unter Folgestörungen leiden (Flatten et al. 2013: 4¹⁸). Das muss bei der Planung und Durchführung von Feldforschung bedacht werden!

Feldbesuche dürfen daher weder der interessengetriebenen Besichtigung von Not, Elend und Leid noch der abenteuerlustigen Suche nach Grenzerfahrungen in einer Selbstfindungsphase oder der puren Neugier auf fremde »exotische« Länder dienen (was jedwede Feldforschung betrifft). Dabei soll Feldforschung insbesondere in Bereichen wie der Flüchtlingsforschung nur dann umgesetzt werden, wenn es für die jeweilige Forschungsfrage unabdingbar ist und wenn die Forschenden entsprechendes Können mitbringen. Die eigenen Qualifikationen beziehen sich nicht nur auf fachliche Kenntnisse wie Methoden- und Kontextwissen, sondern auch auf persönliche Fähigkeiten und Eigenschaften (bspw. ob man/frau sich in »fremden« Kontexten bewegen kann, kultursensibel ist und nicht zu fordernd auftreten kann).

18 Flatten, Guido et al. (2013): Posttraumatische Belastungsstörungen. Leitlinien und Quellentexte, Stuttgart.

Diese konfliktiven Situationen können Herausforderungen und Sicherheitsrisiken für Forschende mit sich bringen, wozu u. a. physische Unsicherheiten, psychische Belastungen und alltägliche strukturelle Tücken (Transport- und Unterkunftsmöglichkeiten, etc.) gehören, was Francesca Esposito anhand von Inhaftierungslagern in Italien beschreibt (Esposito 2015¹⁹). Vielmehr ist aber das Wohl der Flüchtlinge in den Mittelpunkt zu setzen. WissenschaftlerInnen müssen bedenken, dass Flüchtlinge einerseits Hoffnungen, Erwartungen oder Ansprüche aus ihren Teilnahmen schöpfen können, und für sie andererseits aus der Zusammenarbeit oder auch der reinen Interaktion Nachteile oder gar Gefahren entstehen können. Sowohl die falschen Hoffnungen als auch die Gefahren sind zu vermeiden. Forschungsethisch sind daher Risiken und Nutzen dezidiert abzuwägen, die Sicherheit und Rechte der Teilnehmenden stets sicherzustellen und vor allem die Vermeidung von möglichen Schäden konstant im Blick zu behalten.

In solchen herausfordernden Räumen kann eine Zusammenarbeit mit Flüchtlingen indes auch von großem Vorteil sein. Zum Beispiel können WissenschaftlerInnen mit Flüchtlingen Gesprächsleitfäden erarbeiten oder besprechen, wodurch kulturelle Kontexte berücksichtigt und Schäden oder weitere Traumatisierungen durch die Interviews vermieden werden. Denn die Art und Weise, wie Gespräche gehalten und Fragen gestellt werden, ist kontext- und kulturabhängig. Zudem können Flüchtlinge im Rahmen der Datenerhebung helfen, wodurch andere oder neue Blickwinkel aufgenommen werden können (s. Temple/Moran 2011), die WissenschaftlerInnen ggf. vernachlässigt hätten (wobei auch hier konfliktsensible und forschungsethische Überlegungen wichtig sind).

19 Esposito, Francesca (2015): The Messiness of Research: My Experience as a Young Female Researcher at an Italian Migrant Detention Centre, in: <https://www.law.ox.ac.uk/research-subject-groups/centre-criminology/centreborder-criminologies/blog/2015/03/messiness>; letzter Zugriff: 12.10.2015.

Unabhängig davon, ob Forschung über oder mit Flüchtlingen durchgeführt wird, die Vermeidung von Schäden ist zentral – und das vor, während und nach der Feldforschung. Vor der Feldforschung bezieht sie sich u. a. auf die Wahl passender Methoden und die Aneignung von Kontextwissen; während der Feldforschung u. a. auf den kultursensiblen Umgang, die unparteiliche Wahl von Teilnehmenden und die Sicherstellung, dass aus der Interaktion von Flüchtlingen und Forschenden keine Gefahren für die Flüchtlinge entstehen; während und nach der Feldforschung u. a. auf die anonymisierte Nutzung der erhobenen Daten.

Ein Plädoyer für die Forschung mit Flüchtlingen

Während Feldforschung im Allgemeinen vielfältige Herausforderungen und zu beachtende Aspekte birgt, können WissenschaftlerInnen durch die Zusammenarbeit mit Flüchtlingen tiefgreifende Einblicke und Daten gewinnen. Damit das kritisierte Machtgefälle minimiert werden kann und Flüchtlingen vielmehr auf Augenhöhe begegnet wird, bedarf es Vertrauen und Zeit, um gemeinsam zu arbeiten. Wenn Flüchtlinge Daten erheben und bspw. Interviews führen, sind auf mögliche Spannungsverhältnisse zu achten. Zudem ist stets offen zu legen, worauf Forschungsprojekte abzielen, um Missverständnisse und falsche Hoffnungen zu vermeiden.

Durch die Zusammenarbeit wird es einerseits WissenschaftlerInnen ermöglicht, mehr über Flüchtlinge als Personen in ihren individuellen Kontexten und Lebenslagen zu erfahren. Obwohl manche Informationen ggf. über die ursprünglichen Forschungsfragen hinausgehen, erreichen WissenschaftlerInnen ein weiterführendes Verständnis der komplexeren Zusammenhänge und Phänomene. Andererseits können sich Flüchtlinge engagieren, Wissen und Ideen einbringen und werden als Subjekte (nicht »nur« als Untersuchungsobjekte) anerkannt. Denn unabhängig davon wo

Flüchtlinge fliehen, sie sind ebenso vielfältig und besitzen diverse Fähigkeiten und Kenntnisse wie alle anderen Menschen weltweit.

Letztlich sind WissenschaftlerInnen mithilfe dieser tiefgreifenden Informationen in der Lage, als Sprachrohr für die häufig »unsichtbaren Akteure« zu agieren (Harrell-Bond/Voutira 2007²⁰), Erkenntnisse in Wissenschaft und Praxis zu tragen, Debatten anzuregen und ggf. zur Verbesserung der Situationen beizutragen (Jacobsen/Landau 2003: 1-2).²¹

20 Harrell-Bond, Barbara/Voutira, Eftihia (2006): In Search of »Invisible« Actors: Barriers to Access in Refugee Research, in: Journal of Refugee Studies 20 (2): 281-298.

21 Das Forschungsprojekt »Genderbeziehungen im begrenzten Raum. Bedingungen, Ausmaß und Formen von sexueller Gewalt an Frauen in kriegsbedingten Flüchtlingslagern« wird am Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg durchgeführt und durch die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) unterstützt, bei der sich die Autorin hiermit vielmals bedankt.

EU-Subventionen als Fluchtursache¹

Heribert Prantl

Migration ist eine Tatsache in einer Welt, in der Kriege und Globalisierung massenhaft Lebensräume zerstören. Natürlich darf man die Zerstörungen und Verwüstungen nicht als gottgegeben hinnehmen. Im Irak etwa ist ja nicht der liebe Gott einmarschiert, sondern die Amerikaner haben das getan. Natürlich muss man schauen, wie man wieder zu erträglichen Zuständen in Syrien kommt, natürlich muss man alles tun, um Flüchtlinge wieder zu Ländern machen, in denen Menschen leben können. Man muss etwas tun gegen die Fluchtursachen, auch wenn das sehr schwer ist. Im Fall Syrien heißt das, dass man auch mit Assad reden muss.

Zur Fluchtursachenbekämpfung gehört eine restriktive Waffenexportpolitik und eine neue Handelspolitik. Wir lassen unsere Kleidung unter erbärmlichen Umständen in Asien herstellen, was der Textilindustrie hierzulande nicht eben gut tut. Diese Kleidung geht dann später als Secondhand-Spende nach Afrika, wo dann wiederum die dortige Textilindustrie den Bach heruntergeht. Ist das nicht pervers?

Es gibt auch Mittel, die Verhältnisse in den Hungerstaaten Afrikas zu verbessern: gerechten Handel. Solange europäische Butter in Marokko billiger ist als die einheimische, solange französische

¹ online erschienen am 15.10.2015 auf <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/2015/10/15/eu-subventionen-als-fluchtursache/>.

sisches Geflügel in Niger weniger kostet als das dortige, solange schwimmende Fischfabriken vor den Küsten Afrikas alles wegfangen, was zappelt – solange muss man sich über den Exodus aus Afrika nicht wundern.

Die EU-Subventionspolitik ist eine Politik, die Fluchtursachen schafft. Sie sorgt für schmutzige Flecken auf der Weste der Friedensnobelpreisträger-Union. Gegen diese falsche Politik helfen keine neuen Mauern und keine Flüchtlings-Auffanglager an den Küsten.

Beyond #refugeeswelcome: The Spectre of Racist Violence and Lessons from Refugee Resistance in Germany¹

Joshua Kwesi Aikins and Daniel Bendix

The text reframes the current debate about refugees in Germany by contrasting Germany's recent history of racist violence and limitations of asylum laws with the resistance and agency of refugee movements across Germany. Both provide an important lens to re-examine the simultaneous heralding of »welcome culture«, a sharp rise in arson attacks on asylum centres and the current legislative roll-back of refugee rights in Germany. In bringing these perspectives together the text offers a corrective of both the current image of Germany as a welcoming champion of refugee rights and the problematic notion of refugees as objects of German policies and civil society »help« rather than subjects with a long history of resistance in Germany.

Refugees claiming their voice

In 2012, several refugees in the city of Würzburg stitched up their mouths to protest against the lack of response to their political demands.² Four demands have been at the core of the reinvigorated

¹ published on November 9, 2015, at <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/2015/11/09/beyond-refugeeswelcome-the-spectre-of-racist-violence-and-lessons-from-refugee-resistance-in-germany/>.

² Godoy, Julio (2012): Asylum Seekers Protest in Silence, in: Global Issues, 13.6.2015, <http://www.globalissues.org/news/2012/06/13/13995>; last accessed 9.11.2015.

refugee movement ever since: Germany should abolish all *Lager* (refugee detention centres), stop all deportations, abolish mandatory residence law (*Residenzpflicht*) and guarantee refugees the right to work and to study. This particular act sought to politicise a voicelessness that resulted from violent refusals to listen. It was a silence that still demands to be heard, an act that still demands to be read – it is one of many refugee actions are worth re-listening to in Germany’s current climate of *Willkommenskultur* (literally »welcome culture«). This sentiment – partly decreed idea, partly popular sympathy – often seems much more concerned with the capacity of Germans to »welcome« and »cope« with the »influx« and attendant »changes« rather than refugees’ perspectives and harrowing experiences – not just in faraway places, but in Germany as well. The refugee movements long-standing critique of German asylum law and the many discriminatory regulations and practices governing the legal limbo in which many asylum seekers have been finding themselves for years has gained visibility in recent years – yet in recent months, it has been eclipsed by self-referential majority concerns. This happens the very moment refugee’s critique should be at the centre of current debates.

Refugees are welcome as silent objects in need of German competence and care – not as diverse subjects with rights that cannot be subjected to political expediency. The trope of the refugee fleeing remote barbarity and being in need of German saviours is ripe with colonial and orientalist overtones of a white European self defining itself in contrast to an inferiorised other. Germans of Color and Black People in Germany experience both sides of that coin in everyday interactions: They are »welcomed« as refugees, strangers offer food or clothes or hand them multi-language »refugee advice« columns ripped from newspapers, and/or insult them for »invading the country«. There is an apparent need on both ends of the spectrum to have refugees conform to expectations – refugees as real people

and their concerns remain hidden behind masks of projections. The resulting speechlessness is reminiscent of the colonial mask that colonisers forced onto the colonised to stop them from speaking out, from asserting their status as subjects, as humans.³

The German refugee movement that was reinvigorated by the suicide of Iranian refugee Mohammad Rahsepar in a *Lager* in early 2012⁴ is particularly relevant to understand the current situation in Germany. Convinced that the master's tools – individualised recourse to the courts and bureaucratic labyrinths – will never dismantle the master's house, refugees from all over Germany defied mandatory residence law, mobilised across *Lager* and set out on a protest march from Southern Germany to the federal capital, insisting that they must be present and visible where decisions about their lives are being made. They occupied public spaces, buildings, embassies, churches, trees and roofs in Berlin, Munich, Hamburg and Hannover, took to hunger strikes etc.⁵ The protesters not only ripped off the masks that the German state (and society) forced them to wear, but also made themselves heard: People all over Germany (and beyond) were inspired by the protesters perseverance, creativity, and political lucidity.

The Spectre of the 90s

Rather than this resistance and the clearly articulated demands of refugees, the history of racist, anti-refugee violence which came to

3 Kilomba, Grada (2010): The Mask, in: <http://gradakilomba.com/essays/the-mask/>; last accessed 9.11.2015.

4 <http://thevoiceforum.org/node/2445>; last accessed 9.11.2015.

5 see <http://www.thelocal.de/2014/07/09/refugees-stage-sit-in-protest-at-top-of-berlin-tv-tower>; <https://www.rt.com/news/berlin-sudanese-refugee-tree-032/>; Oltermann, Philipp (2014): Asylum Seekers in Standoff with Police at Berlin Protest, in: The Guardian, 30.6.2015, <http://www.theguardian.com/world/2014/jun/30/berlin-protest-asylum-seekers-kreuzberg-police-standoff>; http://www.refugeentaction.net/index.php?option=com_content&view=article&id=245:press-release-50-asylum-seekers-on-hungerstrike-munich&catid=2&Itemid=132&lang=de; last accessed 9.11.2015.

head in the recently reunified Germany of the early nineties provides an important reference point for current debate: Increasing arson attacks on asylum centres and racist pogroms such as Rostock-Lichtenhagen, where hundreds of right-wing extremists attacked Mecklenburg Pommerania's central asylum shelter, cheered on by about 3000 onlookers⁶, where cited as important justification for claims that Germany had »reached capacity« and needed to change its asylum law. The resulting »asylum compromise« legislation severely restricted German asylum law through the introduction of the concept of »safe countries«. This enables Germany to send refugees who passed through ostensibly »safe countries« on their way to Germany back to claim asylum in the first »safe country« they entered on their route. Racist violence euphemised as »concerns of the citizenry« had paid off – and does so still and again:

We witness an unprecedented roll-back of anti-migrant policies in Germany, particularly against Roma people from the Balkans fleeing persistent racist discrimination, and people escaping poverty: several countries are deemed safe countries of origin, *Lager* control is reinforced, incarceration and deportations facilitated, and asylum rules are made even stricter. A sharp rise in arson attacks on asylum centres this year occasions sombre warnings about the need to ensure that the »mood« of the population must not be soured by »overtasking« the citizenry. Perfidiously, political parties across the spectrum, media, and large spectra of society, also demand deportations and worsening of living conditions for all migrants not considered »proper« refugees in the name of Germany's »welcome culture« for »real« asylum seekers.⁷ In both the smouldering remains of burned asylum homes and the political manoeuvres that

6 https://en.wikipedia.org/wiki/Rostock-Lichtenhagen_riots; last accessed 9.11.2015.

7 Danielzik, Chandra-Milena (2015): Entferntes Kopfzerbrechen über Willkommensweltmeister und andere Verwirrungen, in: <http://www.glokal.org/entferntes-kopfzerbrechen-ueber-willkommensweltmeister-und-aendere-verwirrungen/>; last accessed 9.11.2015.

follow, the spectre of the 90s looms large: 104 attacks against asylum homes have been registered this year – four times as many as last year, and November and December are still to come. Crimes against asylum homes, which include the incitement of racial hatred have risen to more than 637 – more than three times higher than last year. A first batch of legislation to tighten German asylum law was passed in July, followed by another set of restrictive changes in October. A cabinet agreement on further measures was hailed by Horst Seehofer, head of coalition member party CSU as »harshesht measures ever to limit the intake of refugees in Germany«.⁸

A History of Resistance

Against this backdrop, the activities of self-organised refugees in Germany since the 1990s offer an instructive history of resistance. Part of a larger context of immigrant and minorised struggles against racism in post-War Germany (e.g. the Ford strike⁹), refugees have asserted their rights again and again. Self-organisations such as the *Refugee Initiative Brandenburg* brought their critique of isolation and human rights violations in German asylum homes to international attention. Other refugee organisations such as *The Voice*, *Karawane* and *Refugee Emancipation* have developed strategies to reach out to refugees and invite them to join a political struggle for human rights and against planned marginalisation, de-skilling and denial of health care in German asylum homes.

Resistance has included solidarity action in which discriminatory practices of provisioning refugees have been undermined: Using refugees »cash cards« which would only buy a predefined set

⁸ <https://www.tagesschau.de/inland/fluechtlinge-1223.html>; last accessed: 9.11.2015.

⁹ <http://www.mangoes-and-bullets.org/der-fordstreik-1973-kaempfe-von-gastarbeitenden/>; last accessed 9.11.2015.

of goods at specific branches of expensive grocery chains, activists organised solidarity shopping events where citizens would buy their groceries with refugees' cards and give them the money, thus fighting against paternalism and stigmatisation. This resulted in states like Berlin ending the practice and reverting to cash payments.

In many ways, the above mentioned rise in coordinated refugee action since 2012 rests on this longer tradition of self-organisation. They address the full gamut of the refugee experience: from the reasons to flee, including Western and German arms sales to repressive regimes, volatile regions and war zones, to the large and small dehumanisations of the *Lager* system and everyday as well as institutional racism in Germany. They organise skill sharing, language courses and internet connectivity in asylum homes, speak out against racism in district, state and federal refugee policies and invite people with and without refugee status to join in direct action on all of the above. By asserting the importance of self-representation and self-organisation, refugees were able to confront, critique and sidestep the isolation in which they were kept by design.

Only non-demanding refugees welcome

In May of this year, Angela Davis visited Berlin and made clear that she considered the refugee movement »the movement of the 21st century«.¹⁰ While the refugee protests had managed to gain access to mainstream media over the years and to shift the discourse on migration, asylum and refugees slightly, this was swept away in the wake of German societies' responses to past months' migration. Thousands of Germans offered their support to newly arrived migrants and Germany is widely considered the welcoming champion. Even Germany's leading tabloid *Bild* started a campaign »We help

¹⁰ <https://iwspace.wordpress.com/2015/05/16/angela-davis-in-berlin-may-2015/>; last accessed 9.11.2015.

– #refugeeswelcome<< – wearing this slogan had hitherto been reserved for the radical left and could easily get you in trouble with either the police or right wing agitators.

We believe that the colonial mask mentioned above is being put back on the refugee through the charity dimension of the *Willkommenskultur* hype: It »prevents her/him from revealing those truths, which the white master wants »to turn away«, »keep at distance« at the margins, invisible and »quiet«.<<¹¹ Politically vocal and active people without German citizenship or residence permit are uncomfortable for people who want to stay in control and power. Rather than thanking Germany for its supposed generosity, the refugee movement in Germany has not tired to point out the past and present interconnectedness of prosperity and peace in Germany with poverty and war in other parts of the world: it scandalizes neocolonial resource extraction from the Global South¹² and weapon exports, and generally calls for resistance against nationalist, racist, capitalist border regimes.¹³ It is uncomfortable for German majority society to be faced with people as (political) subjects who frame their demands from a postcolonial perspective, who speak out against rampant racism across German society, and who refuse to differentiate between socio-economic and political refugees by pointing out that economic questions are also political.

Conclusion: From Help to Solidarity

Which path Germany will follow might depend on which experiences become a reference point in current debates: the looming spectre

¹¹ Kilomba 2010; s. Fn. 2.

¹² Bahar, Adam (2015): *Between Two Fires: A Migrant's Fight for a Place in Germany*, in: <http://africasacountry.com/2015/03/between-two-fires-a-migrants-fight-for-a-place-in-germany/>; last accessed 9.11.2015.

¹³ Langa, Napuli (2015): *About the refugee movement in Kreuzberg/Berlin*, in: <http://movements-journal.org/issues/02.kaempfe/08.langa--refugee-movement-kreuzberg-berlin.html>; last accessed 9.11.2015.

of the 1990s or the history of refugee resistance. Past and present experiences of refugees in Germany as well as the clear demands of their self-organisations need to be injected into *Willkommenskultur* (>>welcome culture <<) by those who decide to >>help<< and elect to actually listen to refugees. They have long made clear what *The Voice* activist Rex Osa has reiterated in a recent interview¹⁴: What refugees demand is that the notion of >>help<< needs to include support for self-organisations of refugees and requires a double perspective: it is important to look at both reasons for people to flee and the racism they experience in Germany. In doing so, the status quo of self-congratulatory paternalistic help can be transcended towards a dialogical, political solidarity.

¹⁴ Osa, Rex (2015): >>Flüchtlinge sind keine Babys<<: Es braucht Solidarität und Räume statt alter Kleider, in: Radio Dreyeckland, 22.10.2015, <https://rdl.de/beitrag/fl-uchtlinge-sind-keine-babys-es-braucht-solidarit-t-und-r-ume-statt-alter-kleider>; last accessed 9.11.2015.

Too much pressure.

Germany seen from the perspective of a migrant seeking work¹

Rukaya K. (*Project.Shelter*)

I came to Frankfurt four months ago. Before that, I had lived in Trentino, Italy, for 14 years. But with the European economic crisis, everything has become difficult; I finally lost my job and decided to go to Germany to give it a new try. Everybody knows that in Germany there are much better chances to get work because the economy doesn't have such big problems like in Italy, Greece and Spain.²

As I am registered in Italy and not here, I don't have any right concerning accommodation or other social security benefits.³ A lot of people like me have to live on the streets, you can see them sleeping on the meadows of the river Main and under the bridges. *Project.Shelter*, a local project organizing private rooms and apartments for homeless migrants that are ignored by the state⁴, provided me a temporary room. As I could only stay there for a couple of weeks, I had to move to several other places during the last months. Now, finally, they found a more permanent place for me

1 published on November 5, 2015, at <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/2015/11/05/too-much-pressure-germany-seen-from-the-perspective-of-a-migrant-seeking-work/>.

2 <http://ngm.nationalgeographic.com/2015/03/two-cities/crisis-graphic>; last accessed 5.11.2015.

3 <http://www.proasyl.de/de/themen/eu-recht/dublin-ii-verordnung/>; last accessed 5.11.2015.

4 <http://www.projectshelter.net>; last accessed 5.11.2015.

and I am living with a German woman whose kids have moved out of the house already. Many others were not that lucky. Now, that winter is coming, it's getting even tougher to stay on the streets at night. If the project's claim for a self-administered center for migrants in Frankfurt keeps being ignored by the officials, people are going to freeze to death.

In Germany, the system is very tough and everything is very complicated. As you have no chance to manage all the administrative things by yourself, you are totally dependent on local people helping you voluntarily. Thankfully, I got to know a student working for the project *Teachers on the Road*⁵, who accompanies me to my appointments at *Ausländerbehörde* (Foreigners' Registration Office), *Jobcenter*, etc., and acts as my interpreter.

Without knowing the language, you are like a blind person. The officials always tell me I'd have to learn German before I get a job. But they don't understand that it's a vicious circle: I already speak English, Italian, Twi and other languages spoken in Ghana. To learn a new language, you need some quiet mind. Before you are able to do such mental work, you need to fulfil your basic needs. How can you concentrate on learning such a difficult language if you don't even have a fixed place to sleep and you don't know how to go on tomorrow? It's just too much pressure.

When you come to the *Ausländerbehörde*, you don't even get the chance to speak⁶ – they just tell you that they won't talk to you unless you come back with an interpreter: „Lady, go away and try to find someone who speaks German!“. That place is a *foreign* office dealing with foreigners all day – and they are not even willing to speak English! I don't expect them to speak to me in my mother

5 <https://nksnet.wordpress.com/teachers-on-the-road/>; last accessed: 5.11.2015.

6 Schnase, Simone (2015): Sprachlose Willkommenskultur. Kein Deutsch, keine Hilfe, in: taz, 19.2.2015, <http://www.taz.de/!5019537/>; last accessed 5.11.2015.

tongue, it's just English and they probably know it all. They always know what I've said before my interpreter has even started to translate. But they just refuse to take notice of you if you come without an interpreter – just as a matter of principle.

But even if you have managed to get to know people and, maybe, join a project like *Project.Shelter*, it's not easy to find someone who always has the time to join you in the waiting line. Sometimes you sit there for hours – and when they finally call you, it turns out that you have to return another day because some employee responsible is not there that day or has already left the office. I don't even think it's a matter of racism or something like that. It's just wickedness. When you go to the authorities, you can either be lucky and be attended by a friendly person, or you are unlucky and get the mean ones that just don't like strangers. These ones use the laws very arbitrarily, depending on whether they like you or not. I don't know how it is for other foreigners who have a refugee status, but I really have the feeling that they treat me like this because they don't want me to come here »just« to find work and start a new life.

I also had some medical problems and needed a surgery on my knee. I went to two medical practices but after a while, they refused to treat me. They said that my *European Health Insurance*⁷ would have expired. But that wasn't true, you could even see it on my card. Once, when I came three minutes late for an appointment, they refused to talk to me – even though I was crying from pain and telling them that I didn't do it on purpose. The next time, I was in time but they let me wait for half an hour without even apologizing.

I finally found a hospital that agreed to medicate me and three weeks ago I finally got my knee operation. But the day the other

7 <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=559>; last accessed: 5.11.2015.

practice sent me away, I regret that I had come to Germany. Is such a behavior just a matter of the employees' personal wickedness? Or is it rather a more general, strategical thing; a political directive from above that aims at making migrants want to leave?

I had to leave my son in Ghana, he's with my sister right now. Especially for women, the situation is really hard. I came to Germany because I wanted to get a chance to start a new life here and find decent work. As soon as I have a job and enough money to care for him, I will fly to Ghana and try to get my son here, so he can finally be by my side. Without *Project.Shelter*, I would not know what to do and how to go on with my life. I'd give up and go back to Ghana. The whole system is just too tough. There's just too much pressure to take.

»Kunst ist zwecklos«

Zur Rolle politischer Kunst angesichts von Migrations- und Flüchtlingspolitik¹

Lisa Bogerts

Kritik an der restriktiven europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik äußert sich nicht nur in Form von rein politischen Initiativen, sondern auch durch zahlreiche Kunstprojekte. Der Beitrag setzt sich anhand des Berliner Zentrums für Politische Schönheit (ZPS) mit kritischer Kunst und Kritik an derselben auseinander. Er plädiert dafür, die Potenziale politischer Kunst dafür anzuerkennen, in der aktuellen Situation politisches Bewusstsein zu stärken und Widerstand sichtbar zu machen.

»Aggressiver Humanismus«

Papierboote gegen die Flüchtlingskrise falten? Der »Eskalationsbeauftragte« und der »Chefunterhändler« des Zentrums für politische Schönheit (ZPS), Stefan Pelzer und Philipp Ruch, greifen diese symbolische Aktion einer Kampagne von Amnesty International (AI)² in einem Vortrag scharf an.³ In der aktuellen Situation

1 online erschienen am 13.11.2015 auf <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/2015/11/13/kunst-ist-zwecklos/>.

2 <https://www.amnesty.de/2014/8/28/sei-dabei-dein-boot-fuer-fluechtlinge>; letzter Zugriff: 13.11.2015.

3 Pelzer, Stefan/Ruch, Philipp (2014): Mit Kunst die Gesellschaft hacken, in: https://media.ccc.de/v/31c3_-_6584_-_de_-_saal_2_-_201412271400_-_mit_kunst_die_gesellschaft_hacken_-_stefan_pelzer_-_philipp_ruch#video; letzter Zugriff: 13.11.2015.

an den europäischen Außengrenzen seinen keine »Bastelnachmittage« oder Stände in der Fußgängerzone gefordert, sondern ein »aggressiver Humanismus«. Das ZPS macht derweil mit bemerkenswerten Aktionen von sich reden, wie mit der »Kindertransporthilfe des Bundes« für syrische Kinder, dem »ersten europäischen Mauerfall« gegen das Sterben an den EU-Außengrenzen, der symbolischen Gräberaktion »Die Toten kommen« oder jüngst dem Entwurf der »Jean-Monnet-Brücke« von Tunesien nach Sizilien.⁴ Man stelle sich vor, so Ruch und Pelzer, was das ZPS mit solch immensen Mitglieder- und Unterstützerzahlen wie AI sie hat – derzeit über 3 Mio. weltweit⁵ – alles erreichen könnte.

Welche Strategie soll man nun, auch im Hinblick auf das eigene Engagement, gutheißen? Diese Frage sollte sich nicht stellen, handelt es sich doch schließlich um zwei grundsätzlich verschiedene Aktivismusformen. Die Palette des Widerstands ist breit, sie reicht von stillen und alltäglichen⁶ sowie diskursiven Formen⁷ über Engagement im Rahmen der legalen, politischen Spielregeln (Petitionen, Demonstrationen, Streiks etc.) bis hin zu solchen Widerständen, die die Regeln des »Systems« ablehnen und entweder zivilen Ungehorsam ausüben oder ihre Kritik gewaltsam äußern.⁸

AI möchte als Verhandlungspartnerin der hohen Politik anerkannt werden und Einfluss ausüben, während sich das ZPS für medienwirksamere Formen der Grenzüberschreitung entschieden

4 <http://www.politicalbeauty.de/aktionen.html>; letzter Zugriff: 13.11.2015.

5 <http://www.amnesty.eu/en/about-amnesty-international/#.VnfG2VLGVIR>; letzter Zugriff: 13.11.2015.

6 siehe u. a. de Certeau, Michel ([1980] 1989): *Die Kunst des Handelns*, Berlin; Scott, James C. (1990): *Domination and the Arts of Resistance: Hidden Transcripts*, New Haven, CT.

7 Bhabha, Homi K. (1994): *The Location of Culture*, London.

8 Daase, Christopher (2014): Was ist Widerstand? Zum Wandel von Opposition und Dissidenz, in: <http://www.bpb.de/apuz/186866/was-ist-widerstand?p=allX>; letzter Zugriff: 13.11.2015.

hat. Solche Aktionen würden die 3 Mio. AI-Mitglieder, von denen überhaupt nur ein Teil aktiv ist, wahrscheinlich niemals alle unterstützen. Zudem hat sich die Schaffung von internationaler Öffentlichkeit für die Inhaftierung politischer Gefangener und mit ihr die Aktionsform der »Eilaktion« (*Urgent Action*⁹) jahrzehntelang als effektives Druckmittel erwiesen. Ein selbstgefälliges *blaming* von AI dafür, was sie an den EU-Außengrenzen »nicht verhindert« habe (O-Ton Ruchs), dient wohl vor allem dafür, den radikalen und neuartigen Aktivismus des ZPS hervorzuheben.

Die KünstlerInnengruppe des ZPS bezeichnet sich als »Sturmtruppe zur Errichtung moralischer Schönheit, politischer Poesie und menschlicher Großgesinntheit«¹⁰. Sie betreibe »eine parallele (schönere) deutsche Außenpolitik, die auf Menschlichkeit als Waffe setzt« – und auf die Kunst, »als fünfter Gewalt im Staate«. Ob nun der Bezug auf die »fünfte Gewalt im Staate« auf die Macht der Medien bzw. die Wichtigkeit der gekonnten visuellen und medialen Inszenierung der Kampagnen anspielen soll oder nicht – es lohnt sich, der Frage nach dem Stand und der tatsächlichen Machtpotenziale der politischen Kunst angesichts der aktuellen europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik nachzugehen.

Vom Theater bis zur »sozialen Plastik«

Das ZPS, das seine performativen Kampagnen als »eine erweiterte Form von Theater«¹¹ bezeichnet, wagte mit dem Theaterstück »2099« in Dortmund nun auch den Sprung auf die tatsächliche Theaterbühne.¹² Im Gegensatz zu dieser Produktion, die mit vier

9 <https://www.amnesty.de/urgent-actions-0>; letzter Zugriff: 13.11.2015.

10 http://www.politicalbeauty.de/Zentrum_fur_Politische_Schonheit.html; letzter Zugriff: 13.11.2015.

11 ebd.

12 <http://www.theaterdo.de/detail/event/16271/>; letzter Zugriff: 13.11.2015.

weißen, deutschen Männern besetzt ist, beziehen andere Theaterproduktionen Geflüchtete direkt mit ein. Ein Beispiel dafür ist das »Ruhrorter«-Projekt in Mülheim, das seit 2012 dafür arbeitet, »mit den Mitteln der performativen Kunst und der forschenden Dokumentation ein öffentlich sichtbares und erfahrbares Korrektiv gegen die unmenschliche Kategorisierung und Ausgrenzung von Flüchtlingen – sowohl in der Bürgergesellschaft, als auch in den Medien und der dokumentarischen Kunst – zu entwerfen.«¹³

Als Pionier des erweiterten Theaterbegriffs in Bezug auf Migrationsfragen gilt auch Christoph Schlingensief, der schon vor 15 Jahren mit seinem »Ausländer raus«-Container in der Wiener Innenstadt verstörte.¹⁴

Auch in der bildenden Kunst wird das Thema der Geflüchteten reflektiert. So war im deutschen Pavillon der Biennale 2015 in Venedig der Fotograf Tobias Zielony mit einem dokumentarischen Fotoprojekt über das Leben afrikanischer Geflüchteter in Deutschland und ihre Proteste am Berliner Oranienplatz vertreten.¹⁵ Der von den niederländischen Antillen stammende Künstler Gerald Steven Pinedo stellt in seinem »Boat People«-Projekt mithilfe von Fotos und Interviews den harten Weg afrikanischer MigrantInnen nach Europa dar und zieht Rückschlüsse auf das Erbe der Sklaverei und den Kolonialismus.¹⁶

Einen eher aktivistischeren als dokumentarischen Weg schlug die kubanische Künstlerin Tania Bruguera ein: Im Rahmen ihres län-

13 https://www.muelheim-ruhr.de/cms/ruhrorter_-_ein_theater-_und_kunst-projekt_stellt_sich_vor.html; letzter Zugriff: 13.11.2015.

14 <http://www.schlingensief.com/projekt.php?id=t033>; letzter Zugriff: 13.11.2015.

15 <http://www.deutscher-pavillon.org/2015/>; letzter Zugriff: 13.11.2015.

16 Maurer, Andrea Judith (2009): Boat People. Ein Künstlerprojekt zeigt das Elend der Flüchtlinge, in: 3sat Kulturzeit, Juli 2009, <http://www.3sat.de/page/?source=/kulturzeit/themen/135914/index.html>; und <http://www.gerald-pinedo.com/Gerald-Pinedo.2+M52087573abo.0.html>; letzter Zugriff: 13.11.2015.

gerfristigen Projekts »*Immigrant Movement International*«¹⁷ forderte sie 2014 Papst Franziskus mit einer Unterschriftenaktion dazu auf, allen nach Europa Geflüchteten die vatikanische Staatsbürgerschaft anzubieten (»*The Francis Effect*«). Die griechische Künstlerin Kalliopi Lemos ließ schon 2009 türkische Holzboote, die mit Geflüchteten aus dem Nahen Osten an der griechischen Küste gestrandet waren, zu einem 13 Meter hohen Turm vor dem Brandenburger Tor stapeln.¹⁸

Abseits des etablierten Galeriebetriebs wird die aktuelle Situation auch in der Street Art thematisiert, wie nicht nur die allgegenwärtigen »*Refugees Welcome*«-Sticker, sondern auch die Nachbildung eines bulgarischen Grenzzauns durch das Kollektiv *Captain Borderline*¹⁹ und zahlreiche andere Aktionen zeigen. Der berühmte Street Artist Banksy, der wohl mittlerweile zwischen Straßenkunst und Galeriegeschäft oszilliert, konfrontierte in seinem Realitäts-Funpark *Dismaland* die BesucherInnen mit Geflüchtetenbooten statt mit weißen Schwänen auf dem Parkteich.²⁰

Andere Projekte gehen die Herausforderung gleich konkret in einer breiteren, praktischeren Perspektive an. Ein bekanntes Beispiel dafür ist das Augsburger *Grandhotel Cosmopolis*, das sich im Sinne Joseph Beuys' als »soziale Plastik« in der Stadtgesellschaft versteht.²¹ In diesem Hotel wohnen nicht nur »Gäste mit Asyl« zusammen mit »Gästen ohne Asyl«. Entgegen der geläufigen

17 <http://www.taniabruguera.com/cms/486-0-Immigrant+Movement+International.htm>; letzter Zugriff: 13.11.2015.

18 http://www.adk.de/de/presse/pressemitteilungen.htm?we_objectID=24872; letzter Zugriff: 13.11.2015.

19 <http://captainborderline.org/asignl-gallery/installation-der-zaun-de-fence-duesseldorf-40-grad-festival/>; letzter Zugriff: 13.11.2015.

20 Alleyney, Allyssia (2015): Welcome to Dismaland: Banksy's New Grotesque Art Theme Park, in: CNN, 20.8.2015, <http://kutv.com/news/offbeat/welcome-to-dismaland-banksys-new-grotesque-art-theme-park>; letzter Zugriff: 13.11.2015.

21 <http://grandhotel-cosmopolis.org/de/konzept/>; letzter Zugriff: 13.11.2015.

Struktur von staatlichen »Flüchtlingsheimen«, die die Anwesenden zur Passivität verdammt, wird das Haus von den BewohnerInnen gemeinsam betriebenen, mitsamt der Atelierräume für KünstlerInnen, gastronomischen Angeboten und Kulturveranstaltungen von Konzerten bis Theaterproduktionen.

»Artivismus« und die Macht der Bilder

Die besondere Beziehung von Kunst und Politik ist ein viel beachtetes Phänomen. Spätestens seitdem der Maler Gustave Courbet als Mitglied der kommunistischen Pariser Kommune 1871 am Sturz der Vendôme-Säule beteiligt war²², fasziniert das Bild des revolutionären Künstlers die Kunstgeschichte. In seinem Buch »Kunst und Revolution. Künstlerischer Aktivismus im langen 20. Jahrhundert« (2005)²³ zeichnet Gerald Raunig auf Grundlage einer poststrukturalistischen Revolutionstheorie künstlerisch-aktivistische Praxen – leider nur in Europa – nach. Darin zitiert er auch den marxistisch-propagandistischen Kulturpolitiker Anatoli Wassiljewitsch Lunatscharski mit den Worten:

»Umgekehrt ist die Kunst als Mittel der Revolution vor allem durch ihre Funktion bei der Agitation der Massen und als geeignete Form des Ausdrucks revolutionärer Politik bestimmt: ‚Wenn die Revolution der Kunst die Seele geben kann, so kann die Kunst zum Mund der Revolution werden‘ (Lunatscharski [1920] 1974: 26).« (Raunig 2005: 10)

Etwas weniger pathetisch ausgedrückt kann diese Behauptung auch noch heute gelten. Der etablierte Begriff des »Artivismus« zeigt, dass es längst eine Hybrid-Form zwischen Kunst und

22 <https://1870to1918.wordpress.com/2014/02/24/gustave-courbet-and-the-ven-dome-column/>; letzter Zugriff: 13.11.2015.

23 Raunig, Gerald (2005): Kunst und Revolution. Künstlerischer Aktivismus im langen 20. Jahrhundert, Wien.

Aktivismus gibt, die auch in der Literatur²⁴ und der Wissenschaft²⁵ Beachtung findet. In den *Visual Culture Studies* werden Bilder per se als »constantly challenging place of social interaction« (Mirzoeff 1999: 4²⁶) angesehen. Und dazu gehört auch, dass Bilder, so der Bildtheoretiker W.T.C. Mitchell, verletzen (Mitchell 2008: 371–395²⁷). Dadurch dass Bilder starke Emotionen auslösen können, eignen sie sich besonders zur Mobilisierung von sozialen Bewegungen und Protestaktionen – die sich in der heutigen Medien-demokratie wiederum der massenmedialen Bildlogik anpassen müssen, um öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen (vgl. Bogerts 2015: 327–246²⁸).

Das Visuelle prägt unseren Alltag und unsere Wahrnehmung von Politik in hohem Maße, es besitzt eine unglaubliche Macht über uns. Nicholas Mirzoeff, der der kritischen Schule der *Critical Visual Theory* angehört, geht von einer »dominanten Visualität« aus, von einem »skopischen Regime« (nach Metz 1982)²⁹, das von Akteuren mit großer gesellschaftlicher Macht, also von den Regierenden, von Medienkonzernen und anderen Wirtschaftsinteressen dominiert wird (Mirzoeff 2011)³⁰. Doch genauso wie in verbalen oder schriftlich vermittelten politischen Diskursen Gegenargumente entwickelt werden können, können in diesem visuellen Diskurs »Gegenbil-

24 siehe u. a. Klanten, Robert/Hübner, Matthias/Bieber, Alain/Alonzo, Pedro/Jansen, Gregor (2011): *Art & Agenda: Political Art and Activism*, Berlin.

25 siehe u. a. Blanché, Ulrich (2010): *Something to s(pr)ay: Der Street Artist Banksy. Eine kunstwissenschaftliche Untersuchung*, Marburg.

26 Mirzoeff, Nicholas (2009): *An Introduction to Visual Culture*, London.

27 Mitchell, W. T. C. (2008): *Bildtheorie*, Frankfurt/Main.

28 Bogerts, Lisa (2015): *Bilder und Emotionen in der Sozialen Bewegungsforschung*, in: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): *Emotionen und Politik. Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung*. Baden-Baden, 225–246.

29 Metz, Christian (1982): *The Imaginary Signifier*, Bloomington, IN.

30 Mirzoeff, Nicholas (2011): *The Right to Look: A Counterhistory of Visuality*, Durham.

der«, ja kann eine »Gegenvisualität« ins Feld geführt werden –
machtvoller politischer Performanz kann also nur mit (visuell)
machtvoller Gegenperformanz begegnet werden.

»Kunst muss wehtun, reizen, Widerstand leisten«

»Kunst muss wehtun, reizen, Widerstand leisten«, so das ZPS auf
seiner Homepage. Politische Kunst kann nicht nur das politische
Bewusstsein und die Aufmerksamkeit für gesellschaftliche Pro-
bleme erhöhen. Sie muss irritieren, verstören, Denkprozesse in Gang
setzen, kritisieren – und sie muss kritisiert werden. Die Aktionen
des ZPS wurden kontrovers diskutiert. Zu den Kritikpunkten zählen
u. a. die Nicht-Repräsentation von *People of Color* in der KünstlerIn-
nengruppe oder gar von MigrantInnen und Geflüchteten oder ihren
Angehörigen bei den Aktionen, weshalb neben der Subversion auch
ein Hauch von »Herrschaftsdialog« mitschwingt.³¹

Der Journalist und Kunstkritiker Hanno Rauterberg macht
anhand der Aktionen des ZPS auf die »Fallen« aufmerksam, die
sich dem »Artivismus« stellen.³² Ihm zufolge vermag die politische
Kunst nicht nur in die Falle der Vereinfachung oder die der Selbst-
bestätigung zu tappen. Durch eine aufklärerische und pädagogisch
aggressive Gesinnung riskiert sie auch ein Gefühl der Bevormun-
dung bei der Bevölkerung hervorzurufen. Sie droht in die Falle
der Medialisierung zu treten, indem sie »gute Geschichten« und
»plakativen Ungehorsam« bietet und ihre Kampagnen somit am
»Nützlichkeitsdenken der Mediengesellschaft« ausrichtet. Damit

31 Kappert, Ines (2015): Herrschaftsdialog, in: taz, 22.6.2015, <http://www.taz.de/Debatte-Zentrum-fuer-Politische-Schoenheit!/5205803/>; letzter Zugriff: 13.11.2015.

32 Rauterberg, Hanno (2015): In den Fallen der Freiheit, in: Die Zeit, 2.7.2015, <http://www.zeit.de/2015/27/politik-kunst-zentrum-fuer-politische-schoenheit>; letzter Zugriff: 13.11.2015.

macht sie sich verdächtig, »die Opfer der Not zu benutzen, um sich selbst Aufmerksamkeit zu verschaffen«. Die »Falle der Freiheit« wiederum schließlich beschreibt Rauterberg wie folgt:

»In libertären Gesellschaften ist die kritische Kunst längst zu einem Statussymbol der Mächtigen und Reichen geworden. Egal, wie erschreckend oder obszön ein Werk auch sei, es wird dafür genutzt, die Souveränität und Aufgeklärtheit derjenigen zu demonstrieren, die sich mit ihm umgeben. Es gehört regelrecht zur Stellenbeschreibung des guten Gegenwarts-künstlers: aufmüpfig zu sein, anklagend, widerborstig.«

Die Ästhetik des Widerstands

Die Aktionsformen der Gruppe sind ein Angebot unter vielen, die sich für einen Wandel der aktuellen europäischen Asylpolitik einsetzen. Die einen finden es geschmacklos oder empfinden es als »moralische Prügelorgie«. ³³ Die anderen erleben es als die genialste und progressivste Aktionskunst, die es derzeit in Deutschland gibt – und das einzige, was in seiner Radikalität der momentanen katastrophalen Lage des weit verbreiteten Rassismus und Rechtspopulismus, der unzähligen Toten im Mittelmeer sowie der Kriege und Perspektivlosigkeit in vielen Staaten der Welt angemessen ist. Wenn der Pathos des ZPS »zur Errichtung moralischer Schönheit, politischer Poesie und menschlicher Großgesinntheit – zum Schutz der Menschheit« ³⁴ jetzt nicht erlaubt ist, wann dann?

Kunst muss nicht politisch sein, sie existiert ihrer selbst und des ästhetischen Erlebens willen. »Kunst ist relativ zwecklos und absolut sinnvoll«, drückte dies der Musiker und Autor Peter Horton aus. Doch genau um diesen Sinn und diesen Zweck geht es der

³³ Kaul, Martin (2015): Masturbation des Grauens, in: taz, 20.9.2015, <http://www.taz.de/!5231029/>; letzter Zugriff: 13.11.2015.

³⁴ s. Fn. 8.

politischen Kunst. Hanno Rauterberg verweist in seinem Artikel auch auf den Appell Tania Brugueras: »Wir müssen Duchamps Pinkelbecken in die Toilettenräume zurückschaffen«. Die Kunst muss wieder in der politischen Realität ankommen.

Das Bild der Jean-Monnet-Brücke des ZPS ist bisher nur eine Computer-Animation, und es ist völlig utopisch, dass sie jemals gebaut wird. Doch Utopie ist erlaubt, sowohl in der Kunst als auch in der Politik. In »Die Ästhetik des Widerstands« beschrieb Peter Weiss

»[...] *die Geschichte der Kunst als eine Geschichte des menschlichen Lebens, aus der die Stufen sozialer Entscheidungen abzulesen waren. [...] Zeiten von Bewusstseinsveränderungen hingen oft mit bestimmten künstlerischen Themen zusammen.*« (Weiss 20065: 341³⁵)

Das ZPS schafft sich die außenpolitischen Nachrichten, die es gerne hätte, gleich selbst. Oder mit den Worten Peter Weiss': »Die Phantasie lebte, so lange der Mensch lebte, der sich zur Wehr setzte« (Weiss 2005: 339).

35 Weiss, Peter (2005): Die Ästhetik des Widerstands, Frankfurt/Main.

Syrian Refugees in German Cities.

Resettlement Dynamics and its Impact on the Urban Structures across the City

Ghiath Al Jebawi

This article deals with the accommodation of Syrian refugees living in Germany. Based on my personal experience¹ and on relevant literature, the article will, firstly, address the different types of temporary residences for refugees in Germany, and, secondly, the process through which refugees pass while looking for a permanent accommodation. Thirdly, and most importantly, the article discusses the ongoing shift within Köln's urban and social structure in the light of the emerging resettlement of refugees. Although the urban structure of Köln, like many other German cities, has a certain level of urban segregation manifested in the settlement of immigrant communities (Friedrichs 1998, p. 1²), I argue that, on the contrary, the resettlement of Syrian refugees shows coherence and dispersion.³

-
- 1 Many information used in this article are based on my personal experiences of temporarily living in a refugees residence (>>Heim<<) among Syrian families in Köln-Poll, where I recorded the circulated knowledge based on their experiences as refugees.
 - 2 Friedrichs, J. (1998): Ethnic segregation in Cologne, Germany, 1984-94, *Urban Studies* 35 (10), 1745-1763.
 - 3 The online article was accompanied by a mapping survey that investigates on the spatial aspect of the accommodation distribution. The full article with the maps can be read here: <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/2015/10/22/syrian-refugees-in-german-cities/>; last accessed: 22.12.2015.

Within the current refugee crisis, the particular case of Syrian refugees is that it doesn't have a visible resolution: their country's situation is consistently deteriorating and it is likely that they will remain in the countries that are hosting them, mainly in Germany. Syrian refugees often state that they have the desire to finish their period in the »Heim« and to move to a permanent accommodation. The reason could be related to the conditions in the »Heim« itself, but more fundamentally this desire is attributed to the need for a permanent stability which they lack since the beginning of the Syrian war.

Living in the »Heim«

Refugees are distributed to temporary residences, »Heime«, that differ from each other regarding their conditions: the city they are in, their location within the city and their original function before being employed as a »Heim«. Some of these residences might have originally been social housing, hotels, hangars, and recently whatever else secures a space to host the large flux of arrivals.

From my personal experience in a »Heim« in Köln-Poll and questioning friends from the refugees' community, I concluded that the conditions within these residences widely vary. Some are perfectly sufficient and host two persons or even just one person in a private studio with all its services. The situation in others is of less quality and ranges up to bathrooms shared by ten persons. Some of these residences only host Syrians and others mix them with different groups of immigrants from the Arab world, Eastern Europe/the Balkans and Africa. In these cases, Syrian refugees share rooms with other Arabs, or share services like kitchens and bathrooms. In other cases, there is a mixture within the same building with people from Eastern Europe. On a third level of mixture, like in the case of the »Heim« in Köln-Poll, they are sharing the semi-public

space in between two buildings, while one is only for Syrians and other only for people from Eastern Europe.

Refugees gain different advantages by their stay in the »Heim« such as receiving periodicals or fairly frequent aid services and having more possibilities to encounter the institutions and persons that take care of refugees. Another advantage is staying in touch with the collective knowledge that is circulated in the camp, mainly on interesting issues affecting their new lives. Nevertheless, and although these different types of residences provide different levels of comfort, all Syrian refugees still seek the soonest possible permanent residence for the purpose of stability. The life of the average Syrian within the pre-war period was static and stable, so the experience of the past years urges a strong need to re-stabilize.

The search for individual accommodation: everyday obstacles

There are several difficulties refugees are facing when looking for an individual permanent accommodation. Based on my observations in the camp, most of the people do not look for an accommodation by themselves. The reason is their incapacity to cope with the demands of language and a lacking familiarity with the normal dynamics in the German system. On the other hand, landlords and house owners only respond very reluctantly when realizing that they will have to deal with the *Jobcenter*. In this case, however, there is a big fallacy because dealing with the »Jobcenter«, in terms of payment, is very secure as it is a state agency. This behavior might be related to a tendency by landlords and property owners towards rejecting immigrants:

»The concentration of immigrants in certain quarters seems to be only slightly related to the immigrants' choice to live in close proximity to peo-

ple with the same country of origin. Choice even to live close to one's family seems to be a smaller factor than constraints imposed on immigrant households. Ethnic segregation is not only caused by this group's weaker socioeconomic standing on the housing market but also but also by discrimination of some housing providers (GdW 1998, p. 23⁴)« (Münch 2009, p. 5⁵).

As almost all refugees are not able to find accommodation in the classical way a German citizen would, they depend on different institutions helping them, such as the Caritas, the Red Cross and the department of residence in the *Ausländeramt* (immigration office) itself. Most of those who want to move out of the »Heim« register in one of these institutions and are put on a waiting list. Refugees can express their preferences of the location, which is usually one of the areas where the already existing migrant community and infrastructure can help to fulfill their basic cultural needs (halal food, communication, etc.). However, they usually do not express such preferences because they fear it might reduce the possibility of getting an adequate accommodation and it might defer the process it for an even longer time. When the institutions find an accommodation for someone, they show it to the refugee who has the right to approve or reject the option, and wait for another opportunity. Very often refugees focus more on the technical conditions of the residence itself than on its location, as long as it is in the city itself.

As refugees cannot afford the costs of an accommodation, they depend on the financial support of the *Jobcenter*. Once the accommodation is available, the *Jobcenter* verifies that the rent doesn't

4 GdW (Ed.). (1998): Überforderte Nachbarschaften. Zwei sozialwissenschaftliche Studien über Wohnquartiere in den alten und den neuen Bundesländern im Auftrag des GdW, Schriften 48.

5 Münch, S. (2009): »It's all in the mix« constructing ethnic segregation as a social problem in Germany, in: *Journal of Housing and the Built Environ* 2009 (24): 441-455.

exceed the legal limit which is different according to the number and ages of the family members. The price limit for rents generally filters the possibilities to choose a location within the city's central and expensive areas. The *Jobcenter* also takes some time to agree on paying the deposit and the commissions.

As refugees long for permanent residence urgently, they normally tend to not register a preference of location and to accept the first suitable accommodation. Altogether, this factor, the particularities of the supporting institutions and the other difficulties dominating the refugees' situation form a set of imposed dynamics that restrict their possibilities of choice. Furthermore, these factors constitute a complex system that distributes Syrian refugees dispersedly in different territories across the city.

Urban circumstances and consequences of the current resettlement: Urban Segregation – Urban Dispersion

The resettlement of refugees within German cities implies a permanent distribution in the different territories. The form of this distribution, consequently, contributes to the form of the city itself, especially if we regard the high number of expected refugees. Not only the urban character of the city is reshaped over this period, but also its social, economic and cultural networks. As sources from the 1990s already indicate, the city of Köln already includes segregated territories of immigrants (Friedrichs 1998, p. 1); this raises the question on the urban form that the city is taking over this period.

»The positive side-effects of certain degrees and forms of neighborhood specialisation are hardly ever touched upon in the literature. This raises the question of whether we really should be as concerned about (new

manifestations of) urban segregation.« (Smets/Salman2008, p. 6⁶)

I argue that the focal positioning of immigrant groups could contribute to a new cultural character in some districts because it provides certain types of shops, restaurants, cultural venues, etc. In the case of Köln, this is manifested mainly in the districts of Kalk, Mülheim, Nippes and others where the Turkish and Arabic communities reside. At the same time, this argument ignores that this cultural character applies on the cases of less integrated territories:

»*[The] spatial segregation is often connected to social cleavages in, for example, the labour and education market, further contributing to income inequality (Ratcliffe 2002, pp. 23, 30-33⁷; Robinson, 2002, p. 96⁸). When an ethnic dimension is added [like in the case of Syrians, ed. note] this can also reinforce ethnic segregation at schools.*« (Smets/Salman 2008, p. 5)

This, in the long term, could boost heterogeneous economic, social and cultural networks that operate out of the general frame of the city: »There is indeed increasing evidence for negative effects of living in a segregated neighborhood on socioeconomic outcomes of minority members« (Sager 2011, p. 3⁹). Accordingly, if the Syrian refugees resettled in the already segregated territories, they would, in the long term, suffer more from the lack of integration, and they will deepen the effects of segregation on the city

6 Smets, P. and Salman, T. (2008): Countering urban segregation: theoretical and policy innovations from around the globe, *Urban Studies* 45 (7) 1307-1332.

7 Ratcliffe, P. (2002): Theorising ethnic and 'racial' exclusion in housing, in: Summerville, P. and Steele, A. (Ed.), *Race, housing and social exclusion*, London.

8 Robinson, D. (2002): Missing the target? Discrimination and exclusion in the allocation of social housing, in: Summerville, P. and Steele, A. (Ed.), *Race, housing and social exclusion*, London.

9 Sager, L. (2011): Residential segregation and socioeconomic neighborhood sorting: evidence at the micro-neighborhood level for migrant groups in Germany, in: *Urban Studies* 29 (12), 2617-2623.

itself: »Highly segregated and less integrated cities do not match the newly required city profiles. On the contrary, those cities would exacerbate urban poverty (Massey and Denton, 1993¹⁰)« (Musterd 2006, p. 5¹¹).

On the contrary, if dispersed in different neighborhoods across the city, the emerging community still can be dependent on the previously established communities of similar cultures, such as the Arabic and Turkish, in order to obtain some basic cultural needs. On the other hand, it could be an advantage if the Syrian community was scattered across the different territories around the city, and consequently is able to integrate socially, culturally and economically: »More mixed neighborhoods will enhance individual social opportunities and thus, on aggregate, strengthen the urban economy« (Musterd 2006, p. 1).

The permanent accommodation of Syrian refugees in Köln is rather dispersed than concentrated. The spots chosen by newly arrived refugees hardly overlap with the current segregated territories, which reflects an even distribution of the emerging refugees within the city. It can be observed that the area of the center has no locations inhabited by refugees, whereas Kalk, with three locations, has a slight concentration. This can be attributed to the high costs and scarcity of residential facilities in the center, and to the desire of Syrians to resettle in Kalk and other districts with a big migrant population for the cultural advantages that it provides. Probably, those who resettle in the immigrants' territories would have fewer chances to visit the »German« shops, restaurants and other facilities than those who live in other areas across the city. In the other areas, even the first generation of refugees settling now

10 Massey, D. S. and Denton, N. A. (1993): *American Apartheid*, Cambridge, MA.

11 Musterd, S. (2006): Segregation, urban space and the resurgent city, in: *Urban Studies* 43 (8), 1325-1340.

would, for example, buy goods from the »German« markets, visit »German« facilities and get in touch more with linguistic and cultural aspects than those in immigrants' areas. In parallel, children will have much better chances of integration when going to school with German children; a simple example of the social, cultural and economic exchange.

Threats and conclusions

In the future, the consistent influx of refugees and the urgent need they create residences could result in keeping immigrants in the same camps where they arrived because of the lack of capacity of the urban resources to cope with the emerging needs.

The system that guides the Syrian refugees' resettlement restricts their possibilities of choice. Furthermore, it results in a disperse spatial describes a case of urban dispersion across the city rather than an urban segregation. However, a slight concentration could be observed in areas of immigrants.

Although there is a level of urban segregation in Köln and it is in a deterioration progress (Friedrichs 1998, p. 1), this emerging group of Syrian immigrants does not contribute to the current segregation. On the contrary, it fosters the diffusion of the concentration of the total immigrants' community across the city. This improves the minorities' urban integration with the hosting community within the different territories across the city, which has positive effects on both, the original community and the emerging minorities.

Acknowledgments

I want to thank my family, whose all members are refugees scattered across Europe, for their inspiration; particularly I want to thank my par-

ents for their detailed explanation of refugees' circumstances, and also our neighbors and friends from the refugees' community in Köln-Poll. Special thanks go to Lisa Katharina Bogerts for inviting me to write, and for her comments and editing on the article. My thanks go also to Helene Adjouri for her support and help in collecting mapping data; and to Francesco Memo for his useful comment on the topic.

»We will rise«

Die Stimmen der Geflüchteten in der aktuellen »Willkommenskultur« hören¹

Larissa Fleischmann

Immer mehr Menschen in Deutschland fühlen sich für die Situation Geflüchteter verantwortlich und wollen »helfen«. Im Zuge dieser »Helfer-« bzw. »Willkommenskultur« werden Flüchtlinge jedoch oft zu hilflosen »Opfern« stilisiert, die keine eigene Stimme besitzen, um ihre Belange selbst zu äußern. Dabei gerät in Vergessenheit, dass durchaus schon seit einiger Zeit Anstrengungen der Geflüchteten bestehen, ihre Situation aus eigener Kraft zu verbessern und eigene politische Ziele zu artikulieren. »We Will Rise!« lautete der Titel einer Ausstellung der Berliner Geflüchtetenbewegung zu vergangenen Protestaktionen, die vor Kurzem in Berlin zu sehen war.² Anstatt »Ärger zu machen« forderte Bundesinnenminister Thomas de Maizière jedoch jüngst im Gegenzug für die deutsche »Willkommenskultur« eine »Ankommenskultur« von Seiten der Geflüchteten. Er sorgte für Empörung, als er AsylbewerberInnen, die sich über die unsagbaren Zustände in überbelegten Massenunterkünften beschwerten, Undankbarkeit und zu hohe Ansprüche vorwarf.³ Bleibt also kein Platz für die Stimmen der Geflüchteten im aktuellen Diskurs um die deutsche »Willkommenskultur«?

1 online erschienen am 29.10.2015 auf <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/2015/10/29/we-will-rise-die-stimmen-der-gefluechteten-in-der-aktuellen-willkommenskultur-hoeren/> und auf dem Flüchtlingsforschungsblog.

2 <http://www.fhxb-museum.de/index.php?id=382>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

3 <http://www.sueddeutsche.de/politik/innenminister-im-heute-journal-de-maizire-wirft-fluechtlingen-undankbarkeit-vor-1.2675489>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

Und es gibt sie doch! Zu den Flüchtlingsprotesten der letzten Jahre

Vor dem Hintergrund des »Helfer«-Diskurses⁴ verwundert es kaum, dass die Versuche der Geflüchteten, ihre Situation aus eigener Kraft zu verbessern und selbst auf wahrgenommene Ungerechtigkeiten aufmerksam zu machen, oft ungehört bleiben. Nur selten berichten die Medien über selbstorganisierte Flüchtlingsproteste. Sie passen nicht recht ins Bild des hilflosen (und stimmlosen) »Opfers« und stellen die aktuelle »Helferkultur« infrage.

Vereinzelt wurde in den letzten Monaten über vermeintlich sporadische und spontan organisierte Proteste von Flüchtlingen in Massenunterkünften berichtet, die laut Medien durch Unmut über ihre Unterbringungssituation motiviert waren⁵ oder eine schnellere Bearbeitung der Asylanträge forderten.⁶ So gut wie nie geben die Medien den geflüchteten Protestierenden jedoch eine Plattform, um ihre eigenen – auch politischen – Belange jenseits akuter humanitärer Notlagen zu äußern.

Dabei gehen Flüchtlingsproteste weit über spontane und unorganisierte Demonstrationen hinaus. FlüchtlingsaktivistInnen sind oft in feste Organisationsstrukturen eingebunden, die teilweise schon seit Jahren bestehen und deutschlandweit vernetzt sind, wie die Beispiele des *The Voice Refugee Forum*⁷, *Women in Exile*⁸ oder *Asyl-strike Berlin*⁹ vom Berliner Oranienplatz zeigen. Im August 2015 fand

4 s. den Beitrag von Ellen Kollender und Janne Grote in diesem Buch.

5 <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.asylbewerber-in-stuttgart-fluechtlingsprotest-in-der-schleyerhalle.2266da17-35cb-47a7-9213-1f73de37f4f6.html>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

6 <http://www.br.de/nachrichten/mittelfranken/inhalt/fluechtlinge-protest-nuernberg-bamf-100.html>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

7 <http://www.thevoiceforum.org/>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

8 <https://www.women-in-exile.net/>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

9 <http://oplatz.net/>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

eine »Refugee Conference« in Hannover statt¹⁰, zu der verschiedene Gruppen, wie *Lampedusa in Hamburg*¹¹ aufgerufen hatten, und an der sich mehr als 100 Flüchtlinge aus ganz Deutschland beteiligten. Ziel der Veranstaltung war es, einen Austausch über vergangene Erfahrungen zu ermöglichen, Netzwerke zu schließen und zukünftige gemeinsame Aktionen zu planen.

Zudem erschien vor kurzem ein rund zweihundertseitiges, bebildertes *Movement Magazine* der »revolutionären Flüchtlingsstreikbewegung«, das sich zum Ziel setzt, »die eigene Stimme der Widerstandskämpfer_innen nach außen« zu tragen.¹² Es stellt verschiedene Aktionen der FlüchtlingsaktivistInnen aus dem Umfeld der Besetzung des Berliner Oranienplatzes dar. Begonnen hatten diese Proteste im September 2012, als sich etwa 60 Geflüchtete auf einen 600 Kilometer langen Fußmarsch von Würzburg nach Berlin begaben, um auf ihre Belange aufmerksam zu machen. In Berlin angekommen errichteten die FlüchtlingsaktivistInnen ein Protestcamp auf dem Oranienplatz in Kreuzberg, das sowohl in den Medien als auch unter der Berliner Bevölkerung große Aufmerksamkeit erlangte. Bereits nach einigen Wochen schlossen sich etwa 6000 BerlinerInnen an, um für die Belange der FlüchtlingsaktivistInnen zu demonstrieren – die bis dato größte Demonstration für die Rechte von Flüchtlingen.¹³

Der Oranienplatz wurde so in kürzester Zeit zum Symbol des Widerstandes, das den Geflüchteten als »Basislager« diente, um sich politisch zu organisieren, zu solidarisieren, und um weitere

10 <http://refugeeconference.blogspot.de/>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

11 <https://www.facebook.com/lampedusainhamburg>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

12 <http://cargocollective.com/Movementmagazine/>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

13 Schreiter, N./Jakob, C. (2012): »Das war Berlin, jetzt kommt Europa«, in: taz, 14.10.2012, <http://www.taz.de/Demo-fuer-mehr-Fluechtlingsrechte/!5081849/>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

Protestaktionen zu planen, unter anderem Demonstrationen¹⁴, Hungerstreiks¹⁵, eine deutschlandweite Bustour¹⁶, die Besetzung der Nigerianischen Botschaft¹⁷ und der ehemaligen Gerhard-Hauptmann-Schule, in der bis heute rund zehn Geflüchtete leben¹⁸.

Aufgrund der großen Anteilnahme unter der Bevölkerung und der medialen Berichterstattung gelang es dem Berliner Senat erst im April 2014, nach rund 18-monatiger Besetzung, eine Räumung des Oranienplatzes durchzusetzen. Nach Verhandlungen mit dem Senat und dem Versprechen einer Aufenthaltsgenehmigung erklärte sich ein Teil der Geflüchteten bereit, den Platz zu räumen. Dabei handelte es sich aber scheinbar um falsche Versprechungen: Wie aus einem Bericht des Tagesspiegels hervorgeht, wurden die Asylanträge der meisten FlüchtlingsaktivistInnen inzwischen abgelehnt.¹⁹

Mit der Räumung des Oranienplatzes wurde auch das Symbol des Widerstands und der zentrale Ort der Selbstorganisation der FlüchtlingsaktivistInnen zerstört, was zur Aufsplitterung der Flüchtlingsgruppen in Berlin führte, die bis heute anhält.²⁰ Auch wenn aktuelle Flüchtlingsproteste jenseits der Besetzung des Oranienplatzes in den Medien kaum sichtbar sind, setzen

14 <http://refugeesrevolution.blogspot.de/>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

15 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-beenden-hungerstreik-am-brandenburger-tor-a-864931.html>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

16 <http://www.tagesspiegel.de/berlin/fluechtlinge-kaempfen-gegen-residenzpflicht-der-protest-rollt-weiter/7844062.html>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

17 Behrendt, Michael/Pletl, Steffen (2012): Flüchtlinge besetzen Botschaft von Nigeria, in: Welt, 15.10.2012, <http://www.welt.de/regionales/berlin/article109855134/Fluechtlinge-besetzen-Botschaft-von-Nigeria.html>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

18 <https://ohlauerinfopoint.wordpress.com/>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

19 Amjahid, Mohamed (2014): Die geheimen Verhandlungen zwischen Senat und den Flüchtlingen, in: Tagesspiegel, 27.9.2014, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/kreuzberg/fluechtlingsprotest-am-oranienplatz-in-berlin-die-geheimen-verhandlungen-zwischen-senat-und-den-fluechtlingen/10762246.html>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

20 Gürgen, Malene (2015): Wie ein Ort viele Orte wurde, in: taz, 18.6.2015, <http://www.taz.de/!5204710/>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

sie sich doch in vielfältigen Aktionen und an unterschiedlichen Orten fort.

Bereits während der Besetzung des Oranienplatzes folgten in ganz Deutschland ähnliche Aktionen Geflüchteter. Von München²¹ bis Hannover²² wurden weitere Protestcamps errichtet, denen jedoch kaum Aufmerksamkeit zukam. Im Sommer 2015 wurden zahlreiche Aktionen gegen die geplante Asylrechtsverschärfung durchgeführt. Jüngst besetzte eine Gruppe von etwa 40 Roma-Flüchtlingen den Hamburger Michel, um gegen ihre Abschiebung zu protestieren.²³ In Nürnberg wurde ein Protestcamp errichtet, in welchem Geflüchtete im September in einen lebensgefährlichen Hungerstreik traten.²⁴ Diese aktuellen Protestaktionen bleiben in der öffentlichen Wahrnehmung jedoch so gut wie unsichtbar, da sie kaum Beachtung in den Medien finden. Im Zuge der aktuellen Berichterstattung über die FlüchtlingshelferInnen bleibt scheinbar kein Platz für die Proteste der Geflüchteten.

Zunehmend werden solche Flüchtlingsproteste auch zur Zielscheibe rechter und »asylkritischer« Stimmen. Sie wecken Resentiments oder schüren Ängste vor chaotischen Zuständen, die die Ordnung in der deutschen Bevölkerung gefährden. Mit seinen Äußerungen zur Undankbarkeit und den hohen Ansprüchen der Geflüchteten trug Thomas de Maizière weiter dazu bei, dieses

21 <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2013-06/camp-muenchen-aufgeloest>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

22 http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/Ein-Jahr-friedlicher-Protest-am-Weissekreuzplatz,camp200.html; letzter Zugriff: 29.10.2015.

23 <http://www.welt.de/regionales/hamburg/article146706930/40-Roma-duerfen-vorerst-im-Hamburger-Michel-bleiben.html>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

24 <http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.protestcamp-in-nuernberg-nach-trockenem-hungerstreik-fluechtlinge-in-klinik.fdfa43a6-ccc4-449f-8afd-0fb595ff57f.html>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

rechte Einstellungspotenzial in der Bevölkerung zu nähren.²⁵ Umso wichtiger erscheint es, diesen Ängsten eine Berichterstattung über die Ziele und Inhalte der Flüchtlingsproteste entgegenzustellen.

Was wollen FlüchtlingsaktivistInnen und was können wir von ihnen lernen?

Im Gegensatz zur geringen Medienpräsenz, erhielten die Flüchtlingsproteste in der wissenschaftlichen Diskussion große Aufmerksamkeit. Das Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung *Movements* gab jüngst eine Ausgabe zu Flüchtlingsprotesten heraus²⁶ und das Institut für Protest- und Bewegungsforschung (IPB) veranstaltete Anfang November 2015 einen Workshop zum Thema »*Refugee Mobilizations*«, in dessen Rahmen aktuelle Entwicklungen diskutiert werden.²⁷

Dieses wissenschaftliche Interesse an Flüchtlingsprotesten wird oft damit begründet, dass Flüchtlingsproteste de jure unmöglich seien.²⁸ Da es sich bei der politischen Teilhabe um ein Vorrecht der StaatsbürgerInnen handelt, sind Geflüchtete oder AsylbewerberInnen als »Nicht-BürgerInnen« von dieser Teilhabe ausgeschlossen. Vor dem Gesetz des Nationalstaats stellen sie somit keine vollwertigen politischen Subjekte dar. Daher werden Flüchtlingsproteste als Form von politischem Protest diskutiert, der auf die Position der »Ausgestoßenen« und »Rechtlosen« aufmerksam zu machen

25 <http://www.sueddeutsche.de/politik/innenminister-im-heute-journal-de-maizire-wirft-fluechtlingen-undankbarkeit-vor-1.2675489>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

26 <http://movements-journal.org/issues/02.kaempfe/>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

27 <http://protestinstitut.eu/veranstaltungen/workshop-refugee-mobilizations/>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

28 Rigby, Joe/Schlembach, Raphael (2013): Impossible Protest: noborders in Calais, in: *Citizenship Studies* 17 (2) (Special Issue on Immigrant Protest), 157-172.

sucht. In Anlehnung an Hannah Arendt, handle es sich um Aktionen, die »ein Recht, Rechte zu haben« einfordern, und damit die exklusive politische Teilhabe im Nationalstaat anfechten.²⁹ Hierzu zählen Rufe der FlüchtlingsaktivistInnen, wie »*Abolish Residenzpflicht! Abolish ,Lagers‘! Stop Deportations! Right to Work and Study!*«.³⁰ Im Kern werden mit den Flüchtlingsprotesten Forderungen laut, jene Regelungen abzuschaffen, die Geflüchtete im Vergleich zu StaatsbürgerInnen als nicht-gleichberechtigte RechtsträgerInnen kennzeichnen, die sie also in eine niedrigere Machtposition bringen und sie in die Rolle des handlungsunfähigen »Opfers« zwingen.

Ein weiteres »Recht, Rechte zu haben« fordern die FlüchtlingsaktivistInnen mit dem Ruf »*Freedom of Movement is Everybody’s Right*« ein. Sie protestieren für ein Grundrecht, das es jedem Menschen erlaubt, dort zu leben, wo er oder sie möchte, ganz gleich welcher Grund ihn oder sie dazu bewegt die Heimat zu verlassen. Dabei weisen die FlüchtlingsaktivistInnen darauf hin, dass dieses Recht nicht für alle Menschen in gleichem Maße gilt – territoriale Grenzen sind für manche Gruppen sichtbarer als für andere. Können sich die BürgerInnen der westlichen Industrieländer meist weltweit frei bewegen, wird den Menschen aus sogenannten »Entwicklungsländern« dieses Recht oft abgesprochen. Um auf diese Ungerechtigkeiten aufmerksam zu machen, prangern die FlüchtlingsaktivistInnen also Gesetze an, die ihre Mobilität einschränken, wozu beispielweise die inzwischen weitgehend abgeschaffte Residenzpflicht, die Dublin-III-Verordnung und jegliche Form der Abschiebung zählen.³¹ Vor diesem Hintergrund fordern sie die

29 Förster, Jürgen (2009): Das Recht auf Rechte und das Engagement für eine gemeinsame Welt. Hannah Arendts Reflexionen über die Menschenrechte, in: HannahArendt.net. Zeitschrift für Politisches Denken 1 (5), <http://www.hannaharendt.net/index.php/han/article/view/14,6/258>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

30 <http://oplatz.net/>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

31 <http://oplatz.net/about/>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

Abschaffung von Grenzbarrieren mit Rufen, wie »No Border! No Nation! Stop Deportations!«.

Diese einschränkenden Gesetze nehmen die FlüchtlingsaktivistInnen als Teil eines fortdauernden globalen Systems der »Apartheid« und des Fortbestehens des Kolonialismus wahr. In diesem Zusammenhang verweisen sie auf eine Mitverantwortlichkeit Deutschlands und weiterer Industrieländer an der Schaffung globaler Ungleichheiten, die Menschen erst dazu veranlassen, ihre Heimat zu verlassen. Sie weisen unter anderem auf die Ausbeutung lokaler Ressourcen und den Landraub in Entwicklungsländern, die Kooperation der deutschen Regierung mit Diktaturen und korrupten Regierungen oder den Waffenexport in Krisenregionen hin.³² Damit zeigen sie, dass ausbeuterische und koloniale Systeme weiterhin bestehen und benennen Aspekte, die in der einseitig positiven Berichterstattung über eine »Willkommenskultur« oft ausgeblendet werden.

Passen die Stimmen Geflüchteter also in die aktuelle »Willkommenskultur«?

Die Stimmen der FlüchtlingsaktivistInnen erinnern uns daran, dass sie nach wie vor und trotz der viel gepriesenen »Willkommenskultur« ungleich behandelt werden. Die Rechte der politischen Teilhabe und Freizügigkeit bleiben exklusive Vorrechte der deutschen BürgerInnen, während die Rechte der Geflüchteten durch verschiedene Gesetze eingeschränkt werden. Dies privilegiert BürgerInnen im Vergleich zu den »Nicht-BürgerInnen«, welchen ihre politische Stimme genommen wird. Dies lässt vermuten, dass die Flüchtlingsproteste mit der aktuellen »Helfer-« beziehungsweise »Willkommenskultur« unvereinbar sind.

³² siehe u. a. <http://www.thevoiceforum.org/node/3981> oder http://www.seemoz.de/lokal_regional/ohne-kriege-keine-fluechtlinge/; letzter Zugriff: 29.10.2015.

Doch ist *erstens* auf die Vielfältigkeit der Positionen der Geflüchteten zu verweisen. Bei den beschriebenen FlüchtlingsaktivistInnen handelt es sich um eine Minderheit der Geflüchteten, die ihre Ansichten durch Proteste offen auf die Straße tragen. Aufgrund der vielfältigen Herkunftsorte und Erfahrungen sowie den diversen religiösen, politischen und wirtschaftlichen Hintergründen gibt es auch unter den Geflüchteten viele verschiedene Visionen und politische Ansichten. Es darf also nicht davon ausgegangen werden, dass die FlüchtlingsaktivistInnen repräsentativ mit einer Stimme für alle Geflüchteten sprechen.

Zweitens setzen sich auch staatliche Stellen und ehrenamtliche FlüchtlingshelferInnen, die im Kontext einer »Willkommenskultur« handeln, vermehrt zum Ziel, Geflüchtete über soziale Integration, Sprachkurse und Teilhabe an Bildung und Arbeitsmarkt zu gleichberechtigten BürgerInnen zu machen und eine tolerante und inklusive Gesellschaft zu gestalten.³³ Diese Vision ähnelt durchaus den Zielen der FlüchtlingsaktivistInnen, auch wenn sich die Mittel zur Zielerreichung unterscheiden.

Drittens sind auch die Proteste der Geflüchteten in Unterstützerstrukturen (beispielsweise antirassistische Gruppierungen) eingebunden, die ihre Aktionen ermöglichen, »übersetzen« und in der Folge beeinflussen. Laut Heather Johnson bedarf es immer der Solidarität der BürgerInnen, um den »Ausgeschlossenen« Gehör zu verschaffen und einen Wandel vorhandener Strukturen anzusto-

33 Karakayali, Serhat/Kleist, Olaf J. (2015): Ein Europa der Flüchtlingshilfe? Flüchtlingspolitik der Ehrenamtlichen, in: <http://fluechtlingsforschung.net/ein-europa-der-fluechtlingshilfe-fluechtlingspolitik-der-ehrenamtlichen/>; letzter Zugriff: 29.10.2015.

ßen.³⁴ Nur durch eine Bewusstseinsänderung der BürgerInnen kann ein Wandel hin zu inklusiveren Gesetzen in unserem Nationalstaat gestaltet werden. BürgerInnen müssen daher die Rolle der ÜbersetzerInnen einnehmen, die die Forderungen der »Nicht-BürgerInnen« in »legitime« politische Stimmen verwandeln und die Aktionen der Geflüchteten wirksam machen. Wir sollten nur in Zukunft darauf achten, dass es die Stimmen der Geflüchteten selbst sind, die wir in den Mittelpunkt stellen.

34 Johnson, Heather (2012): Moments of Solidarity, Migrant Activism and (Non) Citizens at Global Borders: Political Agency at Tanzanian Refugee Camps, Australian detention centres and European borders, in: Nyers, Peter/Rygiel, Kim (Hrsg.), Citizenship, Migrant Activism and the Politics of Movement, Abdingdon, 109-128.

»Politisch Verfolgte genießen Asylrecht«... Wirklich?¹

Patrice Poutrus

Verfechter eines Europas der Grenzzäune argumentieren immer wieder damit, dass die Kapazitäten Deutschlands, Flüchtlinge aufzunehmen, ausgelastet und die kulturellen Differenzen unüberbrückbar seien. Ähnlich wie im Streit um das politische Asyl im Parlamentarischen Rat nach dem Zweiten Weltkrieg und im Vorfeld des Asylkompromisses von 1993 beobachten wir derzeit eine Auseinandersetzung um die künftige politische Kultur in der Bundesrepublik. Die aktuelle »Flüchtlingsfrage« ist eine Richtungsentscheidung über die Zukunft unserer Gesellschaft. Was können wir aus den früheren Auseinandersetzungen lernen?

In der momentanen politischen und medialen Auseinandersetzung um die Flüchtlingsaufnahme in Deutschland scheinen folgende Punkte selbstevident: Die gegenwärtige Flüchtlingsbewegung in die Bundesrepublik sei in ihrer Größe eine seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs einzigartige Belastung für die Sozialsysteme. Auch seien für die meisten Skeptiker die ankommenden Flüchtlinge in ihrer kulturellen Eigenart von der deutschen Gesellschaft so verschieden, dass eine Integration quasi aussichtslos erscheine. Schließlich erwachse daraus eine fundamentale Gefahr für die soziale und politische Ordnung in Deutschland. Wobei (paradoxe Weise) mit

¹ online erschienen am 2.11.2015 auf <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/2015/11/02/politisch-verfolgte-geniessen-asylrecht-wirklich/> und auf dem Flüchtlingsforschungsblog.

der Berufung auf dieses vermeintliche Bedrohungsszenario dann wiederholt der Ruf nach einer tatsächlichen rechtlichen und politischen Revision der bundesdeutschen Ordnung begründet wird.

Gegen diese kontrafaktischen bzw. spekulativen Annahmen kann nur schwerlich mit Empirie und Sachlichkeit argumentiert werden, weil sie metaphysischen Weltanschauungen entspringen, die selbst keiner rationalen Begründung bedürfen. Wohl aber kann die Beschäftigung mit geistes- und sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen über Migration im Allgemeinen und Flucht und Asyl im Besonderen jenen helfen, die aus den verschiedensten Gründen einer derartigen Weltanschauung ablehnend, distanziert oder auch verzweifelnd gegenüberstehen.

Hierbei geht es auch darum, jenen »Experten« in der Öffentlichkeit zu widersprechen, die Abgrenzung, Abschottung und Abwehr zu einer alternativlosen Form der Migrationspolitik erklären wollen. Deshalb habe ich gemeinsam mit meinen Kollegen Jannis Panagiotidis und Frank Wolff kürzlich in einem Artikel in der FAZ darauf hingewiesen, dass die Migrationsgeschichte im Nachkriegsdeutschland durchaus von dem Belastungs- und Bedrohungsszenario abweichende Beispiele der Bewältigung von Masseneinwanderungen kennt, und dass der Erfolg von Integration ganz wesentlich von einer darauf ausgerichteten Politik abhängt.² Darüber hinaus verweist der Blick auf die durchaus wechselvolle Geschichte des politischen Asyls in der Bundesrepublik darauf, dass die Entscheidung zur Aufnahme von Flüchtlingen und die Gewährung von Asyl keineswegs durch vermeintlich objektive bzw. rein quantitative Kriterien bestimmt wird, sondern dass diese Entscheidungen vor allem von politischen Vorstellungen und Motiven bestimmt war und ist. Auf

2 Panagiotidis, Jannis/Poutrus, Patrice/Wolff, Frank (2015): Integration ist machbar, Nachbar, in: FAZ, 2.10.2015, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/fluechtlingskrise-integration-ist-machbar-nachbar-13828405.html>; letzter Zugriff: 2.11.2015.

diesen Zusammenhang habe ich erstmals 2009 in meinem Artikel »Zuflucht im Nachkriegsdeutschland. Politik und Praxis der Flüchtlingsaufnahme in Bundesrepublik und DDR von den späten 1940er bis zu den 1970er Jahren« hingewiesen.³ Die folgenden Ausführungen bauen im Wesentlichen darauf auf.

»Politisch Verfolgte genießen Asylrecht«

Die oben angeführten negativen Erwartungen an eine generöse Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden waren in der deutschen Nachkriegsgeschichte von Beginn an präsent und hingen keineswegs von der Anzahl der zu erwartenden Einwanderungen ab. 1949 verabschiedete der Parlamentarische Rat einen Passus in Artikel 16, Absatz 2, Satz 2 – »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht« –, der bis zur Verfassungsänderung 1993 galt und durch seine Prägnanz und Schlichtheit beeindruckt. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes hatten sich bewusst für eine großzügige Regelung des Asyls entschieden, jedoch kamen bereits in den Verhandlungen des Parlamentarischen Rates unmissverständliche Einwände gegen ein uneingeschränktes Asylrecht offen zur Sprache.

Von Beginn an sahen die Gegner eines universellen Asylrechtes durch eine derartig liberale Regelung sowohl den politischen, sozialen und kulturellen Zusammenhalt als auch die innere Ordnung der noch zu gründenden Bundesrepublik in Gefahr. Zwar wurden die vorgebrachten Bedenken gegen ein unumschränktes Asylrecht für politisch Verfolgte nicht in den Text des Grundgesetzes aufgenommen. Jedoch wurde bereits im Parlamentarischen Rat die latente Spannung zwischen der universellen Gültigkeit von politi-

3 Poutros, Patrice (2009): Zuflucht im Nachkriegsdeutschland. Politik und Praxis der Flüchtlingsaufnahme in Bundesrepublik und DDR von den späten 1940er bis zu den 1970er Jahren, in: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft 35 (1), 135-175.

schen Freiheitsrechten auf der einen Seite und der exklusiven Souveränität des Nationalstaates auf der anderen Seite offenkundig, die mit der Verabschiedung der bundesdeutschen Verfassung nicht aufgehoben wurde.

Zwar war es das unbestreitbare Ergebnis der Verhandlungen des Parlamentarischen Rates, dass dem Wort nach ein in jeder Hinsicht offenes Asylrecht in den Verfassungstext des Grundgesetzes eingebracht wurde. Dennoch definierte er den Kreis der Asylberechtigten darin lediglich mit zwei Worten – nämlich als ›politische Verfolgte‹ – und verzichtete somit auf eine formale oder inhaltliche Abgrenzung dieses Personenkreises. Das wiederum hatte die Konsequenz, dass die Normen zur rechtswirksamen Bestimmung, was ein politisch Verfolgter sei und welche Verfolgungstatbestände zum Genuss von Asyl berechtigten, der exekutiven Praxis überlassen blieben, die ihrerseits nun einem permanenten Prozess höchstrichterlicher Überprüfungen unterzogen war. Damit kam (und kommt) nach dem Grundgesetz der Ausgestaltung des Anerkennungsverfahrens für politisch Verfolgte zur Gewährung von Asyl eine zentrale Bedeutung zu, was dieses Verfahren – unabhängig von der Anzahl der Asylsuchenden – von Beginn an zu einem bemerkenswerten Konfliktfeld innerhalb der Migrationspolitik der frühen Bundesrepublik machte. Es waren immer wieder Flüchtlinge und deren Fürsprecher, Helfer und Anwälte, die sowohl die Gerichte als auch die bundesdeutsche Exekutive dazu zwangen, den Geist und Wortlaut der Verfassung gegenüber anderen Erwägungen den Vorrang zu geben. Vor dem Hintergrund der latenten Spannung zwischen den Souveränitätsansprüchen des modernen Nationalstaates und den damit untrennbar verbundenen Normen der allgemeinen Menschenrechte wurde das bundesdeutsche Asylrecht – von seiner Entstehung bis zur Verfassungsänderung 1993 – fortwährend neuinterpretiert.

Spannungen

Insbesondere die Bundesbehörden formulierten frühzeitig und beständig ihre Sorge um die innere Ordnung der Bundesrepublik bei einer vermeintlich unkontrollierten Aufnahme von ausländischen Flüchtlingen, was in den 1950er Jahren nicht mehr als wenige hundert Menschen pro Monat meinte. Diese Befürchtungen traten allerdings gegenüber dem Bedürfnis nach außenpolitischer Anerkennung und vor allem gegenüber den antikommunistischen Bedrohungsszenarien des Kalten Krieges zurück, sodass sich die Asylpraxis in der Bundesrepublik sukzessive an die offen formulierte Asylbestimmung im Grundgesetz annäherte. Nach der Invasion der Truppen des Warschauer Vertrages in Ungarn 1956 und der ČSSR 1968 und nach dem Militärputsch gegen die linksgerichtete Regierung in Chile 1973 kam es in der Öffentlichkeit und im Bundestag erneut zu emotionalen Solidaritätsbekundungen für politisch Verfolgte, was schließlich zur Aufnahme von Flüchtlingen aus diesen Ländern führte, die dann in das reguläre Asylverfahren eintraten. Während aus der Perspektive einer sich allmählich liberalisierenden Asylpraxis die Aufnahme ungarischer und tschechoslowakischer Flüchtlinge für die überwiegend antikommunistische Ausrichtung der bundesdeutschen Flüchtlingspolitik im Rahmen des Kalten Krieges in Europa steht, kann der chilenische Fall als Tendenz zur Universalisierung des Schutzes politisch Verfolgter vor jeglicher diktatorischer Herrschaft angesehen werden.

Allerdings war damit der Konflikt um eine grundsätzlich geschützte und ungehinderte Aufnahme von politisch Verfolgten nicht beendet, denn eine derart generöse Asylgewährung musste fast zwangsläufig in Kollision mit der vorherrschenden restriktiven Migrationspolitik geraten. Spätestens seit den frühen 1970er Jahren erreichten durch moderne Kommunikations- und Transportmittel nicht mehr nur die Nachrichten über Konflikte in allen Teilen

der Welt die Haushalte der westdeutschen Wohlstandsgesellschaft, sondern besaßen nun auch die Flüchtlinge aus diesen Regionen zumindest die theoretische Möglichkeit, in der Bundesrepublik um Asyl zu ersuchen. Der insgesamt mehrdimensionale Wandel der Migrationsverhältnisse manifestierte sich für die bundesdeutsche Politik und Öffentlichkeit in einem zentralen Punkt: dem kontinuierlichem Anstieg der Asylbewerberzahlen, die 1980 erstmals die Marke von 100.000 Flüchtlingen überschritt. Die Versuche der bundesdeutschen Politik, die anwachsende Zahl von Asylgesuchen durch Verschärfungen bzw. Einschränkungen des Asylverfahrens zu reduzieren, führten von 1978 bis 1993 zu insgesamt 17 größeren Gesetzesänderungen bzw. rechtswirksamen Beschlüssen der Innenministerkonferenz und der Bundesregierungen. Die getroffenen Regelungen im Asylverfahren konnten aber letztlich alle nicht den Anstieg der Asylanträge begrenzen und so wandelte sich die Flüchtlings- und Asylpolitik bereits ab 1980 von einem Experten- und Juristenthema zu einem zentralen Gegenstand der bundesdeutschen Innenpolitik.

Die außerordentliche Mobilisierung der politischen Öffentlichkeit beim Thema Asyl von den späten 1970er bis in die frühen 1990er Jahre erklärt sich jedoch nicht allein aus den bedauernswerten Schicksalen der vielen ausländischen Flüchtlinge oder aus den mit der Aufnahme verbundenen Herausforderungen für einen bundesdeutschen Sozialstaat, der ohnehin an seine Grenzen zu stoßen schien. Vielmehr war der Komplex Flüchtlings- und Asylpolitik immer auch mit fundamentalen Fragen nach den politisch-moralischen Grundlagen der bundesrepublikanischen Gesellschaft verbunden: Für die einen stellte eine offene Flüchtlings- und Asylpolitik eine Garantie für die grundsätzliche Abkehr der Bundesrepublik von einer rassistisch geprägten Vergangenheit, insbesondere vom Nationalsozialismus, dar. Für die anderen war eine solche Position undenkbar, weil sie einen Bruch mit dem Paradigma des >Nicht-

einwanderungslandes< bedeutet hätte und als ein Aufgeben der historischen, kulturellen und ethnischen Identität der Deutschen verstanden wurde. Diese Positionen sind letztlich unvereinbar, und dass es den Anhängern eines großzügigen bzw. unbeschränkten Asylrechts nicht gelang sich durchzusetzen, mag den Asylkompromiss vom Dezember 1992, der schließlich in die Verfassungsänderung von 1993 mündete, als Niederlage erscheinen lassen. Dennoch spricht dieser zugleich für die Stärke und die Verankerung der Menschenrechte in der politischen Kultur der inzwischen vereinigten Bundesrepublik Deutschland. Immerhin hatte es in der mehr als zehnjährigen Auseinandersetzung nicht an Stimmen gefehlt, die das Asylrecht gänzlich abschaffen wollten.

Rückschlüsse zur aktuellen Debatte

Wenn nun gegenwärtig – in einer ökonomisch vergleichsweise sehr viel komfortableren Situation als Anfang der 1990er Jahre – wieder einmal davon gesprochen wird, dass die Belastungsgrenzen erreicht seien⁴, so ist dies eine unaufrichtige Position, weil diese gänzlich von den Möglichkeiten eines der wohlhabendsten Länder Europas absieht. Vor allem aber ist in diesem Sommer ein System der vermeintlichen Migrationssteuerung offenkundig gescheitert, dass über mehr als zwei Jahrzehnte als praktischer Beweis für die Alternativlosigkeit des Asylkompromisses galt. Insbesondere die Parteien der heute regierenden Koalition waren nicht nur die Träger dieser Grundgesetzänderung, sondern haben auch auf europäischer Ebene als Vertreter der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich dafür gesorgt, dass entsprechend ausgestaltete Vereinbarungen – von Schengen bis Dublin III – getroffen wurden. In diesem Sinne

4 Berlinghof, Marcel (2015): Über die »Grenzen der Aufnahmefähigkeit« hinaus, in: <http://fluechtlingsforschung.net/uber-die-grenzen-der-aufnahmefahigkeit-hinaus/>; letzter Zugriff: 2.11.2015.

ist in erster Linie die Belastbarkeit der bundesdeutschen Konzeption der Externalisierung von internationalen Konfliktfolgen sehr praktisch in eine Krise geraten, und die Flüchtlinge in Europa sind die unübersehbaren Überbringer der Nachricht dieses Systemversagens. Allerdings birgt die damit einhergehende humanitäre Katastrophe in erster Linie für die Menschen auf der Flucht eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben.

Gleichwohl geht es in der aktuellen Auseinandersetzung nicht nur um die praktische Fähigkeit und den politischen Willen zur humanitären Hilfe für Flüchtlinge und Asylsuchende. Ähnlich wie im Streit um das politische Asyl im Parlamentarischen Rat und vor allem wie in den politischen Konflikten, die zum Asylkompromiss von 1993 geführt haben, handelt es sich gegenwärtig auch um eine Auseinandersetzung um die künftige politische Kultur in der Bundesrepublik. Wer gegenwärtig humanitäre Hilfeleistungen offen denunziert, die Menschenrechte suspendiert sehen will und somit die normativen Grundlagen einer sicher unvollkommenen Demokratie angreift, der will den Status quo nicht einfach wiederherstellen. Gemeinsam ist diesen Verfechtern eines Europas der Grenzzäune, dass eine ethnisch-homogene Bevölkerung in einem darauf aufbauenden Nationalstaat umstandslos jeder anderen gesellschaftlichen Realität vorzuziehen sei. Bestätigungen für diese Utopien der gemeinsamen Abstammung finden sich in den vorhandenen oder auch vermeintlichen Widersprüchen einer davon abweichenden Gegenwart. Diese Selbstertüchtigung genügt sich aber keineswegs selbst, sondern zielt auf die Überwindung aller abweichenden Perspektiven. Deshalb kann gegen diesen Monopol- bzw. Machtanspruch ein aufgeklärter Diskurs keine Wirkung entfalten. Wohl aber sollten wir uns klar machen, dass vor diesem Hintergrund die aktuelle »Flüchtlingsfrage« eine Richtungsentscheidung über die Zukunft unserer Gesellschaft ist, so wie Hanna Ahrndt dies für die 1920er Jahre in Europa diagnostiziert hat.

Von der Kunst, nicht dermaßen begrenzt zu werden Handlungsmacht von Geflüchteten als selbstorganisierte Prozesse¹

Johanna Bröse

Geflüchtete haben vielfältige Wege, eigene Handlungsfähigkeit zu entwickeln, sich zu vernetzen und ihre Forderungen um Rechte und Anerkennung als »neue Bürger_innen« zu artikulieren. Mein Beitrag setzt sich mit der transformativen Handlungsmacht von Geflüchteten auseinander und geht der Frage nach, wie diese bei dem Anspruch auf Rechte sowie auf Zugänge zu Bildung und sozialen Räumen entwickelt und eingesetzt wird – und inwiefern Wissenschaft und Hochschule dabei Unterstützung leisten können.

Geflüchtete als Opfer?

Geflüchtete werden in den medialen und politischen Debatten in Deutschland oft einseitig als Opfer oder Gefahren², nicht aber als Personen mit selbstbestimmter *agency*, Handlungskompetenz und Rechten dargestellt. Auch wissenschaftliche Arbeiten widmen sich weniger der subjektiven Handlungsfähigkeit. Das liegt auch daran,

1 online erschienen am 16.11.2015 auf <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/2015/11/16/von-der-kunst-nicht-dermassen-begrenzt-zu-werden-handlungsmacht-von-gefluechteten-als-selbstorganisierte-prozesse/>.

2 s. den Beitrag von Larissa Fleischmann in diesem Buch.

wie Ulrike Krause in ihrem Beitrag in diesem Buch deutlich macht, dass die Forschung *über* und *mit* Geflüchteten ein Feld ist, auf dem mit zahlreichen Spannungsverhältnissen und Herausforderungen umgegangen werden muss. Sie macht aber auch deutlich, dass dabei aktuell einiges in Bewegung gerät und mehr und mehr Forschungsarbeiten entstehen.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) echauffierte sich im Sommer 2015 darüber, dass die Geflüchteten sich erdreisten, selbst über ihren Aufenthaltsort entscheiden zu wollen. »Jetzt gibt es schon viele Flüchtlinge, die glauben, sie können sich selbst irgendwohin zuweisen«, so seine Klage.³ De Maizière meint ferner: »*Sie gehen aus Einrichtungen raus, sie bestellen sich ein Taxi, haben erstaunlicherweise das Geld, um Hunderte von Kilometer durch Deutschland zu fahren. Sie streiken, weil ihnen die Unterkunft nicht gefällt, sie machen Ärger, weil ihnen das Essen nicht gefällt, sie prügeln in Asylbewerberseinrichtungen.*«

Das Wutschnauben im Sinne von »Die machen ja gar nicht brav, was man ihnen sagt – die machen ja, was sie wollen!« ist symptomatisch für den politischen Umgang einiger Parteien mit Geflüchteten. Die Beschwerde zeigt aber auch, dass sich ganz real Widerstände und Proteste gegen diese Zumutungen in einer Form regen, die wahrgenommen wird. Was bedeutet diese Entwicklung konkret für die Menschen mit Fluchterfahrung? Wie bewegen sie sich in sozialen Räumen und über Grenzen hinweg? Wo fordern oder nehmen Geflüchtete sich Räume, verschaffen sich Gehör, organisieren ihr Leben um? Welche Erkenntnisse darüber sind in der sozialwissenschaftlichen Forschung vorhanden?

Meine These ist, dass es auch die Aufgabe solidarischer Wissenschaftler_innen ist, die vielfältigen Praktiken der Geflüchteten

3 <https://www.tagesschau.de/inland/fluechtlinge-innenminister-101.html>; letzter Zugriff: 16.11.2015.

anzuerkennen und sie dabei zu unterstützen, Räume zum gemeinsamen Austausch und zur Selbstartikulation zu öffnen.

Vielfältige Praxen des Einforderns von Zugängen

Mit einem Blick auf die internationale Forschung wurden in den vergangenen Jahren viele Beiträge zu *agency* und Resilienz veröffentlicht, die langsam auch Einzug in die deutschsprachigen Debatten finden. Der Begriff *agency* oder Handlungsmacht zielt auf eigensinnige, widerständige Dimensionen der Handlung, aus denen sich transformatorische Praktiken entwickeln können. Für Geflüchtete sind dabei vielfältige Anknüpfungspunkte relevant: Ihre Lage bewegt sich zwischen Mobilität und Immobilität, repräsentativen Rahmungen und Hilfsangeboten, symbolischen und materiellen Ausgrenzungen sowie der Forderung auf Anerkennung als neue Bürger_innen (im Sinne von Étienne Balibars »*New Citizens*«⁴). All diese Gratwanderungen sind ein Feld, in dem Praktiken der Transformation und vielfältige widerständige Haltungen sehr gut wahrzunehmen sind. Sie zeigen sich anhand des Umgangs mit den prekären, zeitlich begrenzten oder vorenthaltenen Rechten und daran, wie sich Geflüchtete selbst organisieren, um öffentlich für ihre Interessen einzutreten. Die Strukturen und Perspektivenwechsel, die dabei sichtbar werden, sind für die Forschung mit Geflüchteten zentrale Anknüpfungspunkte.

Die Proteste der Geflüchteten werden über Netzwerke strukturiert, die, wie Larissa Fleischmann darstellt, teilweise schon jahrelang bestehen (etwa das *Voice Refugee Forum*⁵ oder *Women in Exile*⁶). In ihnen werden gemeinsame Forderungen artikuliert, die sich

4 Balibar, Étienne (2015): *Citizenship*, Cambridge.

5 <http://www.thevoiceforum.org/>; letzter Zugriff: 16.11.2015.

6 <https://www.women-in-exile.net/>; letzter Zugriff: 16.11.2015.

gegen rassistische Ausgrenzung und asylrechtliche Einschränkungen wie Lagerpolitiken oder Residenzpflicht richten. Die dort stattfindenden Praxen der Selbstermächtigung und der Selbstorganisation führen bei den Geflüchteten zu einem dazu, in bestehenden Sozialräumen (etwa Stadtvierteln⁷) und erweiterten Netzwerken der Migrationsgesellschaft (etwa antirassistischen Solidaritätsstrukturen oder Flüchtlingsinitiativen) Fuß zu fassen und gemeinsame Kämpfe zur Veränderung der Verhältnisse auszurichten. Gleichzeitig werden aber auch die mitgebrachten Kompetenzen im gemeinsamen Austausch aktualisiert und neu kontextualisiert, wie es etwa bei der selbstorganisierten *Refugee*-Plattform »Jugendliche ohne Grenzen«⁸ geschieht. Sie hat in den vergangenen Jahren durch Veranstaltungen, Vorträge und Veröffentlichungen immer wieder auf sich aufmerksam gemacht und konkrete Forderungen zur Verbesserung der Zugänge junger Geflüchteter zu gesellschaftlichen Ressourcen gestellt. So wurden etwa im März 2015 bei der Aktion »Mein Zeugnis für Merkel!« 130 Schulzeugnisse sowie Briefe junger Geflüchteter gesammelt dem Kanzleramt übergeben, mit der Forderung, Geflüchtete ohne sicheren Aufenthaltsstatus stärker in die Bleiberechtsdebatte einzubeziehen.⁹

Wie Giulia Borri und Elena Fontanari in einem aktuellen Artikel herausarbeiten, kann auch Mobilität als zentrales Lebensverhältnis von Geflüchteten als positive Strategie angewendet werden, um ihre Lebensvorstellungen zu verwirklichen.¹⁰ Dafür werden unter anderem informelle selbstorganisierte Netzwerke genutzt, die sich

7 Lambert, Laura/Liebig, Manual/Schwiertz, Helge (2015): Willkommen um zu bleiben?, in: analyse & kritik – zeitung für linke Debatte und Praxis Nr. 609, http://www.akweb.de/ak_s/ak609/10.htm; letzter Zugriff: 16.11.2015.

8 <http://jogspace.net/>; letzter Zugriff: 16.11.2015.

9 <http://bildung.jogspace.net/2015/03/>; letzter Zugriff: 16.11.2015.

10 Borri, Giulia/Fontanari, Elena (2015): Lampedusa in Berlin: (Im)Mobilität innerhalb des europäischen Grenzregimes, in: PERIPHERIE 35 (138/139), 193–211, online unter: <http://www.linksnet.de/de/artikel/32559>; letzter Zugriff: 16.11.2015.

über Europa hinweg spannen und über die Informationen zu Transit-, Wohn- oder Arbeitsmöglichkeiten weitergegeben werden:

»Durch Bewegungen und die Informationen, die in den Netzen zirkulieren, entsteht ein kollektives Wissen über die bürokratische Praxis an den verschiedenen Orten. Dieses kollektive Wissen wird von den Flüchtlingen genutzt, um einige Grenzen zu umgehen oder zu überwinden und um ihren Lebensvorstellungen zu folgen.«

Bildungsinstitutionen im Umbruch

Ada [Name geändert], eine jungen Geflüchtete, deren Asylverfahren seit vielen Monaten nicht zum Abschluss kommt, suchte mich vor einiger Zeit aktiv auf, um mir ihre Geschichte zu erzählen. Sie sagte:

»Ich möchte nicht mehr warten, bis sie sagen, ich kann genug Deutsch. Ich möchte jetzt studieren. Ich habe schon zwei Jahre mit Nichts-Tun [gemeint ist im Sinne der Bildung, Anm. J.B.] verbracht. Ich verpasse Jahre um Jahre meiner Jugend.«

Ada wollte auch konkret Veränderungen einfordern, die sie für ihre Lebensplanung benötigt: Jetzt die Möglichkeit zu erhalten, zu studieren – nicht erst irgendwann. Sie und andere Menschen mit und ohne Fluchterfahrung setzen seit Jahren die verkrusteten Strukturen der Universitäten und Bildungseinrichtungen unter Druck, sich zu öffnen. Und es sind mittlerweile Veränderungen sichtbar: Aktuell sind an vielen Universitäten und Bildungseinrichtungen des Landes Prozesse im Gange, geflüchteten Menschen in bestehende oder neu entstehende Angebote aufzunehmen

und ihnen einen Zugang zu (Weiter-)Bildung zu ermöglichen.¹¹ Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat dafür jüngst angekündigt, die Hochschulen in den kommenden Jahren mit Fördergeldern von insgesamt rund 100 Mio. Euro zu unterstützen.¹² Anknüpfungsmöglichkeiten für solidarische Unterstützung durch (Flucht-)Forscher_innen können in der Form bestehen, dass sie in die universitären Prozesse die Stimmen der Geflüchteten hineinbringen können und so immer wieder neue Anknüpfungspunkte auf Grundlage der Bedürfnisse der Adressat_innen einbringen. Dies kann durch Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Forschung geschehen, aber auch durch das konkrete Wahrnehmen der eigenen Person als politische_r Akteur_in und Unterstützer_in. Die eigene Haltung ist dabei maßgeblich:

»Wenn man diese Bewegung der Regierbarmachung der Gesellschaft und der Individuen historisch angemessen einschätzt und einordnet, dann kann man ihm, glaube ich, das zur Seite stellen, was ich die kritische Haltung nenne [...] eine moralische und politische Haltung, eine Denkungsart, welche ich nenne: die Kunst, nicht regiert zu werden bzw. die Kunst, nicht auf diese Weise und um diesen Preis regiert zu werden.« (Foucault 1992: 11–12¹³)

Es bestehen bereits Kooperationen, die als gute Beispiele dienen können: Etwa bei den *Urban Refugees*, einer Forschungsgruppe der Universität Stuttgart, in der Personen mit und ohne Fluchter-

11 Habermalz, Christiane (2015): Zunächst die »Studierfähigkeit« ermitteln, in: http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-an-hochschulen-zunaechst-die-studierfaehigkeit.680.de.html?dram%3Aarticle_id=336780X; s. a. <https://www.hs-magdeburg.de/hochschule/aktuelles/detail/single/studium-fuer-fluechtlinge-hochschule-magdeburg-stendal-startet-pilotprojekt.html>; letzter Zugriff: 16.11.2015.

12 <https://www.bmbf.de/de/fluechtlingen-den-zugang-zum-studium-ermoeglichen-1980.html>; letzter Zugriff: 16.11.2015.

13 Foucault, Michel (1992): Was ist Kritik, Berlin.

fahrung gemeinsam Partizipationsforschung betreiben.¹⁴ Daraus entstand ein sehenswertes selbstorganisiertes Projekt, in dem die Beteiligten mit anderen Geflüchteten gemeinsam Gespräche zu Bedürfnissen und Ideen zur besseren gemeinsamen Vernetzung und Sichtbarkeit in der Stadtgesellschaft führten. Ihr Bericht des Projekts »*Interaction and capacity development through self-actualization*« endet mit dem Satz: »Tell me, and I forget; teach me, and I remember; involve me, and I learn« (Urban Refugees 2015, S. 31¹⁵). Eine ähnliche Zielsetzung ist auch in einem sozialräumlichen Projekt des Wiener Labor für Partizipative Aktionsforschung, ebenfalls universitär angesiedelt, sichtbar: Konzipiert werden urbane Bildungsräume für junge Geflüchtete – und zwar gemeinsam mit ihnen.¹⁶

Die Bildungsinstitutionen können also einen weitreichenden Beitrag leisten: indem sie reale Räume zur Verfügung stellen, interdisziplinäre Unterstützungsangebote für interessierte Geflüchtete anbieten und sich auch nicht scheuen, nach möglichen Veränderungen der eigenen Ausrichtung von Forschung und Lehre hin zu einem inklusiveren Einbezug von Geflüchteten zu suchen. Und auch, indem sie im Sinne der Diversität der Hochschule Fragen nach Zugang zu Bildung entlang von Klassen- und Milieuzugehörigkeit stellen. Die Schriftstellerin Taiye Selasi führte hierzu aus: »To call one student American, another Pakistani, then triumphantly claim student body diversity ignores the fact that these students are locals of the same milieu«.¹⁷

14 <http://refugeesinstuttgart.com/>; letzter Zugriff: 16.11.2015.

15 <http://refugeesinstuttgart.com/project/realization/your-self-organized/>; letzter Zugriff: 16.11.2015.

16 <http://www.futurelab.tuwien.ac.at/displaced-participatory-action-research-urbane-bildungsraume-fur-junge-fluchtlinge-kunstlerisches-projekt/>; letzter Zugriff: 16.11.2015.

17 Selasi, Tayie (2014): Don't Ask Where I'm From, Ask Where I'm Local, in: TED-Global, https://www.ted.com/talks/taiye_selasi_don_t_ask_where_i_m_from_ask_where_i_m_a_local?language=en; letzter Zugriff: 16.11.2015.

Solidarität mit den »Refugee Struggles«

Die aktuellen Entwicklungen können, über unterschiedliche Kontexte hinweg, als eine fortwährende Darstellung der Handlungsmacht Geflüchteter gelesen werden. Sie selbst sind dabei die Erzähler_innen. Mit jeder öffentlichen Forderung entscheiden sie, sich selbst als handelnde Menschen mit Kompetenzen, Fähigkeiten und Rechten zu erfahren und darzustellen. Sie bringen durch ihr Engagement Wissen und Erfahrung ein und finden damit als Subjekte Anerkennung. Das Erheben der eigenen Stimme ist eine von vielen Bewältigungsstrategien, die in den deutschsprachigen wissenschaftlichen Forschungsprojekten oder journalistischen Berichten mehr und mehr Erwähnung finden und den Druck auf die gesellschaftlichen Strukturen erhöhen. Viele Geflüchtete in Europa sind fest entschlossen, ihre Stimme zu erheben und führen jeden Tag politische Aushandlungsprozesse gegen das militarisierte Grenzregime und die restriktiven Rechtslagen – etwa in dem Bündnis »Recht auf Stadt – Never Mind the Papers!«¹⁸ mit einer großer Demonstration am 14. November 2015 in Hamburg, gemeinsam mit anderen Geflüchteten aus Afghanistan vor dem Berliner LaGeSo, oder in den Grenzlagern im slowenischen Brežice durch aufmerksamkeits-erregende Protesthandlungen.¹⁹ Edward Said betont die Wichtigkeit, die eigene Geschichte zu erzählen, um Veränderung zu erzielen: »*There seems to be nothing in this world which sustains the story; unless you go on telling it, it will just drop and disappear...*« (zitiert nach Rushdie 1991: 178²⁰).

18 <http://nevermindthepapers.noblogs.org/>; letzter Zugriff: 16.11.2015.

19 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-10/slowenien-fluechtlinge-grenze-kroatien-armee>; letzter Zugriff: 16.11.2015.

20 Salman Rushdie (1991): On Palestinian Identity: A Conversation with Edward Said, in: Rushdie, Salman (Hrsg.), *Imaginary Homelands*, London.

Geflüchtete, die nach Deutschland migrieren, sind nicht nur als Opfer und Empfänger_innen von wie auch immer gearteten Hilfen zu sehen. Vielmehr sind sie als eigenständige, kämpferische und politische Akteur_innen anzuerkennen, die von unterschiedlichen Umständen und Grenzsetzungen herausgefordert sind und eigene Strategien des Umgangs entwickeln können.

Notwendig sind eine solidarische Unterstützung der Forderungen nach Rechten und die Anerkennung durch Dritte. Dies bezieht sich auch darauf, dass die Verteilung von und der Zugang zu Ressourcen grundlegend in die Debatten und die daraus resultierenden Umsetzungen einzubeziehen ist. Für und mit Geflüchteten sind folglich immer weiter Räume als Arenen der Bedürfnisartikulation zu schaffen, in denen sie Zugang zu den Ressourcen der Gesellschaft erhalten und weiter ausbauen können. Mit »Räumen« sind dabei sowohl konkrete Sozialräume als auch kritische Reflexionsräume, zum Beispiel innerhalb von Forschungskontexten, gemeint.

Der weiter oben aufgeführte Foucault'sche Imperativ wird im Asylkontext besonders deutlich: durch die Sichtbarkeit der Zwänge, Restriktionen und Grenzen, der Kontrollen und Widersprüche. Aber auch durch das Zutagetreten der Notwendigkeit, moralische und politische Haltungen in Handlungen zu übersetzen, welche diese Zwänge und Einschränkungen in Frage stellen. Die damit verbundene »Kunst, nicht dermaßen regiert zu werden« (Foucault 1992, S. 12) wirft für alle Beteiligten grundlegende Fragen zum Verhältnis von Solidarität mit (anderen) Geflüchteten, Veränderungen von Lebensbedingungen unter restriktiven Rechtslagen und einer auf Privilegien fußenden Politik und bildungspolitischen Praxis auf.

Alles, bloß kein Terrorismus¹

Robin Schröder

In Deutschland gehen immer mehr Flüchtlingsunterkünfte bei Brandanschlägen in Flammen auf. Obwohl sich in den meisten dieser Gebäude Menschen aufhielten, spricht niemand von Terrorismus. Warum eigentlich nicht?

Eine besorgniserregende Entwicklung im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingskrise ist die Zunahme ausländerfeindlicher Gewalt. Insbesondere Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte haben hier deutschlandweit Aufmerksamkeit erregt. Allein zwischen Januar und September 2015 kam es laut Recherchen von NDR, WDR und der Süddeutschen Zeitung zu 61 Brandanschlägen, von denen sich 40 gegen bewohnte Häuser richteten.² Bei zwei Dritteln dieser Brandstiftungen wurden also eine mögliche Verletzung der dort untergebrachten Flüchtlinge oder gar schlimmere Folgen zumindest billigend in Kauf genommen. In allen Fällen wollte man das Obdach der Flüchtlinge bewusst zerstören. Dies allein ist bereits eine erhebliche Schädigung der Opfer.

Auch der Anschlag auf die mittlerweile gewählte neue Ober-

1 online erschienen am 26.10.2015 auf <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/2015/10/26/alles-bloss-kein-terrorismus/> und auf dem Flüchtlingsforschungsblog.

2 Kampf, Lena/Baars, Christian (2015): Feuer aus der Mitte der Gesellschaft, in: Süddeutsche Zeitung, 17.9.2015, <http://www.sueddeutsche.de/politik/anschlaege-auf-fluechtlingsheime-feuer-aus-der-mitte-der-gesellschaft-1.2652425>; letzter Zugriff: 26.10.2015.

bürgermeisterin der Stadt Köln, Henriette Reker³, unterstreicht die zunehmende Radikalisierung und Gewaltbereitschaft in fremdenfeindlichen Kreisen. Die Motive des voll zurechnungsfähigen Täters waren Ausländerhass und die Ablehnung der Asylpolitik Rekers.

Vor diesem Hintergrund muss dem Thema Rechtsterrorismus in Deutschland unabhängig von den immer noch laufenden NSU-Fällen wieder mehr Aufmerksamkeit beigemessen werden. Brandanschläge und andere Fälle fremdenfeindlicher Gewalt erfolgen derzeit über ganz Deutschland verteilt mit einer bedrückenden Regelmäßigkeit. Die Gefahr rechtsextremistischer Gewalt im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise ist aktuell deutlich konkreter als die abstrakte Bedrohung durch gewaltbereite Islamisten unter den Flüchtlingen, auch wenn das keinesfalls abgetan werden kann.

Das »T-Wort«:

Eine schwierige Begriffsbestimmung

Im Rahmen der Arbeit am nächsten »Jahrbuch Terrorismus« des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel⁴ spielt die Frage, wann rechtsextreme Gewalt die Schwelle zum Terrorismus überschreitet, eine wesentliche Rolle. Mit Hinblick darauf, dass das »T-Wort« selten mit Brandanschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte in Verbindung gebracht wird, stellen mittlerweile auch Vertreter der Medien die relevante Frage nach der Definition von Terrorismus.⁵

3 Gansing, Patrick (2015): Vereint im Hass auf Flüchtlinge und das System, in: <https://www.tagesschau.de/inland/reker-attentat-rechtsextremismus-101.html>; letzter Zugriff: 26.10.2015.

4 <https://www.ispk.uni-kiel.de/de/projekte/transnationaler-terrorismus>; letzter Zugriff: 26.10.2015.

5 siehe z. B. <http://www.vice.com/de/read/das-ist-natuerlich-eine-form-von-rechtsterrorismus-interview-robin-schroeder-376X>; letzter Zugriff: 26.10.2015.

Kann also das vorsätzliche Anzünden von Flüchtlingsunterkünften als Terrorismus bezeichnet werden? Die Antwort darauf hat eine sozialwissenschaftliche und eine rechtliche Ebene. Als Sozialwissenschaftler möchte ich mich dieser Frage vor allem auf der ersten Ebene nähern, will jedoch auch die wichtigsten Aspekte in der deutschen Rechtsprechung nicht gänzlich unterschlagen.

Bis heute gibt es keine allgemeingültige, weltweit anerkannte Definition des Begriffs Terrorismus. Eason und Schmid (2011⁶) konnten allein ca. 260 unterschiedliche Definitionen zusammenstellen. Dies ist zum einen darin begründet, dass es immer Ausnahmefälle geben wird, die eine wissenschaftliche Definition nicht hundertprozentig »wasserdicht« machen. Zum anderen ist die Definition von Terrorismus für viele Staaten eine politisch recht delikate Angelegenheit. Seit jeher ist »Terrorismus« ein normativ extrem aufgeladener Begriff. Es ist das alte Lied: Was für den einen Terroristen sind, sind für den anderen Freiheitskämpfer. Als Konsequenz konnte auf internationaler Ebene bis heute keine verbindliche, offizielle und allgemeingültige Definition gefunden werden, die von allen Staaten anerkannt wird.

Kernelemente wissenschaftlicher Terrorismusdefinitionen

Auch im wissenschaftlichen Diskurs findet man zahlreiche unterschiedliche Definitionsversuche des Terrorismusbegriffs. Um sich von dem Problem des oben genannten normativ-politischen Framing zu lösen, hat sich in der Wissenschaft jedoch eine gewisse

6 Eason, Joseph J./Schmid, Alex P. (2011): Appendix 2.1: 250-plus Academic, Governmental and Intergovernmental Definitions of Terrorism, in: Schmid, Alex P. (Hrsg.), *The Routledge Handbook of Terrorism Research*, New York, NY. 99-157.

Einigkeit hinsichtlich der Frage entwickelt, welche Eigenschaften ein Gewaltakt mindestens haben muss, um als terroristisch definiert zu werden:

Erstens wird die Tat planmäßig, also mit Vorsatz, verübt und verfolgt dabei ein politisches Ziel bzw. will einen politischen Wandel bewirken. Der Begriff »politisch« schließt hier ideologisch und religiös mit ein (Hoffmann 1998: 43⁷; Waldmann 2005: 32⁸). Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass die Tat nicht einem unmittelbaren persönlichen Nutzen, wie etwa der Selbstbereicherung, dient. Dies bedeutet auch, dass in der Regel keine direkte persönliche Beziehung zwischen Tätern und Opfern besteht, wodurch z.B. ein persönliches Rachemotiv ausgeschlossen werden kann.

Zweitens basiert die Auswahl der Zielpersonen darauf, dass sie – oft auch im sehr weiten Sinne – zu einer Gruppe gehören, die etwas repräsentiert, was die Täter aus politischen Gründen ablehnen. Im Rahmen dieser Gruppe erfolgt die Auswahl der Opfer zumeist willkürlich. Eine Ausnahme von der willkürlichen Auswahl der Opfer stellen vor allem gezielte Anschläge auf politisch relevante Personen dar, wie etwa im Falle des Anschlags auf Henriette Reker in Köln. Weiterhin hat sich nach langer Diskussion heute die Meinung durchgesetzt, dass die Opfer eines terroristischen Anschlages Zivilisten bzw. »Nicht-Kombattanten« sein müssen (Schmid 2014⁹).

Drittens ist Terrorismus vor allem ein Akt der Kommunikation. Die Willkür der Opfersauswahl weist hierauf bereits hin, denn die direkten Opfer sind nicht das Primärziel eines terroristischen Anschlages. Vielmehr dient ihr Leid nur als Mittel zum Zweck, um

7 Hoffman, Bruce (2006): Inside Terrorism, New York, NY.

8 Waldmann, Peter (Hrsg.) (2005): Determinanten des Terrorismus, Weilerswist.

9 Schmid, Alex P. (2014): Defining Terrorism, Vortrag im Rahmen des Symposium »Terrorism Research: Past, Present and Future«, University of St Andrews, <http://www.st-andrews.ac.uk/~cstpv/cstpvniversarysymposium>; letzter Zugriff: 26.10.2015.

eine größere Zielgruppe mit einer impliziten oder expliziten Nachricht zu erreichen. Die so erzielte politische Kommunikation ist gleichsam eine gewaltsame Einschüchterung der sozialen Gruppe, zu denen die Opfer des Anschlages zählen; eine mit einer Drohung verbundene Aufforderung an den Staat (oder mehrere Staaten) ein bestimmtes Verhalten zu ändern; sowie auch ein an Sympathisanten der eigenen Sache gerichteter Aufruf zur politischen Mobilisierung (Schneckener 2006: 32¹⁰; Waldmann 2005: 43).

Hinsichtlich der Frage, ob und wie Terrorismus organisiert sein muss, unterscheiden einige Wissenschaftler Staatsterrorismus von nichtstaatlichem Terrorismus (Schneckener 2006: 21). Die meisten Definitionen weisen allerdings darauf hin, dass Terroristen – selbst wenn sie im Auftrag eines Staates handeln – als »*clandestine agents*« aus dem Verborgenen heraus agieren. Dies impliziert auch eine Position der Schwäche gegenüber der politischen Ordnung, welche die Terroristen ändern wollen. Nach wissenschaftlicher Definition können Terroristen auch Einzeltäter sein, d. h. es bedarf nicht der Angehörigkeit zu irgendeiner radikalen Organisation, um terroristische Anschläge zu verüben. Gerade in letzter Zeit wurde dies durch das Phänomen der sogenannten »*lonewolf*«-Terroristen, die oft durch Selbstradikalisierung zu Tätern wurden, unterstrichen.

Die Terrorismusdefinition des U.S.-Außenministeriums von 2007 ist nach Auffassung des einflussreichen niederländischen Terrorismusforschers Alex P. Schmid zeitgemäß. Demnach ist Terrorismus »[...] *premediated, politically motivated violence perpetrated against non-combatant targets by subnational groups or clandestine agents, usually intended to influence an audience*«.¹¹

10 Schneckener, Ulrich (2006): Transnationaler Terrorismus: Charakter und Hintergründe des »neuen« Terrorismus, Frankfurt/Main.

11 <http://www.nij.gov/topics/crime/terrorism/pages/welcome.aspx#noteReferer1X>; letzter Zugriff: 26.10.2015.

Aus wissenschaftlicher Perspektive ein eindeutiger Befund

Gleicht man nun die oben genannten Kernelemente wissenschaftlicher Terrorismusdefinitionen mit den hier diskutierten konkreten Fällen der Brandanschläge auf bewohnte Flüchtlingsunterkünfte ab, kommt man zu folgendem Schluss: Das Ziel der Anschläge ist ein politisches, die Auswahl der Opfer ist willkürlich und der Zweck des Anschlages, fremdenfeindliche Botschaften zu transportieren, ist eindeutig. Dabei richtet sich die Botschaft als Drohung an die soziale Gruppe der Flüchtlinge selbst, als gewaltsame Widerstandsbekundung an die politischen Entscheidungsträger und als Mobilisierungsauf Ruf an politisch Gleichgesinnte innerhalb der Bevölkerung. Dass dieser Aufruf Gehör findet, zeigt die steigende Zahl der Brandanschläge. Es wird deutlich, dass Brandanschläge auf bewohnte Flüchtlingsheime aus sozialwissenschaftlicher Perspektive in der Tat als Terrorismus bezeichnet werden können.

Wer ist Terrorist nach deutscher Rechtslage?

Die wissenschaftliche Definition eines politisch motivierten Gewaltphänomens allein gibt jedoch einem Rechtsstaat noch keine Handhabe, um dagegen vorzugehen. Aus diesem Grund soll abschließend ein kurzer Blick auf die Rechtslage in Deutschland geworfen werden.

Der einzige Paragraph im deutschen Strafgesetzbuch (StGB), der sich explizit mit Terrorismus auseinandersetzt, ist § 129a.¹² Dieser Paragraph, der Gründung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verbietet, stammt aus der Zeit der Roten Armee Fraktion (RAF) und wurde vor dem Hintergrund transnational agierender terroristischer Gruppen durch § 129b StGB in seinem Geltungsbereich

12 http://www.gesetze-im-internet.de/stgb/___129a.html; letzter Zugriff: 26.10.2015.

auf das Ausland ausgeweitet. Die aus § 129a StGB zu entnehmende Definition von Terrorismus orientiert sich an den diversen Straftaten im Sinne des StGB, wie etwa Mord, die als Mitglied einer solchen Gruppen begangen werden. Zu den unter § 129a StGB aufgeführten Straftaten zählt übrigens auch Brandstiftung (§§ 306 a, b, c).

Im Gegensatz zu wissenschaftlichen Definitionen bindet § 129a den Straftatbestand Terrorismus selbst aber explizit an die Mitgliedschaft in einer »terroristischen Vereinigung«. Im Falle von terroristischen Einzeltätern, die keiner Organisation zugehörig sind, greifen dabei unabhängig von § 129a StGB alle weiteren im deutschen Strafrecht definierten Straftaten. Grundsätzlich ist der Staat auf dieser Basis gegenüber terroristischer Gewalt strafrechtlich handlungsfähig. Eine eindeutige Definition des rechtlichen Verständnisses von Terrorismus ergibt sich aus § 129a StGB jedoch nicht. Der konkrete politische Hintergrund, der eine Straftat zu einem terroristischen Akt werden lässt, ist im deutschen Strafrecht somit von zweitrangiger Bedeutung.

Kurzum: Zündet ein Terrorist eine Bombe, so wird er in erster Linie zum Kriminellen, weil er vorsätzlich Menschen verletzt oder umgebracht hat, und nicht weil er ein Terrorist ist. Insofern sind Personen, die Flüchtlingsheime anzünden, nach deutschem Strafrecht zwar Brandstifter und damit Straftäter, nicht jedoch Terroristen, solange sie nicht eindeutig einer als terroristisch klassifizierten Organisation angehören.

Konkreter als § 129a StGB: das Antiterrordateigesetz

Das sogenannte Antiterrordateigesetz (ATDG), welches 2006 vor allem vor dem Hintergrund des transnationalen islamistischen Terrorismus verabschiedet wurde, gibt weiteren Aufschluss über die Definition von Terroristen in den Augen des deutschen Staates.

laut § 2 ATDG handelt es sich hierbei um

»Personen, die rechtswidrig Gewalt als Mittel zur Durchsetzung international ausgerichteter politischer oder religiöser Belange anwenden oder eine solche Gewaltanwendung unterstützen, vorbereiten oder durch ihre Tätigkeiten, insbesondere durch Befürworten solcher Gewaltanwendungen, vorsätzlich hervorrufen.«¹³

Ist Flüchtlingspolitik nun ein Thema von international ausgerichtetem politischem Belang? Da die derzeitige Flüchtlingskrise die internationale Politik mindestens genauso sehr beschäftigt wie die Innenpolitik der europäischen Länder, kann diese Frage wohl mit ja beantwortet werden. Trifft die weitere Definition eines Terroristen nach § 2 ATDG auf Personen zu, die aus fremdenfeindlichen Motiven bewohnte Flüchtlingsunterkünfte anzünden? Im Sinne der vorausgegangenen Darstellung in diesem Beitrag kann auch das bestätigt werden.

Fazit: Die Dinge beim Namen nennen

Es zeigt sich also, dass Brandanschläge auf bewohnte Flüchtlingsheime nach sozialwissenschaftlichen Maßstäben, aber auch auf Grundlage von § 2 ATDG, als das bezeichnet werden können, was sie der Definition nach sind: Terrorismus. Und selbst wer sich scheut, das »T-Wort« in diesem Kontext zu nutzen, sollte zumindest nicht den Kopf in den Sand stecken und verleugnen, dass es sich hierbei eindeutig um politisch motivierte, rechtsradikale Straftaten handelt.

Eine konsequente Positionierung von Medien, Behörden und Politik in diesem Sinne könnte – ganz abgesehen von einer rigorosen Strafverfolgung – eventuell sogar einige Straftaten verhindern: Der ein oder andere potenzielle Täter würde es sich

13 http://www.gesetze-im-internet.de/atdg/___2.html; letzter Zugriff: 26.10.2015.

vermutlich einmal öfter überlegen, zu Streichholz und Benzinkanister zu greifen, wenn ihm und auch seinen Mitbürgern klar wäre, dass er damit zum Terroristen wird.

Flüchtlingsrechte sichern!

Sicherheit und Menschenrechte im Umgang mit Flüchtlingssituationen¹

Svenja Gertheiss

In der Flüchtlingspolitik fällt häufig das Schlagwort »Sicherheit«. Dabei geht es meist um die (vermeintliche) Bedrohung der Aufnahmestaaten, seltener um die Sicherheit von Flüchtlingen. Um letztere angemessen zu adressieren, führt eine menschenrechtliche Perspektive weiter. Sie nimmt sowohl einige zentrale Fluchtursachen als auch Bedrohungen für Schutzsuchende während der Flucht in den Blick. Schließlich lassen sich so auch Gefahren ansprechen, die durch Verstöße gegen Flüchtlingsrechte in den Aufnahmestaaten drohen, etwa in Europa.

»Sagen Sie jetzt nicht Sicherheit« verlangte Fabian Hanschen schon vor zwei Jahren in seinem Blogbeitrag zur deutschen Asyldebatte.² Noch immer möchte man diese Aufforderung in die politischen und öffentlichen Kontroversen hineinrufen. Denn allzu oft steht dann nicht die Sicherheit der Flüchtenden im Fokus, sondern »unsere« Sicherheit, die durch die Schutzsuchenden vermeintlich in Gefahr

1 online erschienen am 19.10.2015 auf <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/2015/10/19/fluechtlingsrechte-sichern-sicherheit-und-menschenrechte-im-umgang-mit-fluechtlingsituationen/> und auf dem Flüchtlingsforschungsblog.

2 Hanschen, Fabian (2013): Sagen Sie jetzt nicht »Sicherheit« – warum die Asyldebatte falsch läuft, in: <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/2013/08/26/sagen-sie-jetzt-nicht-sicherheit/>; letzter Zugriff: 19.10.2015.

gerät; entweder aus einem diffusen Bedrohungsgefühl heraus, das »unsere« Gesellschaftsordnung unterwandert würde, oder im Sinne einer konkreten Gefährdung durch Terrorismus und Kriminalität. So geraten unter dem Schlagwort »Sicherheit« die Schutzsuchenden selbst und ihre Belange leicht aus dem Blick. Dabei sind sie nicht nur spezifischen Gefährdungen ausgesetzt, sondern vor allem auch TrägerInnen von Rechten. Letzteres sollte in der öffentlichen Debatte betont werden und nicht zwischen (vorgeblichen) Sicherheitsargumenten verloren gehen.

Sicherheit und Sicherheitsforschung im Kontext von Flucht und Migration

Tatsächlich ist die Verknüpfung der Themen Sicherheit und Migration keineswegs neu. Die politikwissenschaftliche Debatte um die (vermeintliche) »Versicherheitlichung« der Flüchtlings- und allgemeiner der Migrationspolitik ist beispielsweise schon mindestens 20 Jahre alt.³ Gerade nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurden solche Prozesse intensiv erörtert. Dabei stand die Sicherheit von Staaten im Fokus, meist der westlichen Aufnahmeländer, und deren Versuche, Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen unter Verweis auf Sicherheitsbedenken zu rechtfertigen. Vor allem in der Friedens- und Konfliktforschung werden Flüchtlingsbewegungen auch als Unsicherheitsfaktor für Nachbarländer von Konfliktgebieten analysiert. Anrainerstaaten sind in der Regel die ersten und primären Zufluchtsorte. Bereits latent vorhandene Konflikte in solchen Erstaufnahmestaaten können durch

3 siehe z. B. Faist, Thomas (2005): *The Migration-Security Nexus: International Migration and Security before and after 9/11* (Center on Migration, Citizenship and Development, Working Paper 9/2005), Bielefeld, http://www.uni-bielefeld.de/tidrc/ag_comcad/downloads/workingpaper_9.pdf; letzter Zugriff: 19.10.2015.

Flüchtlingsbewegungen verschärft werden, etwa aufgrund (noch) knapper werdender Ressourcen oder demographischer Veränderungen.⁴ Auch die Mobilisierung, Politisierung und Militarisierung in Flüchtlingslagern stellt einen wichtigen Forschungsgegenstand dar.⁵

Wessen Schutz?

In jüngster Zeit wurden derartige Gefährdungslagen aber auch in Bezug auf europäische Staaten öffentlich thematisiert. Verlautbarungen des sogenannten »Islamischen Staats« man habe mit den Flüchtlingen tausende Kämpfer nach Europa geschleust⁶, sorgten für Wirbel. Zwar wiesen deutsche Sicherheitsorgane solche Befürchtungen klar zurück, betonten aber, dass durchaus Versuche einheimischer Islamisten zu beobachten seien, die ankommenden Flüchtlinge für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.⁷ Auch Befürchtungen, Flüchtlinge könnten Konflikte aus ihrer Heimat in Deutschland weiterführen, wurden laut.⁸

Weit weniger thematisiert wurden Sicherheitsaspekte in der politischen Debatte bislang unter einer Perspektive der mensch-

4 Angenendt, Steffen/Apt, Wenke (2010): Die demographische Dreiteilung der Welt (SWP-Studie 28), http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2010_S28_adt_apw_ks.pdf; letzter Zugriff: 19.10.2015.

5 Lebson, Mike (2013): Why Refugees Rebel: Towards a Comprehensive Theory of Refugee Militarization, in: International Migration 51 (5), 133-148.

6 Brown, Aaron (2015): »Just wait...« Islamic State reveals it has smuggled THOUSANDS of extremists into Europe, in: Express, 18.11.2015, <http://www.express.co.uk/news/world/555434/Islamic-State-ISIS-Smuggler-THOUSANDS-Extremists-into-Europe-Refugees>; letzter Zugriff: 19.10.2015.

7 <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-09/fluechtlinge-bundesverfassungsschutz-gefahr-maassen-sicherheit>; letzter Zugriff: 19.10.2015

8 Haltaufderheide, Ida (2015): Konflikte in Unterkünften: Das sind die Streitpunkte zwischen den Flüchtlingsgruppen, in: Focus Online, 30.9.2015, http://www.focus.de/politik/deutschland/religion-herkunft-gemeinsame-geschichte-konflikte-in-unterkuenften-das-sind-die-grossen-streitpunkte-zwischen-den-fluechtlingsgruppen_id_4979934.html; letzter Zugriff: 19.10.2015.

lichen Sicherheit, also der Sicherheit der Schutzsuchenden. Dabei werden diese selbst in »sicheren« Staaten wie Deutschland noch Ziel von Aggression, wie die vielen rassistischen Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte überdeutlich machen. Obwohl in den letzten Monaten einige Debattenbeiträge mit Bezug zur menschlichen Sicherheit aufkamen, konzentrierten sie sich allerdings beinahe ausschließlich auf Schleuser, die eine Bedrohung für die Fliehenden darzustellen scheinen.⁹

In ihrem 10-Punkte-Plan vom April 2015 setzte die Europäische Kommission die Bekämpfung von Schleppern ganz oben auf die Liste.¹⁰ Angelehnt an die Militäroperation *Atalanta*, die der Piraterie-Bekämpfung vor Somalia dient, stand sogar die Zerstörung von Schmugglerbooten als Maßnahme im Raum. Unerwähnt blieb in dem 10-Punkte-Plan freilich die Tatsache, dass Flüchtlingen mangels legaler Alternativen keine Wahl bleibt, als auf Schlepperdienste zurückzugreifen, um in die Europäische Union zu gelangen. So hat sich gezeigt, dass gerade verstärkte Grenzsicherung in bestimmten Regionen nicht zur Einstellung solcher Dienste, sondern zur Verlagerung von Routen führt, die dann häufig noch länger, gefährlicher und teurer für die Flüchtlinge werden.¹¹ Unter dem Blickwinkel der menschlichen Sicherheit ist die Bekämpfung der Schleuser also durchaus ambivalent.

9 Schader, Miriam (2015): »Round up the usual suspects«. Vom Fluchthelfer zum Menschenschmuggler, in: <http://fluechtlingsforschung.net/round-usual-suspects/>; letzter Zugriff: 19.10.2015.

10 http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-4813_de.htm; dazu kritisch: Schader, Miriam (2015): »Man muss Türen öffnen« – oder zehn Punkte, um Flüchtlinge von europäischen Grenzen fernzuhalten, in: <http://fluechtlingsforschung.net/man-muss-turen-offnen-oder-zehn-punkte-um-fluechtlinge-von-europaischen-grenzen-fernzuhalten-2/>; letzter Zugriff: 19.10.2015.

11 Amnesty International (2014): *The Human Cost of Fortress Europe. Human Rights Violations Against Migrants and Refugees at Europe's Borders*, in: http://www.amnesty.eu/content/assets/Reports/EUR_050012014___Fortress_Europe_complete_web_EN.pdf; letzter Zugriff: 19.10.2015.

Flüchtlinge als RechteinhaberInnen statt als Sicherheitsobjekte begreifen

Nicht zuletzt aufgrund solcher Widersprüchlichkeiten, die sich unter dem Schlagwort »Sicherheit« ergeben, bietet eine menschenrechtliche Perspektive einen besseren Ansatz, um Flüchtlingssituationen zu analysieren und zu adressieren. Dabei weist sie starke Berührungspunkte zur Perspektive der menschlichen Sicherheit auf, denn bei beiden steht das Wohlergehen der Schutzsuchenden im Vordergrund. Gleichzeitig aber weitet die Betonung von Menschen- und Flüchtlingsrechten den Blick. Es werden nicht nur einzelne Abschnitte von Fluchtprozessen ins Auge gefasst, etwa die Transitroute. Vielmehr macht eine solche Perspektive sowohl einige zentrale Fluchtursachen deutlich als auch die Gefahren, die während der Flucht drohen, sowie Rechtsverletzungen, die im Zuge der Aufnahme in Drittstaaten unterlaufen können. Außerdem bilden Flüchtlinge hier nicht nur ein – bedrohendes oder bedrohtes – Objekt von Politik. Sie sind weder entpersonalisierte Gefahrenquelle noch passive Opfer, sondern werden als Träger von kodifizierten Rechten anerkannt und somit zu anspruchsberechtigten Akteuren.

Oft sind es (auch) Verstöße gegen fundamentale Menschenrechte, etwa das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf körperliche Unversehrtheit oder Religionsfreiheit im bzw. durch den Heimatstaat, die Menschen zur Flucht zwingen. Beispielsweise stellten in Deutschland 2014 über 13.000 Personen aus Eritrea einen Asylantrag¹², einem Land, dessen menschenrechtliche Bilanz verheerend ist. Doch auch massive Armut und gesell-

12 https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2014.pdf?__blob=publicationFile; letzter Zugriff: 19.10.2015.

schaftliche Marginalisierung gehen mit der Verletzung von wirtschaftlichen und sozialen Grundrechten einher.¹³

Eine menschenrechtliche Perspektive erlaubt es somit *erstens*, die Ursachen erzwungener Migration ganzheitlich in den Blick zu nehmen, und entsprechend an ihrer viel beschworenen »Bekämpfung« zu arbeiten.

Zweitens lassen sich so die Bedrohungen für Flüchtlinge während des Fluchtprozesses analysieren. Diese umfassen einerseits in der Tat Gewalt durch Schleuser, die Menschen beispielsweise willentlich in Seenot bringen oder durch andere kriminelle Gruppen, die Flüchtlinge und MigrantInnen entführen, misshandeln und deren Angehörige erpressen.¹⁴ Andererseits wird aber auch deutlich, wie Ziel- und/oder Transitstaaten Flüchtlingsrechte verletzen, indem sie den Zugang zu Schutzsystemen untergraben und effektiven und dauerhaften Schutz schuldig bleiben. Beispielsweise wurde europäischen Grenzschützern und *Frontex* vorgeworfen, das Prinzip der Nichtzurückweisung (*non-refoulement*) in sogenannten *push-back*-Aktionen verletzt zu haben.¹⁵ Ohne Prüfung der Schutzbedürftigkeit der Passagiere seien Boote abgedrängt und hilflos zurückgelassen worden.¹⁶ Damit kann den Flüchtlingen Gefahr drohen, letztlich wieder in den Verfolgerstaat zurückgeschickt zu werden.

13 Distler, Werner (2015): (Un)Sicheres Kosovo? Zur Debatte über die Migration aus dem Kosovo, in: <http://fluechtlingsforschung.net/unsicheres-kosovo-zur-debatte-uber-die-migration-aus-dem-kosovo/>; letzter Zugriff: 19.10.2015.

14 <https://www.iom.int/news/iom-investigates-reports-deliberate-drowning-500-migrants-mediterranean>; letzter Zugriff: 19.10.2015.

15 Faigle, Philip/Lobenstein, Caterina (2015): Fabrice Leggeri. Der Mann, der uns abschottet, in: *Die Zeit*, 12.2.2015, <http://www.zeit.de/2015/07/fabrice-leggeri-frontex>; letzter Zugriff: 19.10.2015.

16 Pro Asyl (2014): *pUSHEDbACK. systematic human rights violations against refugees in the aegean sea and at the greek-turkish land border*, in: http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/l_EU_Fluechtlingspolitik/proasyl_pushed_back_24.01.14_a4.pdf; letzter Zugriff: 19.10.2015.

Zu guter Letzt betont eine menschenrechtliche Perspektive unumstößlich das Recht auf Asyl und den Anspruch von Schutzsuchenden auf ein faires Verfahren. Innerhalb der Europäischen Union wurden hierfür Mindeststandards im Rahmen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) erarbeitet. Doch die Implementierung des GEAS lässt stark zu wünschen übrig. Kürzlich hat die Europäische Kommission erste Schritte für 40 Verletzungsverfahren gegen 19 Mitgliedsstaaten eingeleitet, denen vorgeworfen wird, die Maßgaben des GEAS bislang nicht ausreichend umgesetzt zu haben.¹⁷ Bereits seit Jahren haben verschiedene europäische Gerichte Verstöße festgestellt. In seinem wegweisenden Urteil im Fall »M.S.S gegen Belgien und Griechenland« erklärte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Jahr 2011 die Abschiebung des Klägers nach Griechenland aufgrund der systemischen Mängel im dortigen Asylsystem für unzulässig.¹⁸ Bis heute dürfen keine Überführungen von sogenannten Dublin-Fällen – also von Schutzsuchenden, für deren Asylantrag nach Maßgabe der Dublin-Verordnung Griechenland zuständig wäre – mehr vollzogen werden.

Rechte sichern

Derartige Schutzlücken für Flüchtlinge lassen sich unter einer menschenrechtlich orientierten Perspektive herausstellen, fallen aber leicht unter den Tisch, wenn Sicherheit zum Dreh- und Angelpunkt der öffentlichen Debatte über Flüchtlinge wird. Die Debatte läuft zunächst einmal Gefahr, Angst vor Flüchtlingen zu schüren, indem sie auf (angebliche) Bedrohungen durch Schutzsuchende verweist,

17 http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5699_en.htm; letzter Zugriff: 19.10.2015.

18 <http://www.asylumlawdatabase.eu/en/content/ecthr-mss-v-belgium-and-greece-gc-application-no-3069609>; letzter Zugriff: 19.10.2015.

ohne deren Sicherheitsbedürfnisse angemessen zu adressieren.

Der Fokus auf Rechte macht darüber hinaus auch deutlich, dass es nicht nur um den Schutz von Flüchtlingen vor unmittelbaren Bedrohungen von Leib und Leben geht, wie etwa im Rahmen der Seenotrettung. Vielmehr gilt es, zumindest langfristig Rechtsverletzungen in den Herkunftsstaaten zu überwinden und dem Recht auf Schutz effektiv und nachhaltig Geltung zu verschaffen, auch in Europa.

In der Forschung haben Sicherheitsfragen ohne Zweifel ihren rechtmäßigen Platz. Politik und Öffentlichkeit sollten sich dadurch jedoch nicht verleiten lassen, in Debatten über Flüchtlinge zuvorderst »Sicherheit« zu rufen. Stattdessen sollte ein lautstarkes Bekenntnis zu den Grundrechten aller Menschen gang und gäbe sein.

AutorInnen

Joshua Kwesi Aikins is researcher in the Department of „Development and Postcolonial Studies“ at University of Kassel. He is an active member of the Initiative of Black People in Germany, has been a supporter of refugee struggles in Brandenburg in the early 2000s and in Berlin since 2012. He coordinated a parallel report on racism in Germany to the United Nations Committee on the Elimination of Racial Discrimination.

Ghiath Al Jebawi was born in Damascus in 1984. He is a Syrian architect, currently studying masters of architecture at Politecnico di Milano, Italy. He studied architecture and urban planning at the University of Damascus, where he worked as an assistant teacher until his departure to Lebanon. Later, living in Italy, he worked in translation, art and architecture. He often visits his family in Köln since they settled there in 2014.

Daniel Bendix, PhD, is researcher in the Department of „Development and Postcolonial Studies“ at University of Kassel. He has been active in supporting the refugee movement in Berlin since 2012, and co-edited the PERIPHERIE special issue „Dis-Placement: Flüchtlinge zwischen Orten“. He is an active member of Glocal e.V.

Gurminder K. Bhambra is Professor of Sociology at the University of Warwick. She is author of *Connected Sociologies* (Bloomsbury, 2014) and *Rethinking Modernity: Postcolonialism and the Sociological Imagination* (Palgrave, 2007). She tweets in a personal capacity @gkbhambra.

Lisa Bogerts promoviert zu visuellen Widerstands- und Herrschaftspraxen, insbesondere in Bezug auf Street Art. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Theorien globaler Ordnung der Goethe-Universität Frankfurt.

Johanna Bröse ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Sozialpädagogik mit dem Themenschwerpunkt „biografische Übergangsforschung“ an der Eberhard Karls Universität Tübingen sowie in der Tübinger Forschungsgruppe für Migration | Integration | Jugend | Verbände. Sie ist Mitglied im Netzwerk für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung e.V., im Netzwerk Flüchtlingsforschung und im Netzwerk Kritische Psychologie (kritpsych).

Sybille de la Rosa is a full professor at the University of Toulouse II. A scholar of Islamic Studies, he has held professorships among others at University of Geneva, Switzerland and the French Military Academy (Ecole Spéciale Militaire de Saint-Cyr), France. He is co-founder of the Radicalization Watch Project based in Washington, D.C and has been awarded a Fulbright Prize in 2006 to advance his research on the psychology of terrorism. He has also been editor-in-chief of the Defense Concepts Journal. Dr. Guidère has published several books on the Al-Qaeda organization and its activities in North Africa and the Middle East.

Larissa Fleischmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Lehrstuhl für Ethnologie und Kulturanthropologie der Universität Konstanz. Zudem ist sie Mitglied des Doktorandenkollegs „Europa in der globalisierten Welt“ am Exzellenzcluster „Kulturelle Grundlagen für Integration“. In ihrer Doktorarbeit beschäftigt sie sich mit der aktuellen sozialen Bewegung für Flüchtlinge in Deutschland.

Svenja Gertheiss ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK). Die Politikwissenschaftlerin promovierte 2014 an der Technischen Universität Darmstadt. Ihre Forschungsinteressen umfassen unter anderem die Regulierung von Migration auf internationaler und europäischer Ebene sowie die Rolle von Diasporageinschaften in Gewaltkonflikten.

Janne Grote ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der deutschen nationalen Kontaktstelle des Europäischen Migrationsnetzwerkes (EMN), das am Forschungszentrum des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) angegliedert ist; und

Ellen Kollender arbeitet an der Professur für Erziehungswissenschaft, insbesondere interkulturelle und vergleichende Bildungsforschung an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg. Beide beschäftigen sich in ihrer Arbeit als WissenschaftlerInnen, freie AutorInnen und ReferentInnen in der politischen Erwachsenenbildung mit Diskursen, Macht und Identitäten in der Migrationsgesellschaft. Hier, wie auf ihrem Blog „elalem“, versuchen sie ihre Position als Menschen ohne (offensichtlichen) Migrationshintergrund auf der Bühne der Unterscheidungen in Frage zu stellen und einen kritischen Blick auf umkämpfte Wahrheiten in aktuellen Migrationsdiskursen zu werfen. In ihrem Fokus stehen dabei unterschiedliche Dimensionen von Rassismus und Diskriminierung sowie dessen Verankerung in der Mitte einer (weißen) ‚Mehrheitsgesellschaft‘.

Heribert Prantl ist Rechtswissenschaftler und Ressortleiter für Innenpolitik und Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung. Er ist Lehrbeauftragter an der Fakultät für Rechtswissenschaft an der Universität Bielefeld, wo er 2010 zum Honorarprofessor ernannt wurde. Er ist u. a. Mitglied des PEN-Zentrums Deutschland.

Patrice Poutros ist Lise-Meitner-Fellow am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien.

Rukaya K. was born in Ghana and lives in Frankfurt am Main. There, she is a member of Project Shelter, a voluntary initiative founded by students in early 2015. Its aim is to open a self-administered house to provide accommodation and social space for migrants, independently from their legal status. A petition calling for such a house

provided by the city was signed by more than 8.500 people all over Germany – but there is still no help from the political officials.

Robin Schröder ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften sowie am Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Analyse politischer Gewalt und ihrer Ursachen in heutigen Konflikten sowie internationales Krisenmanagement. Insbesondere beschäftigt er sich hier mit dem Zusammenwirken von Sicherheit und Entwicklung in fragilen Staaten. Zwischen 2011 und 2013 leitete er ein Forschungsprojekt zur Strategie der internationalen Koalition in Afghanistan und der in diesen Rahmen stattfindenden ressortübergreifenden Zusammenarbeit der Bundesministerien. Robin Schroeder studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Öffentliches Recht an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und an der Indiana University Bloomington in den Vereinigten Staaten.

Frühere Beiträge aus der Reihe Blogfokus des Sicherheitspolitik-Blogs

Neben Einzelbeiträgen veröffentlicht das Sicherheitspolitik-Blog Serien zu speziellen Themen (>>Fokus<<). In diesem Format werden Beiträge in zeitlich kurzer Abfolge veröffentlicht und beleuchten das gleiche Thema aus unterschiedlichen Perspektiven. In Zukunft werden ausgewählte Beiträge kommender Artikel-Serien in einer eBook-Reihe des Sicherheitspolitik-Blogs erscheinen.

Im Sicherheitspolitik-Blog sind bisher folgende Artikelserien erschienen:

Kalifat des Terrors.¹ Unser Wissen über den >>Islamischen Staat<< ist noch immer plakativ und zu wenig fundiert. In diesem Fokus beleuchten Expertinnen und Experten unterschiedlicher Disziplinen der Wissenschaft, der öffentlichen und privaten Sicherheitsinstitutionen, der Entwicklungszusammenarbeit und der De-Radikalisierungspraxis blinde Flecken im Diskurs über den

Cyberpeace: Dimensionen eines Gegenentwurfs.² Cyberwar und Cybersicherheit scheint inzwischen als Schlagwort fast überall zu ziehen. Meist wird das Wort Cyber mit bedrohlichen Worten kombiniert, beispielsweise Krieg, Sicherheit, Kriminalität, usw. So wird der Diskurs begrifflich eingeengt. Deshalb wird, als Gegenentwurf, in diesem Blogfokus Cyberpeace diskutiert.

1 Sicherheitspolitik-Blog (2015): Kalifat des Terrors. Interdisziplinäre Perspektiven auf den Islamischen Staat, in: <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/fokus/blogforum-kalifat-des-terrors-interdisziplinaere-perspektiven-auf-den-islamischen-staat/>, letzter Zugriff 20.12.2015.

2 Sicherheitspolitik-Blog (2014): Cyberpeace: Dimensionen eines Gegenentwurfs, in: <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/fokus/cyberpeace-dimensionen-eines-gegenentwurfs/>, letzter Zugriff 21.07.2015.

Sanktionen gegen Russland und die Krise in der Ukraine.³ In diesem Fokus befassen sich die Autorinnen und Autoren mit Sinn und Effektivität von Sanktionen gegen Russland auf Grund des Konflikts in der Ukraine sowie mit der Frage, wie mit der annektierten Krim umzugehen ist.

Syrien und die Verantwortung internationaler Politik:⁴ In dieser Artikelserie setzen sich die Autorinnen und Autoren u.a. mit Fragen der Schutzverantwortung und Interventionspolitik auseinander. Der zum Zeitpunkt des Fokus bereits seit zwei Jahren andauernde Bürgerkrieg in Syrien, die darauf folgende humanitäre Katastrophe und die regionale Destabilisierung, ebenso aber auch der Einsatz von Giftgas bilden Ausgangspunkte für die Beiträge in diesem Fokus.

Das Konzept der Resilienz in der Sicherheitsforschung:⁵ Das Konzept der Resilienz wird in der Sicherheitspolitik weniger als emergente Eigenschaft eines Systems und vielmehr als Ziel und Wunschresultat einer Politik, einer Maßnahme oder eines Designs verstanden und instrumentalisiert. Vor diesem Hintergrund werden in diesem Debattenforum Definitionen von Resilienz und ihre Stellung im politischen Diskurs aus verschiedenen Perspektiven aufgegriffen und diskutiert.

Die ethische Dimension der Drohnendebatte:⁶ Verändern Drohnen die Grundlagen der (fairen) Kriegsführung und enthemmen sie die militärische Gewaltanwendung? Oder sind Drohnen ein-

3 Sicherheitspolitik-Blog (2014): Sanktionen gegen Russland und die Krise in der Ukraine, in: <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/fokus/sanktionen-gegen-russland-und-die-krise-in-der-ukraine/>, letzter Zugriff 21.07.2015.

4 Sicherheitspolitik-Blog (2013): Syrien und die Verantwortung internationaler Politik, in: <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/fokus/syrien-und-die-verantwortung-internationaler-politik/>, letzter Zugriff 21.07.2015.

5 Sicherheitspolitik-Blog (2013): Das Konzept der Resilienz in der Sicherheitsforschung, in: <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/fokus/konzept-der-resilienz/>, letzter Zugriff 21.07.2015.

6 Sicherheitspolitik-Blog (2013): Die ethische Dimension der Drohnendebatte, in: <http://www.sicherheitspolitik-blog.de/fokus/ethik-der-drohnen/>, letzter Zugriff 21.07.2015

fach nur die nächste technische Fähigkeitserweiterung und damit auch nicht hinterlistiger als ein Stealthbomber oder unfairer als ein Selbstmordattentäter? Diese und weitere Fragen werden in diesem Fokus diskutiert.

KRITISCHE PERSPEKTIVEN ZU FLUCHT UND MIGRATION NACH EUROPA

Während ›asylkritische‹ Hetze und rassistisch motivierte Gewalt in Deutschland und Europa zunehmen, treffen täglich neue Flüchtende und MigrantInnen ein, um ein besseres Leben zu suchen. In der öffentlichen Debatte über den Umgang mit dieser Situation treten zahlreiche Blindflecken und Verzerrungen auf. Dieses Buch baut auf einer im Herbst 2015 veröffentlichten Blogreihe des Sicherheitspolitik-Blogs auf, in der einige dieser Blindflecken in kurzen und gut verständlichen Beiträgen beleuchtet werden. Dabei werden Aspekte wie etwa die postkoloniale Verantwortung Europas zur Aufnahme von Geflüchteten und MigrantInnen, ihre Selbstorganisation und Proteste sowie die Frage nach den Rassismen des ›Helfer-Wirs‹ und fremdenfeindlichen Attacken als Akten von Terrorismus diskutiert.

WWW.SICHERHEITSPOLITIK-BLOG.DE